

1	Europawahlprogramm DIE LINKE Skizze – work in progress –	
2		
3	EINLEITUNG / PRÄAMBEL.....	5
4	- ZEITDIAGNOSE	5
5	- VISION	5
6	- GEGNERBESTIMMUNG / VERORTUNG IN DER KONKURRENZ / BÜNDNISSEN.....	5
7	- ZENTRALE FORDERUNGEN	5
8	- WAHLAUFRUF	5
9	WER EUROPA WILL, MUSS ES DEN REICHEN UND KONZERNEN NEHMEN	6
10	STEUERN GEGEN UNGLEICHHEIT UND FÜR INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT	6
11	<i>Globale Mindeststeuersätze für Unternehmen und Konzerne</i>	<i>6</i>
12	<i>„Steuerparadiese“ und Steuervermeidung bekämpfen</i>	<i>7</i>
13	<i>Mit einem europäischen Vermögensregister gegen Machtkonzentration und soziale Ungleichheit</i>	<i>7</i>
14	<i>Mit einer Finanztransaktionsteuer gegen aufgeblasene Finanzmärkte</i>	<i>8</i>
15	<i>Hohe Vermögen und Erbschaften gerecht besteuern</i>	<i>8</i>
16	<i>Extra Gewinne extra besteuern. Und: Vermögensabgabe für die Krisenbewältigung</i>	<i>8</i>
17	...UND IN EIN GUTES LEBEN FÜR ALLE INVESTIEREN.....	9
18	ÖFFENTLICHE DASEINSVORSORGE UND KOMMUNEN	9
19	RE-KOMMUNALISIERUNG UND VERGESELLSCHAFTUNG.....	10
20	ÖFFENTLICHE DASEINSVORSORGE ALS ÖKOLOGISCHE KLASSENPOLITIK.....	11
21	KOMMUNEN ALS ORT DER ÖDV. HIER: KRITIK AN EU-VERGABE UND BEIHLIFERECHT	11
22	RECHT AUF WOHNEN, KLIMAGERECHT UND BEZAHLBAR FÜR ALLE.....	12
23	UNSER ZUHAUSE NICHT EURE PROFITE.....	13
24	SOZIALWOHNUNGEN / BEZAHLBARES WOHNEN/ GEMEINNÜTZIGER WOHNRAUM.....	14
25	MIETEN UND BEZAHLBARER WOHNRAUM.....	14
26	OBDACHLOSIGKEIT.....	15
27	SOZIAL-GERECHTE ÖKOLOGISCHE MODERNISIERUNG.....	15
28	RECHT AUF STADT/RECHT AUF LAND.....	16
29	GUTE GESUNDHEIT UND PFLEGE.....	16
30	LANGZEITPFLEGE UND PFLEGENDE ANGEHÖRIGE	18
31	SCHLUSS MIT DER KRIMINALISIERUNG DER DROGEN.....	19
32	#WEITERE ZUARBEITEN AUSSTEHEND#:.....	19
33	SOZIALE SICHERHEIT FÜR ALLE IN EUROPA	20
34	BEKÄMPFUNG VON ARMUT UND SOZIALER AUSGRENZUNG	20
35	SOZIALEN FORTSCHRITT INSTITUTIONALISIEREN	20
36	RENTENSYSTEME SICHER MACHEN.....	20

37	FAMILIENPOLITIK.....	21
38	<i>Europaweite Anerkennung von Elternschaft</i>	21
39	KINDER- UND JUGENDPOLITIK.....	21
40	INKLUSION.....	22
41	GUTE ARBEIT IN EINEM FAIREN EUROPA	22
42	GUTE LÖHNE ÜBERALL IN EUROPA.....	22
43	ZEIT FÜR FAMILIE STATT STRESS OHNE ENDE:	23
44	GLEICHER LOHN FÜR GLEICHWERTIGE ARBEIT.....	23
45	EINSATZ „KÜNSTLICHER INTELLIGENZ“ IN DER ARBEITSWELT REGELN.....	24
46	ARBEITSRECHTE FÜR PLATTFORM-BESCHÄFTIGTE.....	24
47	SOLO-SELBSTSTÄNDIGE ABSICHERN.....	24
48	AUSLAGERUNG AUF SUBUNTERNEHMER EINSCHRÄNKEN.....	24
49	RECHTE MOBILER BESCHÄFTIGTE UND SAISON-BESCHÄFTIGTER VERBESSERN.....	25
50	UNTERNEHMEN IN DIE VERANTWORTUNG NEHMEN.....	25
51	MITBESTIMMUNG UND DEMOKRATIE IM BETRIEB UND IN DER WIRTSCHAFT STÄRKEN.....	26
52	GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT.....	26
53	QUEER.....	28
54	KLIMAGERECHTIGKEIT UND WIRTSCHAFT UMBAUEN.....	29
55	DIE INDUSTRIE UMBAUEN.....	31
56	ANPASSUNG AN DEN KLIMAWANDEL.....	33
57	<i>Strukturwandel vor Ort gemeinsam mit den Menschen (hier?)</i>	34
58	<i>Just Transition Fund erweitern</i>	35
59	<i>Bessere Finanzausstattung der EU-Strukturfonds</i>	35
60	ENERGIE: SO GEHT'S GERECHT.....	35
61	ENERGIEWENDE ERNEuern STATT EU ENERGIEBINNENMARKT AUSBAUEN.....	37
62	KAMPF GEGEN ENERGIEARMUT UND ENERGIESPERREN.....	38
63	ERNEUERBARE STATT LNG, ATOMKRAFT UND CCS.....	38
64	GRÜNER WASSERSTOFF IN DER ENERGIEWENDE.....	38
65	WÄRMEWENDE (GGF. IM KAPITEL MIETE/WOHNEN).....	39
66	MEHR MOBILITÄT MIT WENIGER VERKEHR.....	39
67	MOBILITÄT VERGESELLSCHAFTEN!.....	40
68	AUSBAU DES ÖFFENTLICHEN NAHVERKEHRS IN STADT UND LAND.....	41
69	PKW/INDIVIDUALVERKEHR.....	41
70	GEGEN MOBILITÄTS-ARMUT - ABHÄNGIGKEIT VOM AUTO VERRINGERN!.....	41
71	BAHNVERKEHR.....	42

72	VERKEHRSINFRASTRUKTUR.....	42
73	LUFTVERKEHR.....	42
74	GÜTERVERKEHR.....	43
75	SCHIFFFAHRT UND SEEVERKEHR.....	44
76	SOZIAL GERECHT WELTWEIT.....	44
77	AUSBEUTUNG VERHINDERN.....	45
78	KLIMAFOLGEN AUSGLEICHEN - VERURSACHER ZUR KASSE.....	45
79	FINANZIERUNG VON ENTWICKLUNG.....	45
80	GERECHTE HANDELSPOLITIK.....	46
81	KOOPERATION STATT FREIHANDEL.....	46
82	MENSCHENRECHTE UND STANDARDS ÜBERALL - LIEFERKETTEN KONTROLLIEREN.....	47
83	FÜR FRIEDEN IN EUROPA UND DER WELT.....	48
84	FÜR EINEN GERECHTEN FRIEDEN FÜR DIE UKRAINE.....	48
85	WAFFEN(EXPORTE) SCHAFFEN KEINEN FRIEDEN.....	49
86	FÜR EINE FRIEDLICHE EUROPÄISCHE UNION.....	50
87	SICHERHEIT GEHT ANDERS.....	52
88	KONFLIKTE ZIVIL UND FRIEDLICH LÖSEN.....	53
89	Globale Demokratie: UNO und internationale Institutionen reformieren.....	54
90	FÜR EINE GERECHTE UND ÖKOLOGISCHE LANDWIRTSCHAFT.....	54
91	WENIGER ROHSTOFFE VERBRAUCHEN, NATUR UND TIERE SCHÜTZEN.....	56
92	BIODIVERSITÄT ERHALTEN.....	56
93	TIERE SCHÜTZEN.....	56
94	DIE MEERE SCHÜTZEN.....	57
95	FÜR EINE SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE RESSOURCEN- UND ABFALLWIRTSCHAFT.....	57
96	<i>Für eine Rohstoffwende.....</i>	<i>58</i>
97	<i>Regionale und globale Kreislaufwirtschaft.....</i>	<i>59</i>
98	WOHIN MIT DEM GELD?.....	59
99	HAUSHALT, MAASTRICHT/KONVERGENZ-KRITERIEN.....	59
100	BANKEN, DIE DER GESELLSCHAFT DIENEN.....	61
101	GELDWÄSCHE UND FINANZKRIMINALITÄT WIRKSAM BEKÄMPFEN, OLIGARCHEN SANKTIONIEREN (NOCH ÜBERSCHNEIDUNG MIT	
102	KAPITEL STEUERN).....	62
103	EUROPÄISCHE GELD- UND FINANZPOLITIK.....	62
104	MACHT DER BIG TECHS IN DIE SCHRANKEN VERWEISEN.....	63
105	FINANZVERBRAUCHERSCHUTZ.....	63
106	FINANZTRANSAKTIONSTEUER (GGF. BESSER / NUR IM KAPITEL STEUERN).....	63
107	EU-TAXONOMIE UND NACHHALTIGE GELDDANLAGEN.....	64

108	DIGITALISIERUNG	64
109	KÜNSTLICHE INTELLIGENZ.....	64
110	DATENBEWIRTSCHAFTUNG.....	65
111	DATENSCHUTZ UND GRUNDRECHTE.....	66
112	IT- UND DATENSICHERHEIT.....	67
113	BESCHÄFTIGTE SCHÜTZEN.....	67
114	DIE MACHT DER KONZERNE BEGRENZEN.....	68
115	TEILHABE SICHERN FÜR ALLE.....	68
116	NACHHALTIGE DIGITALISIERUNG.....	69
117	DIGITALISIERUNG UND KÜNSTLICHE INTELLIGENZ IN DER BILDUNG REGULIEREN.....	70
118	NICHT HIER: CHIPPRODUKTION.....	70
119	RÄTE UND DEMOKRATIE	70
120	DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT STÄRKEN.....	70
121	WAHLBERECHTIGTE (GGF ZUSAMMENFÜHREN MIT ABSCHNITT VORHER).....	71
122	DAMIT BEWEGUNG REINKOMMT: MEHR BÜRGERINITIATIVEN.....	72
123	NEUSTART UND NEUE VERFASSUNG FÜR DIE EU.....	72
124	EU-ERWEITERUNG.....	72
125	LOBBYISMUS.....	73
126	KULTUR UND MEDIEN.....	73
127	BILDUNG.....	74
128	VERBRAUCHERSCHUTZ.....	74
129	GLEICHE RECHTE FÜR ALLE	74
130	BÜRGERNAHE POLIZEI.....	75
131	KAMPF GEGEN RECHTS.....	76
132	#?#STOPPT DIE PREKARISIERUNG VON DES MIGRANTISCHEN LEBENS.....	76
133	LEGALISIERUNG JETZT!.....	77
134	DIE GRENZEN DER DEMOKRATIE: KEINE FESTUNG EUROPA	78
135	LEGALE FLUCHTWEGE - KEINE MAUER DURCH AFRIKA.....	78
136	MENSCHEN RETTEN, GEFLÜCHTETE SCHÜTZEN.....	79
137	ASYL ALS GRUNDRECHT - OHNE EINSCHRÄNKUNGEN.....	79
138	WILLKOMMEN BRAUCHT STRUKTUREN.....	79
139	ABSCHLUSS, VERSPRECHEN, AKTIONS-UND WAHLAUFRUF	80
140		
141		

142 **Einleitung / Präambel**

143 **- Zeitdiagnose**

144 Geopolitisch, Entwicklung der EU, Regulationsregime, soziale Gerechtigkeit, wo steht die EU im
145 Verhältnis zu selbst gesteckten Ansprüchen und zu unseren Vorstellungen von Gerechtigkeit

146 Was ist zu erwarten im Verhältnis zum gegenwärtigen Stand der Debatte (IMK und Co gehen davon
147 aus, dass die Inflation im Laufe von 2023 abflacht, das allgemeine Preisniveau wird voraussichtlich
148 aber hoch bleiben; die Energiepreise sinken mglw.)

149 **- Vision**

150 **- Gegnerbestimmung / Verortung in der Konkurrenz / Bündnissen**

151 **- Zentrale Forderungen**

152 **- Wahlaufruf**

153 Wer Europa will, muss es den Reichen und Konzernen 154 nehmen

155 Einstieg über Ungleichheit in der EU, Bedrohung von Zusammenhalt, verschiedene Dimensionen von
156 Ungleichheit: Einkommen, Vermögen, Zugang zu Gesundheit, Lebenserwartung, CO2-Ausstoß, Einfluss
157 auf politische Entscheidungen, Gender Pay Gap, unterschiedliche Standards in der EU.

158 Unsere Umverteilung umfasst

- 159 – von privat zu öffentlich: Hohe Vermögen besteuern und Konzerngewinne besteuern und die
160 öffentliche Daseinsvorsorge in Europa aufbauen. Das ist auch ein Beitrag zu gleichwertigen
161 Lebensverhältnissen in der EU
- 162 – von oben nach unten: Wir wollen soziale Mindeststandards durchsetzen und Armut in Europa
163 abschaffen (#Verweis Kampagne Paritätär zur Abschaffung von Armut?#)
- 164 – von den Profiten zu den Löhnen: Die Gewinne der Unternehmen in Europa sind durch die
165 Decke gegangen, die Löhne und Gehälter sind nach Verrechnung der Inflation gesunken.
166 Innerhalb (und außerhalb) der EU wird versucht, Billiglohnregionen und Steueroasen zu
167 errichten / aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig haben die Unternehmen immer weniger
168 Gewinne reinvestiert und immer mehr an Dividenden ausgeschüttet. Innovationen, zB beim
169 dringenden ökologischen Umbau, wollen sie über staatliche Investitionen – und damit zu
170 gutem Teil über Lohnsteuern – finanziert bekommen.

171 Es geht nicht nur um Transfer, sondern dass durch Primärverteilung weniger Menschen auf Transfers
172 angewiesen sind. Umverteilung ist zentraler Bestandteil unseres sozialen und ökologischen
173 Systemwechsels: Nicht einfach auf grünen Kapitalismus umstellen, sondern regionale, öffentliche
174 Sektoren und öffentliches Eigentum stärken; gleichzeitig die Geschäftspraktiken bestimmen (es nützt
175 nichts, wenn die 100% staatliche Bahn oder die landeseigene EnBW nach Profit organisiert werden
176 und sie in den Preisen für die Nutzer*innen und für die Beschäftigten wie „ganz
177 normale“ Unternehmen auftreten. Stattdessen wollen wir die Gewichte verschieben zu mehr
178 Gemeinwohl in der öffentlichen Daseinsvorsorge. Und zu stärkerer Mitsprache in allen Unternehmen
179 und Sektoren, die staatliche Förderungen und Investitionen erhalten.

180 ...

181 Steuern gegen Ungleichheit und für Investitionen in die Zukunft

182 DIE LINKE fordert auch auf EU-Ebene mehr **Steuergerechtigkeit**. Zentral: zwei Trends der
183 Vergangenheit umzukehren: 1. das Verschieben der Steuerlast von Kapital und Vermögenden auf
184 Lohnabhängige und 2. die Verschiebung von direkter auf indirekte Besteuerung (z.B.
185 Mehrwertsteuererhöhung). Ziele: die immer größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich zu
186 verkleinern. Und: Geld freimachen, um den Sozialstaat armutsfest zu machen und Geld für eine
187 öffentliche Investitions- und Konjunkturpolitik freizusetzen .

188 Globale Mindeststeuersätze für Unternehmen und Konzerne

189 Endlich werden die EU- Mitgliedstaaten den Wettlauf nach unten bei den Unternehmenssteuersätzen
190 eindämmen. Für die Gewinne großer multinationaler Konzerne mit einem Jahresumsatz von
191 mindestens 750 Mio. Euro gilt ab 2024 ein globaler Mindeststeuersatz von 15 %. Neue Vorschriften
192 sollen Tricks zur Steuervermeidung wie die Gewinnverkürzung und -verlagerung unterbinden.

- 193 - einheitlichen Mindestbesteuerung von multinationalen Konzernen ist erstmal gut. Jedoch fällt
 194 aus unserer Sicht ein Mindeststeuersatz von 15 % zu niedrig aus, um einen weiteren
 195 Unterbietungswettbewerb zwischen den Staaten zu verhindern. Zudem betrifft er aufgrund
 196 der hohen Hürde von 750 Mio. Euro Umsatz pro Jahr nur sehr wenige Unternehmen (ca. 10 %
 197 der multinationalen Firmen).
- 198 - Wir fordern einen **globalen effektiven Mindeststeuersatz von 25 %**, um ernsthaft gegen den
 199 internationalen Steuerwettbewerb und Profitverschiebung vorzugehen. Auch in Deutschland
 200 muss die Körperschaftsteuer auf 25 % erhöht werden.
- 201 - #zur Diskussion: Das **Einstimmigkeitsprinzip** der EU muss in Sachen Steuern abgeschafft
 202 werden. Sonst torpedieren Niedrigsteuerländer wie Ungarn oder Irland jeden Fortschritt. ?#
 203 [Position von MdEP Schirdewan]

204 „Steuroasen“ und Steuervermeidung bekämpfen

205 Neun von zehn weltweit agierenden Konzernen haben mindestens eine Tochterfirma in Steuroasen.
 206 Dadurch gehen jährlich mindestens 100 Mrd. US-Dollar an Steuereinnahmen verloren. Das kommt den
 207 Anteilseigner*innen zugute und vertieft die Kluft zwischen Arm und Reich. In einer sogen.
 208 Blacklist zählt die EU entsprechende Staaten auf. Sie enthält gerade mal 16 Länder, überwiegend
 209 kleine Inselstaaten (Stand 14.02.2023). [#beachte nächste Überarbeitung Okt. 2023!!] Das ist viel zu
 210 wenig! Europäische Steuroasen wie die Schweiz und Luxemburg sowie bestimmte Bundesstaaten der
 211 USA wurden erst gar nicht aufgenommen. Andere Steuroasen wie Hongkong haben getrickst, um der
 212 Auflistung zu entgehen, ohne an ihren Möglichkeiten zu Steuervermeidung etwas zu ändern. Das
 213 „Steuerparadies“ Bermudas wurde wegen schwammiger Reformversprechen entfernt, obwohl die
 214 Unternehmenssteuer dort weiterhin bei null liegt.

215 Zur Bekämpfung von Steuroasen und Steuervermeidung fordern wir:

- 216 - Für das „Trockenlegen“ von Steuroasen braucht es **Sanktionen**. Steuroasen müssen nach
 217 klaren, für alle Staaten gleichen Kriterien mit Strafmaßnahmen wie z.B. Abgaben auf
 218 Geldflüsse belegt werden.
- 219 - Für Konzerne in Deutschland wollen wir eine **Quellensteuer** einführen. Damit werden Steuern
 220 am Ort der wirtschaftlichen Aktivität erhoben. Steuerbefreiungen für ins Ausland abfließende
 221 Kapitalerträge schaffen wir ab. Steuervorteile für in einem Niedrigsteuerland erzielte
 222 Kapitalerträge beseitigen wir: Die Steuerdifferenz muss in Deutschland erhoben werden. Mit
 223 Hilfe der Quellensteuer können Steuroasen geschlossen werden und es wäre das Einspielen
 224 von bis zu 28 Mrd. Euro möglich.
- 225 - Die blinden Flecken im internationalen **steuerlichen Informationsaustausch** müssen behoben
 226 werden.
- 227 - Ein erster Schritt im Kampf gegen Steuerhinterziehung ist erhöhte Transparenz durch eine
 228 **öffentliche länderspezifische Berichtspflicht** („public country-by-country reporting“). Konzerne
 229 müssen Umsatz, Gewinne und bezahlte Steuern für jedes Land, in dem sie wirtschaftlich aktiv
 230 sind, offenlegen.

231 Mit einem europäischen Vermögensregister gegen Machtkonzentration und soziale Ungleichheit

232 Die Vermögensungleichheit nimmt in Europa immer mehr zu. Immer mehr Vermögen – und damit
 233 auch wirtschaftliche und politische Macht – konzentriert sich in den Händen weniger Menschen.

- 234 - Wir wollen deshalb die Transparenz von Vermögen erhöhen und fordern dazu die Einrichtung
 235 eines **EU-Vermögensregisters** („European Asset Registry“). Mit diesem Vorschlag knüpfen wir
 236 an die Forderung des renommierten französischen Ökonomen Thomas Piketty an, ein

237 internationales Finanzregister für Finanzvermögen („Global Asset Registry“) einzurichten. Die
238 EU kann zu einem Vorreiter in Sachen Vermögenstransparenz werden.

239 - Wir fordern eine EU-weite Mindestkapitalertragsteuer sowie eine EU-weiten Mindeststeuer
240 für Superreiche und Topverdiener*innen. [Forderung der Sozialdemokraten im EP?] klären wie
241 sich das zu globaler Mindeststeuer etc. verhalten

242 **Mit einer Finanztransaktionssteuer gegen aufgeblasene Finanzmärkte**

243 Die Einführung der Finanztransaktionssteuer wird seit mehr als zehn Jahren vom Ministerrat blockiert.
244 Wir fordern von der deutschen Regierung, den Druck dafür zu erhöhen. Notfalls muss sie im
245 nationalen Alleingang eingeführt werden.

246 - Wir wollen eine **breite Bemessungsgrundlage** für die Finanztransaktionssteuer. Da sie vor
247 allem kurzfristige Großumsätze mit kleinen Gewinnmargen trifft, leistet sie einen wichtigen
248 Beitrag zur Stabilisierung und Schrumpfung der Finanzmärkte. Insbesondere der
249 computergestützte Hochfrequenzhandel hat keinerlei Nutzen für die Realwirtschaft – und
250 verbraucht Unmengen an Energie!

251 **Hohe Vermögen und Erbschaften gerecht besteuern**

252 Eine gerechtere Besteuerung von Vermögen, Erbschaften und hohen Einkommen trägt dazu bei, die
253 Konzentration von wirtschaftlicher und politischer Macht abzubauen und die soziale Ungleichheit zu
254 verringern. Zudem lassen sich mit den höheren Steuereinnahmen die dringend notwendigen
255 Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge (Bildung, Gesundheit, Verkehr, Kultur etc.) und die
256 sozial-ökologische Umbau finanzieren.

257 - Wir fordern, dass die **Vermögenssteuer** in Deutschland wieder erhoben wird. Sie wollen einen
258 progressivem Tarifverlauf, der für Vermögen ab einem Freibetrag von einer Million Euro pro
259 Person (zuzüglich fünf Millionen Euro für Betriebsvermögen) mit einem Steuersatz von einem
260 Prozent beginnt und stetig bis auf fünf Prozent für Vermögen über 50 Millionen Euro ansteigt.
261 Die Vermögenssteuer fließt nach Maßgabe des Grundgesetzes den Ländern zu und dürfte etwa
262 60 Mrd. Euro an Einnahmen bringen.

263 - Wir wollen **große Erbschaften und Schenkungen gerecht besteuern**. Superreiche können
264 Millionenvermögen in Unternehmensanteilen steuerfrei vererben oder verschenken. Diese
265 Privilegien, die zugleich Steuerschlupflöcher sind, wollen wir beseitigen. Die Steuersätze von
266 heute 7 bis 50 Prozent wollen wir auf 6 bis 60 Prozent erhöhen. Die persönlichen Freibeträge
267 werden auf einheitlich 200.000 Euro gesenkt. Normales selbstgenutztes Wohneigentum bleibt
268 freigestellt. Die Bundesregierung soll sich auch für Mindestanforderungen für Erbschaftsteuer
269 in der EU einsetzen.

270 - Einige europäische Staaten haben eine Vermögenssteuer. Auch hier ist es sinnvoll, einen
271 europaweiten Korridor für abgestimmte Regelungen in den einzelnen Staaten zu entwickeln,
272 in dem Mindestbesteuerungen für hohe Vermögen festgelegt werden.

273

274 **Extra Gewinne extra besteuern. Und: Vermögensabgabe für die Krisenbewältigung**

275 Die EU ist der größte Binnenmarkt der Erde und kann Besteuerungsrechte durchsetzen. Gewinne von
276 Krisenprofiteuren wie Amazon oder der Mineralölindustrie müssen abgeschöpft werden, wenn sie
277 deutlich oberhalb der Gewinne vergangener Jahre liegen (Übergewinnsteuer).

278 - Wir fordern die EU-weite Einführung einer **Übergewinnsteuer**. Das ist ein Gebot sozialer
279 Gerechtigkeit. Zahlreiche europäische Länder haben sie bereits eingeführt. Bei einem
280 Steuersatz von 90 Prozent, wie ihn Spanien und Griechenland erheben, wären in Deutschland

281 im Jahr 2022 bis zu 102 Mrd. Euro alleine im Energiesektor eingenommen werden. Mit dem
 282 Geld kann die kommunale Energieversorgung sichergestellt, Millionen Menschen entlastet
 283 und in Erneuerbare Energien investiert werden.

284 - Zur gerechten Verteilung der vielfältigen Krisenlasten fordern wir eine einmalige
 285 **Vermögensabgabe**. Sie soll für Nettovermögen über 2 Mio. Euro erhoben werden. Für
 286 Betriebsvermögen gilt ein Freibetrag von 5 Mio. Euro. Die Abgabe soll in Raten über 20 Jahre
 287 abgezahlt werden. Die geschätzten Einnahmen in Deutschland liegen bei 310 Mrd. Euro
 288 (ebenfalls über 20 Jahre). Die Bundesregierung muss sich im Rat für die EU-weite Erhebung
 289 einer einmaligen Vermögensabgabe einsetzen.

290 ...und in ein gutes Leben für alle investieren

291 #Problem in der Strukturierung: wofür wollen wir Steuern erheben sollte in der Nähe von „was
 292 machen wir damit“ kommen; gleichzeitig ist Investitionsprogramm natürlich Bestandteil von
 293 Wirtschafts- und Industriepolitik (vgl. Kapitel Wirtschaft) und von Förder- und Finanzpolitik.#

294 Investitionen sind umkämpft, v.a. wegen des globalen Wettrennens um die Vorherrschaft bei neuen
 295 „grünen“ und digitalen Technologien. Den Unternehmen sind sie sehr willkommen, da sie
 296 Innovationen damit nicht aus den eigenen Gewinnen bzw. denen der Anteilseigner zahlen müssen,
 297 sondern sich auf öffentliche Gelder – nicht unwesentlich aus Lohnsteuern finanziert – verlassen
 298 können (Verweis auf gesunkene Investitionsquote Unternehmen). Es kann nicht darum gehen,
 299 europäische „Champions“ mit Geld zu überschütten. EU-Fiskalregeln beschränken die Möglichkeiten
 300 für eine aktive Investitionspolitik. Wir wollen das ändern: Vorfahrt für Öffentliches Wirtschaften, auch:
 301 Eigentum, mehr Mitbestimmung wenn staatliche Gelder fließen und mehr Orientierung der
 302 Daseinsvorsorge am Gemeinwohl, aktive Orientierung an lohnabhängigen Haushalten und der
 303 Entwicklung strukturschwacher Regionen dienen (Industriepolitik für die 99%).

304 - DIE LINKE streitet dafür, dass an öffentliche Finanzierung, Förderung und Investitionen klare
 305 Anforderungen gestellt werden (keine Dividenden, Gemeinwohlorientierung stärken, ggf
 306 öffentliche Eigentums-Anteile).

307 - Das Grundprinzip sollte heißen: Dort wo öffentliche Gelder fließen, sollte auch öffentliches
 308 Eigentum bzw. Einflussnahme geschaffen werden. Subventionen sollten nur unter sozialen
 309 und ökologischen Auflagen vergeben werden und der Verbesserung von Arbeitsbedingungen
 310 (z.B. Auflagen bzgl. Guter Arbeit und Bezahlung, Mitbestimmungsrechte, etc.), der
 311 Verbreitung/Vertiefung von Wirtschaftsdemokratie und regionalen Entwicklung dienen. Keine
 312 öffentlichen Gelder sollten an Unternehmen gehen, die in Steueroasen tätig sind. Auch sollte
 313 bei Subventionen ein Verbot für Dividendenauszahlungen sowie Boni fürs Topmanagement
 314 gelten.

315 - Wir wollen öffentliche Gelder einsetzen, um den öffentlichen Sektor zu stärken,
 316 Daseinsvorsorge, öffentliche soziale Infrastruktur, mehr Personal in Pflege, Gesundheit,
 317 Bildung und Erziehung, ÖPNV und kollektive Fahrzeugproduktion, Rekommunalisierung von
 318 Energie, Wasser, Wärmer und eigenwirtschaftliche Tätigkeit der öffentlichen Hand.

319 - Europaweites Investitionsprogramm in sozialen und ökologischen Umbau #Summe nennen es
 320 gab mal die 500 Mrd.? ggf Differenz zum Green Deal der EU verdeutlichen#

321 Öffentliche Daseinsvorsorge und Kommunen

322 Aufmacher: Die Krise des Öffentlichen. Im Neoliberalismus wurde die Öffentliche Daseinsvorsorge
 323 dem Markt zugeschustert und der Rest kaputt gekürzt. Das Öffentliche als Grundlage von Demokratie
 324 und tatsächlicher Teilhabe, von gleichen Chancen und gleichwertigen Lebensverhältnissen. Statt
 325 privatem Reichtum und öffentlicher Armut / Mangel streitet DIE LINKE für ein reiches öffentliches
 326 Angebote mit guten Dienstleistungen und Arbeitsbedingungen.

327 Zahlreiche kommunale Betriebe wurden in den letzten Jahrzehnten privatisiert. Ein Prozess, der EU-
 328 weit verlief und vor allem in den südlichen Mitgliedsländern durch die harte Sparpolitik von Rat und
 329 Kommission vorangetrieben wurde. Meist waren es Betriebe der Ver- und Entsorgung (Wasser, Strom,
 330 Gas und Müllabfuhr) und des Gesundheitswesens (Krankenhäuser und Kliniken), die privatisiert
 331 wurden.

332 Das Ergebnis war bei Corona zu sehen mit kaputt gekürzten Krankenhäusern, Schulen mit
 333 Lehrer*innen-Mangel und hohem Sanierungsbedarf, Milliardengewinne von Energiekonzernen bei
 334 hohen Energiekosten, Rekorde an Schwimmbadschließungen, auf dem Land kein gut ausgebauter
 335 ÖPNV + Personalmangel, weil kein Geld da ist, und Überforderung von Kommunen mit der Aufnahme
 336 von Geflüchteten (...)

337 Aus den Krisen (Pflegerkrise bei Corona) sollten wir lernen, wir müssen die ÖDV dem Markt entziehen +
 338 konkrete Kriterien benennen, wie sie zu betrieben werden müssen (am Gemeinwohl orientiert, so
 339 dass Zugang für alle ermöglicht wird, kosten-/gebührenfrei bzw. bezahlbar und sozial gestaffelt.

340 **Re-Kommunalisierung und Vergesellschaftung**

341 Die Daseinsvorsorge ist keine Ware. Menschliche Grundbedürfnisse wie Gesundheit und Wohnen
 342 dürfen nicht zum Spielball gewinngetriebener und börsennotierter Konzerne werden. Es zeigt sich
 343 immer mehr, dass die mit einer Privatisierung verknüpften Erwartungen (günstigere Preise, bessere
 344 Dienstleistungen, weniger Bürokratie) nicht erfüllt werden. Im Gegenteil kam es häufig zu höheren
 345 Preisen und weniger Effizienz. Öffentliche Daseinsvorsorge muss dazu da sein, die Bedürfnisse von
 346 Menschen zu befriedigen und nicht für Profitorientierte Konzerne

347 **Eigentumsfrage und Demokratisierung:**

348 Wir wollen verschiedene Modelle vor Ort fördern: Beispiel Energie. Bürgerenergiegenossenschaften
 349 oder Stadtwerke können vor Ort geeignete Modelle sein, die in bestehenden lokalen Strukturen
 350 anknüpfen.

351 ->> Beispiele aus Verkehr, Abfall, Krankenhäuser, Energie, Wohnen, Wasser, wie positive
 352 Rekommunalisierungen aussehen können (S. RLS Broschüre Re-Kommunalisierungen, BTF Doc zu
 353 Rekommunalisierungen)

- 354 - Wir wollen, dass ein Re-Kommunalisierungsfonds auf EU-Ebene eingesetzt wird aus Mitteln
 355 der Kohäsionspolitik, der Kommunen, die ihre privatisierten Betriebe in öffentliche
 356 Trägerschaft zurückführen wollen, finanziell unterstützt.
- 357 - Gefördert werden müssen verschiedene Modelle mit unterschiedlichen Eigentumsformen, sei
 358 es Eigentümerschaft von Kommunen, von Beschäftigten oder von Bürger*innen – vom
 359 klassischen Regiebetrieb über Stadtwerke bis hin zu Genossenschaften. Gemeinsame
 360 Bedingung für eine Förderung ist eine gemeinnützige Ausrichtung: Überschüsse und Gewinne
 361 dürfen nicht entnommen, sondern müssen reinvestiert werden. Im Falle einer kommunalen
 362 Trägerschaft ist eine Abgabe an den öffentlichen Haushalt der Kommune möglich.

- 363 - Wichtig ist auch die Demokratisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge: Anstatt von starren
 364 staatlichen Strukturen setzen wir uns für eine feste Verankerung von gesellschaftlicher
 365 Mitbestimmung von Beschäftigten und Nutzenden ein!

366 **Öffentliche Daseinsvorsorge als ökologische Klassenpolitik**

367 ->> Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge als Klassenpolitik: Wenn es schlecht ausgestattete
 368 Schulen gibt, schicken Reiche ihre Kinder auf Privatschulen. Arme fahren keine SUVs, viele andere
 369 haben Probleme sich ihr Auto zu finanzieren. Kommunen mit hohen Einnahmen aus Einkommens- und
 370 Gewerbesteuern können sich gute Müllentsorgung leisten, andere nicht.

371 Öffentlicher Reichtum statt Privatem Reichtum - in Zeiten von Wasser- und Energieknappheit braucht
 372 es öffentliche Schwimmbäder statt Swimmingpools für Reiche, braucht es einen super
 373 funktionierenden öffentlichen Nahverkehr statt E-SUVs.

374 >> Schnittstelle zu sozial-ökologischer Transformation: Bereiche der ÖDV sind zentral, um ein gutes
 375 Leben für alle zu verwirklichen. Ökologisierung von Versorgungsstrukturen heißt auch Kollektivierung:
 376 öffentlicher Personenverkehr ermöglicht das Leben ohne die Verpflichtungen eines eigenen Autos

377 Ziel der Bedürfnisbefriedigung als Wohlstandsversprechen, mit dem es den Menschen besser geht als
 378 vorher. Infrastruktursozialismus malerisch ausbuchstabieren:

- 379 - Kostenloser und gut ausgebauter ÖPNV,
- 380 - Zugang zu lokal produzierter, gemeinwirtschaftlich organisierter und preiswerter
 381 Energieversorgung,
- 382 - Eine gemeinnützige Wohnraumversorgung durch die öffentliche Hand in ganz Europa nach
 383 dem Vorbild Wien: In Wien wird ein Viertel der Wohnung durch die Kommunen und ein
 384 weiteres Viertel durch Genossenschaften bereitgestellt - weil die Bestände nie privatisiert
 385 wurden. dadurch sind die Mieten für alle vergleichsweise bezahlbar.
- 386 - Wir wollen, dass kommunale Sorge-Zentren gefördert werden. Sie sollen zugängliche soziale
 387 Dienstleistungen wie z.B. Pflegedienste, Kinderbetreuung, Sozialberatungen und Workshops
 388 zu Sorgearbeit anbieten. Zugleich stellen sie Räume für Austausch, Verständigung und
 389 Selbstorganisation bereit. Damit zielen sie auf neue Sorge-Beziehungen und ein solidarisches
 390 Miteinander in den Nachbarschaften ab.
- 391 - Um das soziale und kulturelle Leben in den Kommunen zu stärken schlagen wir vor,
 392 leerstehendes Gewerbe in kommunale oder genossenschaftliche Hand zu überführen und zu
 393 Sozialen Zentren weiterzuentwickeln. Sie sollen als Orte der Begegnung dienen und
 394 grundlegende Dienstleistungen wie Post und Bank anbieten. Sie können Räume für
 395 zivilgesellschaftliche Initiativen, gemeinsames Kaffeetrinken, Diskussionsrunden,
 396 Kulturveranstaltungen, Beratung u. v. m. bereithalten. Auch ein Dorfladen mit Zugang zu
 397 Bestellplattformen der regionalen Produzent*innen ist möglich.
- 398 - #alltägliches , das öffentlichen Reichtum darstellt, wie öffentliche Sprudelwasseranlagen,
 399 kostenlose Öffentliche Toiletten überall, (...)#

400 Verweis auf Umverteilung: Um das alles zu finanzieren braucht es höhere Steuern und Umverteilung -
 401 das Geld ist da!

402 **Kommunen als Ort der ÖDV. hier: Kritik an EU-Vergabe und Beihilferecht**

403 ÖDV muss lokal und regional gewährleistet werden. Kommunen sind die Träger der öffentlichen
 404 Daseinsvorsorge. Ihre Verwaltungen und Betriebe setzen im Alltag praktisch um, was das menschliche
 405 Miteinander vor Ort ermöglicht: die Versorgung mit Strom, die Abfuhr von Müll, die Reinigung der
 406 Straßen und vieles anderes mehr. Viele Kommunen wollen ihre ausgelagerten Betriebe und
 407 Dienstleistungen wieder in eigene Trägerschaft überführen. DIE LINKE unterstützt die Kommunen in
 408 diesem Prozess (u.a. mit einer Beratungsangebote für Rekommunalisierung).

409 Es ist gut, dass das EU-Recht den Mitgliedstaaten, Ländern und Kommunen mittlerweile zugesteht,
 410 eigene Kriterien für Vergaben festzulegen. Unsere Kriterien sind: Nur wer ökologisch verträglich und
 411 regional wirtschaftet und Tarifverträge einhält, bekommt den Zuschlag.

412 - Wir sind dafür, dass Direktvergaben weiterhin möglich sind - Angriffe auf Direktvergaben
 413 durch Konzerne müssen abgewehrt werden. Das Privatisierungsverbot, das im Bereich Wasser
 414 von der europäischen Bürgerinitiative Right2Water erkämpft wurde ist ein guter Schritt, der
 415 auch in anderen Bereichen angewandt werden sollte.

416 - Es braucht Flexibilität im Vergaberecht: Die aktuelle EU-weite Ausschreibungspflicht für
 417 Kommunale Dienstleistungen lehnen wird ab, es kann nicht sein, dass Energiekonzerne aus
 418 ganz Europa lokalen Stadtwerken oder Energiegenossenschaften die Aufträge wegnehmen.
 419 Dennoch kann die Vergabe von Aufträgen an öffentliche oder Private Träger sinnvoll sein.
 420 Hierfür braucht es hohe soziale (Tarifpflicht) und ökologische Kriterien im Vergaberecht. Dazu
 421 fordern wir eine weitere Lockerung der Beihilferegulungen: Kommunen und Länder brauchen
 422 finanzielle Spielräume um sozial und ökologisch gerechte öffentliche Daseinsvorsorge zu
 423 organisieren

424 - Internationale Investitionsschutzabkommen und bedrohen die sozial und gerechte Öffentliche
 425 Daseinsvorsorge zusätzlich: Insbesondere CETA ist eine Gefahr, denn während in ähnlichen
 426 Verträgen bisher Positivlisten verankert waren, bei denen nur die aufgeführten Bereiche der
 427 Liberalisierung unterworfen wurden, existiert in CETA eine Negativliste - alle Bereiche, die
 428 nicht aufgelistet sind unterliegen der vollständigen Liberalisierung: Damit werden durch CETA
 429 Kommunen potenziell dazu verpflichtet in ganz vielen Bereichen Dienstleistungen
 430 auszuschreiben - nicht nur EU-Weit sondern auch an Kanadische Firmen. **Hier offen: Was**
 431 **fordern wir bzgl Investitionsschutzabkommen?**

432 - Viele Kommunen und der Europäischen Union und in Deutschland sind chronisch
 433 unterfinanziert. Die kommunalen Einnahmen müssen deshalb gestärkt und verstetigt werden.
 434 Kommunen können oftmals Fördermittel nicht abrufen, weil sie zu wenig Personal in den
 435 planungsrelevanten Bereichen (z.B. den Bauämtern) haben, um daran zu arbeiten. Mehr
 436 Personal in die kommunalen Planungs- und Baubehörden, lautet deshalb die Devise!

437 - die Fördermittel dürfen nicht an Eigenanteile gebunden sein und, Reihenfolge der Förderung
 438 nach Krisenlage des kommunalen Haushaltes (Kommunen in Haushaltssicherung zuerst)

439 **Hier noch: Verknüpfung zu Investitionsstau + Schuldenberg + Öffentliche Investitionen, Verknüpfung**
 440 **zu regionalen Wirtschaftskreisläufen, Verknüpfung zu Willkommenskommunen etc.**

441 **Recht auf Wohnen, klimagerecht und bezahlbar für Alle!**

442 Wir setzen uns ein für ein Recht auf würdigen Wohnraum für alle, der bezahlbar und klimagerecht ist!
 443 Gegenwärtig wird das von der EU behindert statt unterstützt, das wollen wir ändern!

444 EP hat – nicht zuletzt wegen der LINKEN im EP – verabschiedet, dass jede*r das Recht auf bezahlbares
 445 Wohnen hat. Allerdings ist das rechtlich nicht bindend.

446 Um das Recht auf würdigen Wohnraum durchzusetzen, braucht es gesellschaftliche Kontrolle über
447 Wohnraumbewirtschaftung, statt diese den Interessen von Immobilienkonzernen, oder auch dem
448 Wildwuchs von Airbnb zu überlassen. Nur so können Menschen gut in würdigen Umständen wohnen,
449 wo und wie sie möchten. Wir fordern europaweit die Vergesellschaftung von Wohnraum. Die EU muss
450 mit ihren Mitteln Sozialen und gemeinnützigen Wohnraumbewirtschaftung fördern, anstatt sie zu
451 behindern.

452 Damit einher geht die Umgestaltung von Institutionen der EU, damit diese die Vergesellschaftung und
453 dezentrale gesellschaftliche Kontrolle über Wohnraumbewirtschaften fördern kann, statt sie zu
454 behindern:

455 - Die Regelungen im Stabilitäts- und Wachstumspakt müssen so angepasst werden, dass
456 Investitionen in gemeinnützigen Wohnraum nicht auf die Schulden angerechnet werden –
457 stattdessen braucht es einen europäischen Kommunalisierungsfonds, mit dem Kommunen
458 dezentral Wohnraum erwerben und gemeinnützig bewirtschaften können

459 Gesellschaftliche Kontrolle ist auch beim Thema energetischer Sanierungen von zentraler Bedeutung:
460 Der Gebäudesektor ist für 40% der CO2 Emission verantwortlich deshalb braucht es effizienten und
461 schnellen Klimaschutz durch Wärmewende und energetischen Sanierungen. Dies muss sozial gerecht
462 vonstattengehen und dafür braucht es gesellschaftliche Kontrolle – ansonsten finden
463 Immobilienkonzerne immer Wege, Sanierungen zu nutzen um die Miete zu erhöhen. Es braucht eine
464 sozial gerechte Umsetzung in den Mitgliedstaaten – in Deutschland muss die Modernisierungumlage
465 abgeschafft werden damit die Kosten nicht auf die Mieter*innen umgelegt werden können!

466 Zusätzlich braucht es einen europäischen Sanierungsfonds, auf den Kommunen Zugriff haben um
467 kleine Eigenheimbesitzer*innen und gemeinnützige Wohnraumversorgung bei energetischen
468 Sanierungen fördern können!

469 **Unser Zuhause nicht eure Profite**

470 Die Krise der Wohnungswirtschaft liegt am finanzierten Wohnungssektor begründet: Durch die
471 Zinserhöhungen werden Eigenheimbesitzer*innen in ihrer Existenz bedroht, Wohnungskonzerne
472 können ihr Wachstum nicht mehr billig finanzieren. Das wird Europaweit zu einer neuen Welle von
473 Zwangsräumungen führen - und die Wohnungskonzerne werden die Kosten auf die Mieter*innen
474 umlegen.

475 Es braucht einen Ausstieg aus der finanzierten Wohnungswirtschaft! Wir wollen Immobilienfonds
476 und Konzernen den Boden entziehen, Fonds sollen ihre Börsenzulassung verlieren. Die Förderpolitiken
477 der EU und ihrer Mitgliedsstaaten sollten darin ausgerichtet sein, das Recht auf klimagerechten,
478 bezahlbaren Wohnraum zu verwirklichen.

479 Andere Förderpolitiken der EU: Aktuell werden Immobilienfonds mit Fördermitteln der EU bestückt,
480 beispielsweise hat Vonovia 600 Millionen Euro für energetische Sanierungen von der Europäischen
481 Investitionsbank bekommen – ohne transparente soziale oder ökologische Auflagen. DIE LINKE
482 fordert:

483 - Förderungen für ökologische Sanierungen müssen an Überführung in Wohngemeinnützigkeit
484 gekoppelt sein: Kein öffentliches Geld an Immobilienhaie, sondern klare soziale und
485 ökologische Kriterien, auf die sich Immobilienkonzerne verpflichten müssen.

- 486 - Wir unterstützten Initiativen zur Vergesellschaftung von großen Immobilienkonzernen: In
- 487 Deutschland Überführung in Anstalten öffentlichen Rechts – oder ähnliche Rechtsgrundlagen
- 488 in anderen Ländern
- 489 - # ev neuer Punkt: Einen Europäischen Fonds auf EU-Ebene, der den dezentralen Ankauf von
- 490 Wohnungen in Kommunen und die Überführung in Gemeinnützigkeit ermöglicht. In
- 491 Deutschland können damit insbesondere Wohnungsbestände von kriselnden
- 492 Immobilienkonzernen übernommen werden, in anderen europäischen Ländern aber auch
- 493 Eigenheimbesitzer*innen, die wegen steigenden Zinskosten von Zwangsräumungen bedroht
- 494 sind.
- 495 - Airbnb den Boden entziehen (#beachte:Regulierung kommt voraussichtlich im Herbst)
- 496 - Gegen Immobilien- und Bodenpreisspekulation: Leerstand und Immobilienspekulation (Bsp
- 497 Spanien) müssen verpflichtend der Vermietung zugeführt werden.

498 Sozialwohnungen / bezahlbares Wohnen/ Gemeinnütziger Wohnraum

- 499 - In den vergangenen 20 Jahren ist die Anzahl der Sozialwohnungen in Deutschland von 2,6
- 500 Millionen um 60% auf 1 Million gesunken und hat damit ein historisches und folgenreiches
- 501 Tief erreicht: Symbolisch für Entwicklung in der ganzen EU
- 502 - EU-weit Investitionen in Sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau hochfahren: Kommunen
- 503 als Ort der Wohnbauförderung müssen unterstützt werden!
- 504 - Förderungen der EBI: für öffentliche Investitionen in sozialen und gemeinnützigen
- 505 Wohnungssektor braucht es Ausnahmen im Stabilitäts- und Wachstumspakt
- 506 - Gemeinwohlorientierte Wohnversorgung (bsp Wien): Wohnungsgemeinnützigkeit,
- 507 selbstverwaltetes Wohnen und Mieter*innenräte stärken

508 Mieten und bezahlbarer Wohnraum

509 Es ist viel zu normal in der ganzen EU, dass Menschen mehr als 40% ihres Einkommens zum Wohnen
 510 ausgeben. In ganz Europa machen die Immobilienkonzerne Milliardenprofite. Vermieter nutzen
 511 Inflation, Indexmieten und ökologische Modernisierungen, um mit Mietsteigerungen Extraprofite
 512 herauszuschlagen. In vielen europäischen Staaten hat sich das Problem in den vergangenen Jahren
 513 weiter verschärft und vor allem in den Großstädten wird das Leben für immer mehr Menschen
 514 unbezahlbar: Ob in Berlin, Paris oder Madrid. Das Problem löst sich nicht durch Förderung der
 515 Immobilien-Wirtschaft und Anreizprogramme für mehr Bauen, sondern wenn politisch eingegriffen
 516 wird: Z.B. Mietendeckel in Spanien und Portugal. In Städten, in denen es einen großen gemeinnützigen
 517 Wohnungssektor gibt wie in Wien, ist Miete noch verhältnismäßig bezahlbar. Die Linie ist klar: Die
 518 Immobilienkonzerne müssen zurückgedrängt werden und es braucht endlich konsequenten Schutz der
 519 Mieter*innen, europäische Finanzierung und Ermöglichung von gemeinnützigem Wohnungsbau und
 520 einen Europäischen Kampf gegen Obdachlosigkeit.

- 521 - Vergesellschaftung von Wohnraum als wichtigstes Instrument um Mieten zu senken. Wenn
- 522 mit Wohnraum nicht mehr spekuliert wird, wenn Konzerne keine Profite mit der Miete
- 523 machen können, gibt es auch keine steigenden Mieten
- 524 - Für Mietenregulierungen im Bestand und im Neubau: Vor allem in Großstädten
- 525 - Ein Recht auf würdevolles Wohnen heißt auch Sicherheit vor Kündigungen. Wir setzen uns ein
- 526 für Dauermietverträge in ganz Europa als effektives Mittel gegen Kündigungen

- 527 - Gegen Narrativ „Bauen Bauen Bauen“ und für ein Umdenken in der Bauwirtschaft: Neubau
 528 nur, wenn Wohnraum sehr knapp ist und gerechte Wohnraumverteilung nicht möglich ist.
 529 Stattdessen braucht es einen Fokus auf Sanierungen, denn Sanieren ist immer ökologischer als
 530 neu zu bauen.
- 531 - Für eine gerechte Wohnraumverteilung: Mehrgenerationenwohnen wollen wir fördern.
 532 Stärkung von Programmen in Kommunen, die Wohnungstausch ohne Mieterhöhungen
 533 ermöglichen

534 **Obdachlosigkeit**

- 535 - Zwangsräumungen verhindern, sodass Menschen gar nicht erst auf der Straße landen!
- 536 - Wir setzen uns für Etablierung und Finanzierung des Housing First Ansatzes in Deutschland
 537 und in der EU ein. Wohnungs- und obdachlose Menschen sollen demnach zuerst in eine
 538 eigene Mietwohnung vermittelt werden, die den Grundstein für erst dann beginnende soziale
 539 Hilfeleistungen wie Suchthilfe und Arbeitssuche und für die gesellschaftliche Teilhabe bildet.

540 **Sozial-gerechte ökologische Modernisierung**

- 541 Große Linie: Dringlichkeit von Bestandssanierungen wegen Klimaschutz und sozialen Gerechtigkeit +
 542 gleichzeitig Kritik an Verdrängung durch ökologische Modernisierungen -> darf nicht gegeneinander
 543 ausgespielt werden. Die Einbeziehung des Gebäudesektors in den Europäischen Emissionshandel ETS
 544 2.0 lehnen wir ab, denn eine pauschale Bepreisung ist sozial ungerecht und der vorgeschlagene Klima
 545 Sozialfonds ist viel zu niedrig ausgestattet, um auch nur im Ansatz die sozialen Folgen abzufedern.
 546 Mieter*innen und Nutzer*innen kleiner Eigenheime dürfen nicht auf den Kosten sitzen bleiben!
- 547 - Positiver Bezug auf MEPS und die Positionierung des EU Parlaments: Es braucht verpflichtende
 548 Sanierungsquoten und ordnungsrechtliche Maßnahmen statt lediglich Förderungen, EU-ETS
 549 und freiwilligen Maßnahmen der Vermieter. Umsetzung durch die MS ist zentral für sozial
 550 gerechte Umsetzung: Das heißt erhöhte Zuschüsse für Sanierungen gestaffelt nach
 551 Einkommensklassen: Die Gesellschaft zahlt nicht für die Villen von Millionären. Plus
 552 Härtefallfonds für Menschen mit niedrigen Einkommen
- 553 - Keine Verdrängung, Modernisierungsumlage abschaffen und Warmmieten-Neutralität:
 554 Mietkostenerhöhungen dürfen nur im Rahmen der Warmmietenerhöhungen stattfinden,
 555 Zuschüsse für Eigentümer*innen -> Ausnahmeregelungen etc. ->> Die Kosten müssen
 556 Immobilienkonzerne und bei Härtefällen/Menschen mit niedrigen Einkommen der Staat
 557 tragen
- 558 - Lösungen im Bestand statt Neubauten! Wenn der Immobilienmarkt ausgetrocknet wird ist
 559 Neubau auch nicht mehr attraktiv
- 560 - Kommunale Wärmeplanung und Wärmenetze als Teil der ÖDV: Probleme müssen vor Ort
 561 umgesetzt werden mit aktiver Unterstützung durch die Kommunen, zum Beispiel mit
 562 Sanierungsbeauftragten: Siedlungslösungen statt Haus-für Haus, EU-Rechtlich darf das nicht
 563 verhindert werden. In DE gibt es beispielsweise viele Siedlungen aus der Nachkriegszeit: Diese
 564 zuerst zu Sanieren macht Sinn, ist in den meisten Fällen warmmietenneutral und muss in den
 565 Plänen geplant und umgesetzt werden.
- 566 - **#klären: Es braucht einen EU-Fonds für die Wärmewende, auf den Kommunen zugreifen**
 567 **können und damit vor Ort, gemeinsam mit den Bürger*innen Kommunale Wärmeplanung und**
 568 **Energetische Sanierungen durchführen und unterstützen können.**

- 569 - Klimaanpassung und Resilienz! Mit zunehmender Klimaerwärmung sind energetische
570 Sanierungen nicht nur wichtig zum Klimaschutz – die Hitze wird im Sommer unerträglich und
571 urbane Hitzeinsel sind eine Gefahr für die Gesundheit.
- 572 - Energetische Sanierungen von Stadtvierteln sind eine ideale Gelegenheit den öffentlicher
573 Raum umzugestalten und soziale Infrastrukturen fördern! Als kollektiver Prozess mit
574 Beteiligung der Anwohnenden ->> Schnittstelle zu ÖDV/Kommunen
- 575 - Referenz auf gemeinnützigen Wohnungssektor als Garant für sozial- und gerechte
576 Wärmewende: Kopplung von Förderungen an Wohnungsgemeinnützigkeit, Demokratisierung
577 von Wohnraumbewirtschaftung als wichtige Voraussetzung. Keine Förderungen in die Hände
578 von Konzernen! Wer Förderungen in Anspruch nimmt, kann unter den Schutzschirm der
579 gemeinnützigen Wohnraumbewirtschaftung schlüpfen.
- 580 - Wärmewende: Fokus auf Wärmepumpe und Wärmenetze statt auf Wasserstoff. Wärmenetze
581 in öffentliche Hand, Förderungen von Wärmenetzen, die durch Stadtwerke oder
582 Genossenschaften betrieben werden
- 583 - Schnittstelle zu Fachkräftemangel und guter Arbeit – Ausbildungsoffensive statt EU-weitem
584 Handwerker Lohndumping

585 **Recht auf Stadt/Recht auf Land**

- 586 - Sozial-ökologischer Umbau von Stadtvierteln ist eine Klassenfrage, denn die grünen
587 Stadtviertel sind die Viertel der Reichen. Gerade deshalb muss der Fokus von Sanierungen und
588 den Förderpolitiken auf Vierteln mit vielen Sozialwohnungen liegen.
- 589 - Nachverdichtung vor Flächenverbrauch
- 590 - Mehr Infrastrukturen in ländlichen Räumen, Gegen Neubauten auf der ‚Grünen Wiese‘,
591 stattdessen für eine Wiederbelebung von Ortskernen: Zum Beispiel Sorgezentren in leeren
592 Einkaufszentren/Einkaufspassagen, Einzelhandel statt Supermärkte auf der grünen Wiese ->>
593 Verknüpfung zu regionalen Wirtschaftskreisläufen
- 594 - Für kulturelle und städtische Freiräume ohne Konsumzwang – wir wollen lokale
595 Versorgungsinfrastrukturen fördern.

596 **Gute Gesundheit und Pflege**

597 **#Perspektive der Beschäftigten stärken, Problemaufriss von Fachkräftemangel und europäischen /**
598 **globalen Pflegeketten, unser Gegenmodell#**

599 Wir wollen, dass jeder Mensch in der EU ein Recht auf universellen Zugang zur
600 Gesundheitsversorgung. Das betrifft nicht nur den Zugang zu Arztpraxen und Krankenhäusern. Wir
601 wollen auch die Kommunikation den besonderen Bedürfnissen z. B. von Menschen mit
602 Behinderungen, Senior*innen oder Menschen mit Sprach- und Lernschwierigkeiten anpassen: Leichte
603 Sprache und verständliche Patienteninformationen müssen selbstverständlich werden. Zugang zu
604 guter Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht und muss gegen Markt, Kürzungen und
605 Profitinteressen durchgesetzt werden. Wir wollen eine EU, die die Mitgliedstaaten befähigt und
606 verpflichtet, dieses Ziel für alle in der EU lebenden Menschen zu verwirklichen. Schließlich ist es ein
607 UN-Ziel, den universellen Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle Menschen bis 2030 zu erreichen.
608 Die EU hat hierfür alle Voraussetzungen.

- 609 Wir wollen eine Versorgung, die sich nach dem Bedarf der Menschen richtet, nicht nach der
610 Profitabilität ihrer Behandlung. Deshalb sind Markt und Profitstreben denkbar schlechte
611 Ordnungsprinzipien in der Gesundheitspolitik.
- 612 - Rechtsakte der EU in der Gesundheitspolitik dürfen nicht auf den Prinzipien des freien Handels
613 und des Wettbewerbs fußen. Die Gesundheitspolitik der Mitgliedstaaten darf durch diese
614 Prinzipien nicht eingeschränkt werden.
 - 615 - Vielmehr muss EU-Politik verbindliche Mindeststandards setzen, die allen in der EU lebenden
616 Menschen garantiert werden und zugutekommen. Diese Mindeststandards sollten sowohl den
617 Umfang als auch die Qualität der Versorgung betreffen. Mitgliedsstaaten, die aus
618 wirtschaftlichen Gründen Schwierigkeiten haben, dies zu erreichen, muss die EU unter die
619 Arme greifen. Hierfür sind Mechanismen zu entwickeln, die eine Bevorzugung von Non-Profit-
620 Gesundheitsversorgung beinhalten.
 - 621 - Für eine **grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung** für alle Menschen in Europa: Zurzeit
622 bestehen Kostenrisiken für Patient*innen bei Gesundheitsleistungen in anderen EU-Staaten.
623 In Deutschland sind Menschen, die sich ohne Aufenthaltserlaubnis in Deutschland aufhalten
624 von Leistungen ausgeschlossen. Das wollen wir ändern.
 - 625 - Wer sich in einem anderen Mitgliedstaat aufhält und dort gesundheitliche Versorgung
626 benötigt, muss sie erhalten – unabhängig davon, ob man beschäftigt, erwerbslos oder im
627 Ruhestand ist. Der Zugang zu Gesundheitssystemen anderer EU-Staaten muss über die EHIC
628 (European Health Insurance Card) niedrigschwellig und diskriminierungsfrei sichergestellt sein
 - 629 - Nationale Leistungsausschlüsse für bestimmte Gruppen von EU-Bürger*innen müssen durch
630 EU-Recht verhindert werden und gehören auch davon unabhängig in Deutschland abgeschafft
 - 631 - Engpässe bei der **Arzneimittelversorgung** sind nicht erst seit der Corona-Pandemie an der
632 Tagesordnung. (Beispiel wie Engpässe Leben gefährden, z.B. kein Fiebersaft für Kleinkinder).
633 Wir sehen es als staatliche Aufgabe an, die Rahmenbedingungen für eine möglichst sichere
634 Versorgung zu schaffen. Dafür wollen wir einerseits die Pharmaindustrie in die Pflicht nehmen
635 und andererseits den teils überzogenen Preisdruck bei generischen Arzneimitteln, der zur
636 Oligopolisierung und Versorgungsproblemen geführt hat, ablösen. Anreize zur Verlagerung
637 der Produktion in die EU müssen mit klaren Auflagen versehen werden.
 - 638 - DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass in der EU-Arzneimittelstrategie die Sicherstellung der
639 Versorgung im Vordergrund steht. Kommt es zu einem Lieferengpass, müssen die
640 pharmazeutischen Unternehmen darlegen, dass der Engpass für sie unabwendbar war. Dabei
641 muss die Robustheit von Liefer- und Produktionsprozessen inkl. der Diversifizierung von
642 Herstellungsorten und Zulieferern sowie eine ausreichende Vorratshaltung geprüft werden.
643 Bei der Umsetzung wollen wir auf internationale Erfahrungen aus der Umsetzung von
644 Lieferkettengesetzen zurückgreifen.
 - 645 - DIE LINKE setzt sich bei den Verhandlungen zum EU-Gemeinschaftskodex für
646 Humanarzneimittel dafür ein, dass die Sicherstellung der Arzneimittelversorgung als wichtige
647 Gemeinwohlaufgabe der Mitgliedstaaten definiert wird. Diese Gemeinwohlaufgabe muss im
648 EU-Recht gegenüber dem freien Binnenmarkt Vorrang eingeräumt werden.
 - 649 - Anreize zur Verlagerung von Produktionskapazitäten in die EU, bzw. nach Deutschland müssen
650 durch klare Auflagen für mehr Versorgungssicherheit (Diversifizierung von Herstellungs- und
651 Zulieferunternehmen, robuste Lieferketten etc.) flankiert werden.
 - 652 - **Patente können tödlich sein.** Dass unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft eine international
653 ungleiche Verteilung des Covid-19-Impfstoffs durchgesetzt wurde, ist ein Skandal. Wir wollen,
654 dass mit öffentlichen Mitteln geförderte Forschung im Rahmen des Equitable Licensing (der
655 sozialverträglichen Patentverwertung) zu sozialen Konditionen an ärmere Länder und
656 Generikaproduzenten abgegeben wird. Produktentwicklungspartnerschaften müssen

657 nachhaltig und in voller Breite des Krankheitsspektrums unterstützt werden. Die Kompetenzen
658 der WHO in diesem Bereich wollen wir ausweiten.

659 **Langzeitpflege und pflegende Angehörige**

660 Überall in Europa nimmt der Pflegebedarf zu und überall gibt es zu wenig Pflegekräfte. Das liegt nicht
661 am Beruf selbst, sondern an den schlechten Arbeitsbedingungen und der geringen Entlohnung. In der
662 Langzeitpflege werden z.B. in Deutschland rund 500 Euro weniger Gehalt gezahlt als in der
663 Krankenpflege. Gleichzeitig überfordern die hohen Pflegekosten viele Menschen. Nicht wenige drohen
664 dadurch in Armut zu fallen. Überdies sind viele Familien darauf angewiesen, privat eine
665 Betreuungskraft zu engagieren, weil sie sich professionelle Pflege nicht leisten können. Diese „24-
666 Stunden-Haushaltshilfen“ sind oft Migrantinnen, die in ihren Heimatländern keine Perspektive haben.
667 Sie hinterlassen oftmals selbst Versorgungslücken, in die dann andere Frauen aus der Familie
668 einspringen. Davon profitieren vor allem die kommerziellen Vermittlungsagenturen. Der
669 gesellschaftliche Pflegenotstand bringt private Pflegekonzerne hervor, die mit der Pflegebedürftigkeit
670 der Menschen und der Ausbeutung der Pflegekräfte Gewinne machen.

- 671 - Reiche EU-Staaten wie Deutschland dürfen ihren hausgemachten Pflegenotstand nicht durch
672 Abwerbung von Pflege- oder Betreuungskräften aus anderen Ländern kompensieren. Statt
673 den Konkurrenzkampf um Personal weiter anzuhetzen, braucht es **europäische**
674 **Mindeststandards für Löhne und Arbeitsbedingungen in der Pflege**. Dazu zählen auch
675 verbindliche **Personalbemessungen**.
- 676 - Voraussetzung dafür ist eine möglichst **europaweite Pflegevollversicherung**, die die gesamten
677 Kosten der Pflege abdeckt. Pflegebedürftigkeit darf nicht zum Armutsrisiko werden. Genau
678 sowenig darf sie Grund für Dumpinglöhne und vormoderne Arbeitsverhältnisse sein (wie bei
679 der „24-Stunden-Pflege“). Auch die Kosten für ausgebildete und tariflich bezahlte Pflegekräfte
680 müssen abgedeckt sein.
- 681 - Wir wollen die Möglichkeit schaffen, dass **illegale 24-Stunden-Betreuungsverhältnisse in**
682 **sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse** mit gesetzlicher Arbeitszeit, Urlaub und
683 Mindestlohn umgewandelt werden können. Die Bundesagentur für Arbeit fördert dies. [aus
684 Drucksache 19/18749]
- 685 - Private Pflegekonzerne dürfen aus Pflegebedarf und Pflegenotstand keine Profite
686 schlagen. Wir wollen sie stärker regulieren: kurzfristig mit einem **Gewinnausschüttungsverbot**,
687 langfristig mit dem **Entzug der Börsenzulassung**. Dadurch wird der „Pflegemarkt“ weniger
688 attraktiv für Kapitalanlagen und Aktiengesellschaften.
- 689 - Im Gegenzug wollen wir **öffentliche und gemeinnützige Pflegeanbieter** stärken. Dabei wollen
690 wir auch neue Modelle fördern wie z.B. wohnortnahe **Pflegeplattformen** mit gut
691 ausgebildeten und tariflich bezahlten Pflegekräften im Bereich der ambulanten
692 Langzeitpflege. Gleicher Lohn am gleichen Ort, keine Ausnahmen für die
693 Sozialversicherungspflicht am Einsatzort
- 694 - #—>als Zwischenschritt auch die *Vermittlung* von Live-in-Betreuungskräften („24-Std.-Pflege“)
695 **regulieren?#**
- 696 - Wir wollen die Bedingungen und die Absicherung für **pflegende Angehörige** verbessern.
697 Unbezahlte Pflege zuhause wird weit überwiegend von Frauen ausgeführt. Häufig geht das
698 zulasten ihrer Erwerbschancen und Alterssicherung, was nicht selten in die Armut führt.
699 Pflegende Angehörige sollen unabhängig vom Erwerbsstatus zusätzliche Rentenansprüche aus
700 ihrer unbezahlten Pfl egetätigkeit bekommen. Zur vorübergehenden Entlastung von
701 pflegenden Angehörigen wollen wir wohnortnahe und auch kurzfristig verfügbare

702 Kurzzeitpflegeangebote ausweiten. Unterstützungsleistungen müssen unbürokratischer und
703 leichter abrufbar sein.

704 - Es braucht dringend eine **Offensive für mehr Pflegekräfte** und massive **Investitionen in die**
705 **Pflegeinfrastruktur** für eine hochwertige pflegerische Versorgung auch zuhause.

706 **Schluss mit der Kriminalisierung der Drogen**

707 Der Krieg gegen die Drogen und gegen die an Sucht Erkrankten ist gescheitert. DIE LINKE setzt sich für
708 einen Paradigmenwechsel ein: weg von der Strafverfolgung, hin zu Prävention, Beratung und Hilfe.

709 Wir sehen es nicht als Aufgabe der Politik an, Menschen zu erziehen, sondern ihnen eine informierte
710 und risikobewusste Konsumententscheidung zu ermöglichen. Wir wollen den Wunsch nach Rausch nicht
711 moralisch werten. Er ist ein Bestandteil der Kultur, auch wenn damit Risiken und mögliche Schäden
712 verbunden sind.

713 Nur durch eine gute Gesundheits- und Sozialpolitik ist eine Schadensreduzierung möglich. Mit dem
714 Verbot von Drogen werden die Risiken für Konsumierende und Gesellschaft nicht wirksam reduziert.

715 Es verhindert weder den Drogenhandel noch senkt es wirksam den Konsum. Die
716 Gesundheitsgefährdung durch Streckmittel, die Finanzierung der organisierten Kriminalität,
717 Beschaffungskriminalität, sozialer Abstieg von Abhängigen, Begleiterkrankungen wie HIV/Aids und
718 Hepatitis – viele drogenbezogene Probleme werden mehr durch die Repression verursacht als durch
719 die Drogen selbst. Zugleich bindet die Repression große finanzielle Mittel: Mehrere Milliarden Euro
720 werden für die Strafverfolgung ausgegeben, für Hilfe und Prävention nur ein Bruchteil davon. Drogen
721 und Sucht sind ein Spiegel der Gesellschaft: Abhängig sein kann man nicht nur von illegalen oder
722 legalen Substanzen, Tabak oder Alkohol, sondern zum Beispiel auch von Glücksspiel, Medikamenten
723 und Energydrinks. Sucht hat vielfältige soziale und psychologische Ursachen und sollte – wie andere
724 Erkrankungen auch – nicht als Versagen einzelner Menschen interpretiert werden.

725 - Die EU soll in ihren Mitgliedstaaten Maßnahmen unterstützen, die auf Prävention, Hilfe,
726 Schadensminderung, Entkriminalisierung und Regulierung von Drogen setzen.

727 - DIE LINKE setzt sich für eine Änderung des EU Rechts und des Schengener Abkommens ein,
728 damit dieses einer umfassenden Legalisierung von Cannabis in den Mitgliedstaaten nicht im
729 Weg steht. Ziel ist eine Cannabis-Legalisierung in der gesamten EU.

730 **#Weitere Zuarbeiten ausstehend#:**

731 - EHDS: Büro Vogler

732 - Global Health: Büro Vogler fragt Büro Möhring an.

733 - Fachkräfte/Brain Drain: Büro Gürpınar

734 - Private Equity: wird ein Unterpunkt von Subsidiarität

735 - Pandemic Preparedness/Corona: Büro Vogler

736 - Gesundheitsforschung, Patente, Studienregister: Referenten

737 - Subsidiarität: Büro Vogler

738 - Drogen (Ates)

739 - Wie gewährleistet man den freien Personenverkehr in der EU, ohne die Pflege- und
740 Gesundheitssysteme der armen MS zu schwächen?

741 Soziale Sicherheit für alle in Europa

742 Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung

743 #Einbauen: Bezug Umverteilungsdimension von oben nach unten#

744 Mehr als 20 Prozent der Menschen in der Europäischen Union sind von Armut bedroht, über 140
745 Millionen Menschen. Jedes vierte Kind unter 18 Jahren zählt dazu. Die Kommission erreichte ihr
746 selbstgesetztes Ziel nicht, rund 20 Mio. Menschen aus der Armut zu bringen. Die Covid-19-Pandemie
747 und die Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine verfestigen das Problem. Insgesamt haben
748 die Ungleichheiten zwischen den Regionen durch die multiplen Krisen zugenommen. Die „soziale
749 Säule“ der EU sollte ein Gegengewicht zur neoliberalen Politik und ihren Effekten schaffen (wachsende
750 soziale Ungleichheit, schwindende soziale Sicherheit, zerstörter sozialer Zusammenhalt durch
751 Privatisierungen). Aber: Ein riesiger Niedriglohnsektor und damit Armut trotz Arbeit, prekäre
752 Beschäftigungsverhältnisse und soziale Benachteiligung sind für mehr als 100 Mio. Menschen Realität.

753 Ein Kernziel des aktuellen „Aktionsplans zur europäischen Säule sozialer Rechte“ ist es, die Zahl der
754 armen und sozial ausgegrenzten Menschen bis 2030 um mindestens 15 Mio. zu verringern. Darunter
755 sollen mindestens 5 Mio. Kinder sein. Dieses Ziel darf nicht wieder scheitern.

- 756 - **Soziale Mindeststandards** (als soziale „Aufwärtskonvergenz“, d.h., im europäischen Vergleich
757 hohe Sozialniveaus dürfen nicht abgesenkt werden, sondern müssen zur Referenz werden)
- 758 - eine **europäische Erwerbslosenversicherung**
- 759 - ein **kollektives Beschwerderecht** (Verbandsklagerecht) im Falle von Defiziten bei sozialen
760 Rechten, die in der Europäischen Sozialcharta verankert sind, wie es das „EU-Protokoll über
761 ein fakultatives Kollektivbeschwerdeverfahren“ von 1995 vorsieht. Deutschland hat dieses
762 Protokoll bislang nicht unterzeichnet und ratifiziert.
- 763 - ein **europäisches Mindesteinkommen** zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.
764 Mindesteinkommensleistungen sollen das Existenzminimum für Einzelpersonen und deren
765 Unterhaltsberechtigte sichern, wenn diese über keine oder nur unzureichende andere
766 finanzielle Mittel verfügen. Die Höhe der Mindesteinkommensleistungen muss sich am
767 jeweiligen nationalen Existenzminimum orientieren und über der Armutsschwelle liegen.

768 Sozialen Fortschritt institutionalisieren

- 769 - Wir fordern eine „**Soziale Fortschrittsklausel**“ bei künftigen Vertragsänderungen. Damit soll
770 sichergestellt werden, dass bei einem Konflikt zwischen der Niederlassungsfreiheit von
771 Unternehmen und kollektiven sozialen Rechten (z. B. dem Streikrecht) die sozialen
772 Kollektivrechte Vorrang haben.

773 Rentensysteme sicher machen

- 774 - Wir wollen eine europaweite **Mindestrente**, die garantiert, dass alle Menschen sicher vor
775 Armut sind. Sie muss oberhalb der Armutsrisikogrenze des jeweiligen Landes liegen: Die liegt
776 bei 60 Prozent des gewichteten mittleren Einkommens. In Deutschland fordern wir eine
777 solidarische Mindestrente von derzeit 1.200 Euro netto. Sie soll Einkommens- und
778 Vermögensgeprüft sein.

- 779 - Die gesetzliche Rente muss den im Erwerbsleben erreichten **Lebensstandard sichern**. Deshalb
 780 fordern wir in Deutschland ein Rentenniveau von 53 Prozent und eine Aufwertung von Zeiten
 781 im Niedriglohn. Die Beiträge der Arbeitgeber müssen dabei über denen der Beschäftigten
 782 liegen, wie es in Österreich, Schweden und Spanien bereits der Fall ist.
- 783 - Die europäischen Pensionskassen gehören zu den weltweit größten Investoren in fossile
 784 Energien. Sie sind durch den Ausbau kapitalgedeckter Rentensysteme zu renditegetriebenen
 785 Investoren geworden, die nicht nur umweltschädlich, sondern auch riskant agieren. Durch die
 786 **Stärkung gesetzlicher und umlagebasierter Rentenkassen** wollen wir die Macht der
 787 Pensionskassen zurückfahren.

788 Familienpolitik

789 Europaweite Anerkennung von Elternschaft

- 790 - Derzeit können ca. 2 Mio. Kinder in eine Situation geraten, in der die Elternschaft in einem
 791 Mitgliedstaat nicht vollständig in einem anderen Mitgliedstaat anerkannt wird. Um die
 792 Grundrechte und anderen Rechte von Kindern zu schützen, muss die in einem Mitgliedstaat
 793 begründete **Elternschaft in allen anderen Mitgliedstaaten gleichartig anerkannt** werden.
- 794 - Europaweite Gleichstellung von Regenbogenfamilien
- 795 - **Reform des Abstammungsrechts**, damit Kinder in Regenbogenfamilien gleiche Rechte
 796 haben. Kinder lesbischer, bisexueller, trans*, inter* und nichtbinärer Elternteile sind noch
 797 immer auf die Stiefkindadoption angewiesen, um einen zweiten rechtlichen Elternteil zu
 798 bekommen.
- 799 - Übernahme von Verantwortung **unabhängig von Ehe** ermöglichen. Auch Regenbogenfamilien,
 800 in denen die Elternschaft nicht an die Paarkonstellation gebunden ist, brauchen eine
 801 rechtliche Anerkennung.
- 802 - Sorge- und Besuchsrecht am Kindeswohl ausrichten
- 803 - Alle EU-Länder erkennen an, dass Kinder im Falle einer Scheidung oder Trennung der Eltern
 804 das Recht auf eine persönliche Beziehung und direkten Kontakt mit beiden Elternteilen haben,
 805 selbst wenn diese in unterschiedlichen Ländern leben. Daraus darf jedoch kein Automatismus
 806 für das Wechselmodell i.S. eines Standardmodells werden. Stattdessen muss in
 807 Einzelfallentscheidungen das **Kindeswohl als Richtschnur** dienen.

808 Kinder- und Jugendpolitik

- 809 - Die von Kommission und Rat vorgeschlagene Einführung einer **Europäischen Garantie für**
 810 **Kinder** muss umgesetzt werden. Ziel der Europäischen Garantie für Kinder ist es, soziale
 811 Ausgrenzung zu verhindern und zu bekämpfen, indem der Zugang bedürftiger Kinder zu einer
 812 Reihe wichtiger Dienste gewährleistet wird. Mitgliedstaaten, in denen die Kinderarmut über
 813 dem EU-Durchschnitt liegt (23,4 %), sollten mindestens 5 % ihrer Mittel aus dem Europäischen
 814 Sozialfonds Plus für die Bekämpfung der Kinderarmut bereitstellen.
- 815 - Eine **europaweite Kindergrundsicherung** als materielle Leistung, die das kindliche
 816 Existenzminimum nach Alter und Entwicklung unterschieden garantiert
- 817 - Rechtsanspruch auf Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten.
- 818 - **Familienzusammenführung** vereinfachen und beschleunigen. Umsetzung der **aktuellen EuGH-**
 819 **Urteile bezüglich des Zeitpunkts der Minderjährigkeit** für volljährig werdende und bereits im
 820 Verfahren volljährig gewordene Minderjährige. Das Gericht legte fest, dass Deutschland Eltern
 821 oder Kindern den Nachzug nicht deshalb verwehren darf, weil die Kinder während langer

822 Verfahren volljährig wurden. Entscheidend sei, dass das Kind bei Asylantragstellung
823 minderjährig war.

824 **Inklusion**

- 825 - Die Kommission hat den Entwurf einer European-Disability-Card (Europäischen Behinderten-
826 Ausweis) angekündigt. -> überprüfen, ob umgesetzt und ob es Kritik gibt
- 827 - #hier werden noch Zuarbeiten eingearbeitet#

828 **Gute Arbeit in einem fairen Europa**

829 Wir wollen europaweit gute Löhne, von denen alle gut leben können. Wir wollen, dass Menschen sich
830 frei in Europa bewegen können, aber wir wollen nicht dass sie es müssen, weil es in ihrem
831 Herkunftsland keine Jobs oder nur zu miesen Bedingungen gibt - und wir wollen nicht dass sie als
832 Billigarbeitskräfte missbraucht werden, wenn sie nach Deutschland oder in andere Länder zum
833 Arbeiten kommen. Es muss ein Ende haben, dass Unternehmen zum Lohn- und Sozialdumping ihre
834 Betriebe oder Firmensitze verlagern oder die Rechtsform wechseln, um die Mitbestimmung der
835 Beschäftigten auszuhebeln. Wir wollen gute Standards für alle in einem demokratischen Europa. Die
836 Richtlinien der EU sind teilweise viel fortschrittlicher als das, was die Bundesregierung in Deutschland
837 umsetzt. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU-Regeln im Sinne der Beschäftigten umgesetzt werden
838 statt Schlupflöcher für Unternehmer zu schaffen.

839 **Gute Löhne überall in Europa**

840 In der Europäischen Union sind mindestens 20 Mio. Menschen trotz Erwerbsarbeit von Armut
841 bedroht. Die 2022 von der EU verabschiedete Mindestlohn-Richtlinie verpflichtet EU-Staaten, bei
842 ihren gesetzlichen Mindestlöhnen eine angemessene Höhe zu sicherzustellen und regelmäßig zu
843 überprüfen. Als angemessen werden in der Richtlinie mindestens 60 Prozent des mittleren (=Median)
844 Stundenlohns vorgesehen. Das bedeutet, dass in Deutschland der Mindestlohn auf 13,50 Euro steigen
845 müsste. Allerdings muss das erst bis Ende 2024 in nationale Gesetzgebung umgesetzt werden.
846 Zusätzlich schreibt die Mindestlohnrichtlinie Nationale Aktionspläne zur Erhöhung der Tarifbindung
847 vor, sollten weniger als 80 Prozent der Beschäftigten von Tarifverträgen erfasst sein. In Deutschland
848 sind es nur etwa 50 Prozent [genaue Zahl prüfen] - d.h. jede*r zweite Beschäftigte hierzulande ist
849 nicht durch Tarifverträge geschützt. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass die Pläne auch umgesetzt
850 werden.

- 851 - Mindestlohn in Deutschland erhöhen: 13,50 Euro sind das Mindeste. Und das ist angesichts
852 der Teuerung der letzten Jahre längst nicht ausreichend.
- 853 - Leichtere Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen: Die Tarifbindung ist in Deutschland
854 auch deswegen so niedrig, weil es Unternehmen leicht gemacht wird, sich Tarifverträgen zu
855 entziehen.
- 856 - Tarifverträge müssen bei der Auslagerung auf Subunternehmen fortgelten.
- 857 - Werkverträge und Leiharbeit strenger regulieren, um Lohndumping zu unterbinden.
- 858 - Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen verbindlich festschreiben.
- 859 - OT-Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden verbieten.

860 **Noch klären:** Revision der **Vergabe-Richtlinie**, damit nicht der billigste Anbieter den Zuschlag erhält
861 und Tariftreueklauseln ermöglicht werden? (Laut DGB sind Tariftreue-Klauseln auch jetzt schon mit
862 EU-Recht vereinbar.)

863 **Zeit für Familie statt Stress ohne Ende:**

864 Unternehmensverbände drängen in vielen europäischen Ländern auf längere Arbeitszeiten für
865 Beschäftigte. Schutzgesetze, die den Arbeitstag begrenzen und Zeit für Erholung und Schlaf sichern
866 sind ihnen ein Dorn im Auge und sollen weg, wenn es nach ihnen geht. Sie wünschen sich 12-Stunden-
867 Tage und 60-Stunden-Wochen, doch sie verkaufen uns das als Freiheitsgewinn. Doch Freiheit heißt
868 selbstbestimmte Verwendung seiner Zeit und nicht nach dem Profitinteressen des Managements.
869 Deswegen setzen wir uns für kürzere Arbeitszeiten ein, damit mehr Zeit für Familie, Freunde und
870 Hobbys bleibt. In vielen Berufen sind Beschäftigte schon jetzt am Rand ihrer Kräfte. Viele arbeiten
871 deswegen in Teilzeit, was für sie weniger Geld und niedrige Renten bedeutet - und den Mangel an
872 Fachkräften verstärkt. Mit kürzeren Arbeitszeiten und höheren Löhnen werden Pflegeberufe,
873 Erziehung etc. wieder attraktiver und können genügend Fachkräfte gefunden und vor allem auch
874 gehalten werden. Kürzere Arbeitszeiten erleichtern zudem eine gleichberechtigte Arbeitsteilung bei
875 Haushalts- und Sorgeaufgaben, die bisher hauptsächlich von Frauen erledigt wird.

876 - Deutschland muss endlich eine verbindliche Arbeitszeiterfassung für alle Beschäftigten
877 umsetzen

878 - Sicherstellen, dass Leute nicht um Mindestlohn oder Arbeitszeit betrogen werden und so
879 Arbeitszeiten ausgeweitet werden (Nicht-Bezahlung für Wartezeiten scheint um sich zu
880 greifen)

881 - Kurze Vollzeit / 4-Tage-Woche für alle mit vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich,
882 flexibel an auch biografischen Interessen der Beschäftigten ausgerichtet (unterschiedliche
883 Lebensphasen mit unterschiedlichen Arbeitszeitinteressen (22-35h/Woche), auch: wie die Zeit
884 in der Woche verteilt wird), absichern gegen Arbeitsverdichtung

885 - wöchentliche Höchstarbeitszeit auf 40 Stunden begrenzen

886 [Bezug zur EU-Arbeitszeitrichtlinie noch rein; Begriff der 4-Tage-Woche stärken]

887 **Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit**

888 Immer noch verdienen in Deutschland Frauen rund ein Fünftel weniger als Männer. Das ist einer der
889 höchsten Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern in allen EU-Staaten. Die EU hat 2023
890 eine Entgelttransparenz-Richtlinie verabschiedet, die die Mitgliedsstaaten verpflichtet, bis 2026
891 Maßnahmen zu verabschieden, um das zu ändern. Wir wollen das deutsche Entgelttransparenzgesetz
892 zu einem Entgeltgleichheitsgesetz weiterentwickelt wird. Denn es braucht nicht nur das
893 Auskunftsrecht, sondern stärkere Durchsetzungsrechte, um tatsächlich gleiche Bezahlung zu
894 erreichen. Außerdem müssen die Löhne in sogenannten Frauenberufen erhöht werden, dazu muss
895 auch die Auslagerung durch öffentliche Arbeitgeber beendet werden und öffentliche Dienstleistungen
896 wieder ausreichend finanziert werden (—> siehe Steuerkapitel).

897 - Auskunftspflicht für Unternehmen gegenüber allen Beschäftigten

898 - Verbandsklagerecht zur Durchsetzung gleicher Bezahlung endlich schaffen, damit Frauen nicht
899 mehr allein ihre Rechte einklagen müssen

900 **Einsatz „Künstlicher Intelligenz“ in der Arbeitswelt regeln**

901 Die Digitalisierung und den Einsatz von Künstlicher Intelligenz in den Unternehmen drohen in vielen
902 Bereichen weitere Arbeitsverdichtung, stärkere Überwachung von Beschäftigten und Dequalifizierung
903 von Arbeitsplätzen. Viele Jobs werden wegfallen, aber es werden auch neue entstehen. Wichtig ist, in
904 den neuen Jobs gute Arbeitsbedingungen sicherzustellen und durchzusetzen. Wir wollen, dass die EU
905 den Einsatz von KI in der Arbeitswelt europaweit regelt, die allgemeine KI-Richtlinie wird dem nicht
906 gerecht. Und im digitalen Bereich machen die Arbeitsbedingungen noch weniger als ohnehin schon an
907 den Grenzen halt.

- 908 - Beschäftigtendatenschutz umfassend regeln (wofür dürfen Produktionsdaten verwendet
909 werden, und wofür nicht und wie wird das sichergestellt)
- 910 - Auskunftsrecht für Betriebsräte und Beschäftigte, wo KI überhaupt zum Einsatz kommt
- 911 - keine Personalauswahl durch KI, schon jetzt führt das zu vielen Ausschlüssen/Diskriminierung,
912 weil abweichende Erfahrungen weniger Berücksichtigung finden

913 **Arbeitsrechte für Plattform-Beschäftigte**

914 28 Mio. Menschen arbeiten in Europa über digitale Plattformen. 2025 werden es wahrscheinlich
915 bereits 43 Mio. Menschen sein, die für Uber, Lieferando & Co. unter teils prekären Bedingungen
916 arbeiten. Sie tun dies häufig als Scheinselbstständige. Um Aufträge zu bekommen, sind sie von
917 intransparenten Algorithmen abhängig. Die EU hat eine Richtlinie zur Verbesserung der
918 Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit geschaffen, so dass Beschäftigte über Plattformen einen
919 klaren Beschäftigtenstatus mit allen dazugehörigen Rechten und Absicherungen erhalten,
920 einschließlich des Rechts, sich gewerkschaftlich zu organisieren und kollektiv Tarifverträge
921 auszuhandeln. Wir wollen, dass das in Deutschland umfassend umgesetzt wird, damit Mindestlöhne,
922 Arbeitszeitregulierung, Sozialversicherung, Rentenversicherung, Besteuerung etc. weder ausgehöhlt
923 noch umgangen werden können.

- 924 - Betriebsbegriff und Arbeitnehmerbegriff an die Realität von kapitalistischer Plattformarbeit
925 anpassen. Die über Plattformen Beschäftigten müssen dieselben Arbeitsrechte, denselben
926 Sozialversicherungsschutz erhalten wie in herkömmlichen Betrieben Beschäftigte.
- 927 - Auskunftsrecht über die Auftragsvergabe durch die Algorithmen

928 **Solo-Selbstständige absichern**

929 Die Europäische Kommission hat Leitlinien verabschiedet, die Tarifverhandlungen von
930 Soloselbstständigen ermöglichen, indem sie vom Wettbewerbsrecht ausgenommen sind. Das begrüßen
931 wir, aber wir brauchen auch eine europäische Regelung zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für
932 Solo-Selbstständige.

- 933 - Auftraggeber müssen auch für Soloselbstständige Sozialversicherungsbeiträge zahlen
- 934 - branchenweite Mindesthonorarregelungen

935 **Auslagerung auf Subunternehmer einschränken**

936 Die Auslagerung von Aufträgen zur Erfüllung auf rechtlich selbständige Subunternehmer mit eigenen
 937 Beschäftigten ist in vielen Branchen verbreitet. Damit wollen die Unternehmer (und leider auch
 938 öffentliche Arbeitgeber!) Arbeits- und Tarifstandards im Hauptunternehmen umgehen. Insbesondere
 939 in der Bauwirtschaft, der Logistikbranche, der IT-Branche, der Reisebranche und im Öffentlichen
 940 Personennahverkehr (ÖPNV) und in der Landwirtschaft kommt die Praxis des Sozialdumpings häufig
 941 vor.

- 942 - Wir wollen eine europäische Regelung zur General-Unternehmerhaftung, die es zurzeit z. B.
 943 im Baugewerbe in Deutschland gibt.
- 944 - Bei einer Änderung der EU-Verträge müssen die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge
 945 von der Liberalisierung und Privatisierung ausgenommen werden.

946 **Rechte mobiler Beschäftigte und Saison-Beschäftigter verbessern**

947 Arbeitsmobilität innerhalb der EU darf nicht dazu führen, dass Beschäftigte ausgebeutet werden und
 948 die soziale Absicherung ausgehebelt wird. Noch immer werden auch „Briefkasten-Firmen“ genutzt, um
 949 mit mobilen (Saison-)Beschäftigten einen Dumping-Wettbewerb um die niedrigsten Löhne und
 950 schlechtesten Arbeitsbedingungen machen zu können. Diese Art des Unterlaufens sozialrechtlicher
 951 Standards muss unterbunden werden. Die EU arbeitet an einer Überarbeitung der Entsenderichtlinie
 952 [checken: bis zur Wahl eventuell schon verabschiedet], die u.a. die soziale Absicherung von ins
 953 Ausland entsandten Beschäftigten stärken kann.

- 954 - Grenzüberschreitende Anrechnung von Arbeitslosenversicherungs-Ansprüchen und eine
 955 Sozialversicherungs-Pflicht, wenn für mehrere Arbeitgeber*innen gearbeitet wird.
- 956 - Sozialversicherungsbeiträge müssen dort gezahlt werden, wo die Wertschöpfung stattfindet,
 957 um missbräuchliche Entsendung zu verhindern. [Vielleicht zum Abschnitt zu Subunternehmern
 958 tun]
- 959 - Ausbau von Arbeitskontrollen in den Mitgliedsländern im Sinne der Beschäftigten. Also nicht
 960 vom Zoll, der im Zweifelsfall seine Erfolge durch Aufdeckung „illegalen Aufenthalts“ schafft
 961 statt gegen die Unternehmen vorzugehen. Das ist besonders für ausländische Beschäftigte
 962 wichtig, aber natürlich auch um den Arbeitsschutz zu stärken.
- 963 - Für mobile Arbeiter*innen (z. B. Saisonbeschäftigte in der Landwirtschaft) fordern wir
 964 europaweite Beratungsstellen mit einer eigenen und ausreichenden Finanzierung.
 965 Beratungsorganisationen wie z.B. „fair mobility“ des DGB sollen europaweit agieren und
 966 müssen durch die EU finanziert werden.

967 **Unternehmen in die Verantwortung nehmen**

968 Die EU will Sorgfaltspflichten von Unternehmen bei ihren ausländischen Zulieferern festschreiben.
 969 [Prüfen wann fertig] Es ist kein Naturgesetz, dass Unternehmen ihre Vorprodukte von
 970 Subunternehmern in anderen Ländern beziehen, deren Arbeits- und Herstellungsbedingungen sie
 971 nicht kontrollieren können. Es ist Unternehmensstrategie, sich von Kosten für die Herstellung und
 972 Lagerung ihrer Produkte zu entledigen. Damit einhergehen Sozial- und Umweltdumping, Verletzungen
 973 von Arbeits- und Menschenrechten. Es ist eine billige Lüge, dass die Unternehmer nicht wüssten und
 974 nicht beeinflussen könnten, unter welchen Bedingungen ihre günstigen Zulieferer produzieren lassen.
 975 Wir setzen uns dafür ein, dass alle Hersteller in die Verantwortung genommen werden.

- 976 - die Schwellenwerte für Unternehmensgrößen müssen deutlich herabgesetzt werden.

- 977 - Informations- und Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte erweitern

978 **Mitbestimmung und Demokratie im Betrieb und in der Wirtschaft stärken**

979 Unternehmer wollen die Demokratie gern vorm Werktor enden sehen und im Betrieb ~~den~~
 980 aristokratischer Herr-im-Haus sein. Der europäische Binnenmarkt erleichtert es ihnen, Beschäftigte ~~in~~
 981 gegeneinander auszuspielen und mit Verlagerung in Ländern mit niedrigeren Löhnen oder
 982 Sozialstandards zu drohen (und die Drohung umzusetzen). Sie ändern die Rechtsform ihrer
 983 Unternehmen, um die Mitbestimmung der Beschäftigten über die Unternehmenspolitik in den
 984 Aufsichtsräten zu umgehen. Die Umwandlungsrichtlinie der EU erlaubt jedoch eine viel stärkere
 985 Begrenzung als die Ampelregierung umgesetzt hat. Wir setzen uns dafür ein, die Rechte von
 986 Beschäftigten und Betriebsräten zu stärken und treten der Aushöhlung der Demokratie durch die
 987 Unternehmer entgegen.

- 988 - Mitbestimmungsrecht bei wirtschaftlichen Fragen wie Betriebsschließung, Verlagerung etc.
- 989 - Umwandlung der Rechtsform oder die Verlagerung des Sitzes eines Unternehmens
 990 erschweren, die häufig nur stattfinden um die Mitbestimmung der Beschäftigten im
 991 Aufsichtsrat loszuwerden oder andere Beschäftigtenrechte zu unterlaufen. Wir fordern gemäß
 992 der EU-Richtlinie, dass den deutschen Registergerichten künftig die zentrale Aufgabe
 993 zukommen soll, die missbräuchliche Nutzung grenzüberschreitender
 994 Unternehmensumwandlungen zu verhindern. (DGB-Position). [Fordern wir noch mehr und
 995 anderes, um das zu verhindern? Bestandsschutz für Mitbestimmungsgremien erweitern?
 996 Umwandlung in SE steuerlich unattraktiv machen? Weitere Vorschläge von uns, die über DGB-
 997 Position hinausreichen?]
- 998 - Europäische Betriebsräte stärken
- 999 - Streikrecht entsprechend der EMRK ausch in Deutschland gewährleisten
- 1000 - Nicht nur Verluste sozialisieren, während Gewinne weiter privat bleiben. => wo öffentliche
 1001 Gelder fließen, müssen mit einem Zuwachs an Demokratie für die Beschäftigten bzw.
 1002 öffentliche Mit-Eigentümer verbunden werden.
- 1003 - Bei Standortverlagerungen sind öffentliche Fördermittel für die Ansiedlung zurückzuzahlen
 1004 (Zeitraum verlängern für den das gilt)
- 1005 - Förderung von Genossenschaften und kollektivem Eigentum an Betrieben, in der Krise, bei
 1006 Neugründung

1007 **Geschlechtergerechtigkeit**

- 1008 Gleichberechtigung ist in der EU zwar in den Verträgen in Richtlinien benannt, aber noch immer nicht
 1009 realisiert, im Gegenteil, seit der Covid-19 Pandemie ist ein weiterer Rückschritt zu beobachten. So liegt
 1010 der Gender-Equality Index der EU bei gerade mal 68,6 von einhundert möglichen Punkten.
- 1011 DIE LINKE streitet dafür, die Lebensbedingungen aller Frauen zu verbessern und sie konsequent vor
 1012 Gewalt schützen. Gleichberechtigung wirklich voran zu bringen, steht für uns in Verbindung mit
 1013 Kämpfen für gute Arbeit und gute Löhne, für sexuelle und geschlechtliche Selbstbestimmung, gegen
 1014 Ausbeutung und Ausgrenzung, und gegen Anti-Feminismus, Homo- und Transfeindlichkeit von rechts.
- 1015 - Wir setzen uns ein für die soziale Absicherung aller Frauen in der EU. Frauen müssen häufig in
 1016 prekären und nicht sozialversicherten Beschäftigungsverhältnissen (Minijobs, Befristung,

- 1017 Leiharbeit u.ä.) arbeiten. Wir wollen sie in reguläre Beschäftigung überführen. Für Branchen,
 1018 in denen überwiegend Frauen arbeiten und deren Geschäftsmodell auf unfreiwilliger
 1019 Teilzeitarbeit besteht (z.B. der Einzelhandel) fordern wir ein Recht der Beschäftigten auf eine
 1020 Vollzeitstelle.
- 1021 - Lohndiskriminierung wollen wir europaweit überwinden - gleicher Lohn für gleichwertige
 1022 Arbeit
- 1023 - Bessere Bezahlung und mehr Personal in Berufen, in denen überwiegend Frauen arbeiten und
 1024 in denen für unsere Gesellschaft unverzichtbare Tätigkeiten ausgeübt werden(z.B. Pflege,
 1025 Sozial- und Erziehungsdienste, Einzelhandel). Wir unterstützen Streiks mit entsprechenden
 1026 Forderungen der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften .
- 1027 - Berufe, in denen vor allem Sorgearbeit geleistet wird (wie etwa in der Pflege und der
 1028 Kinderbetreuung), müssen finanziell und sozial aufgewertet werden. Dies ist eine Frage der
 1029 Gerechtigkeit und zugleich eine Antwort auf den Fachkräftemangel: Mit einer besseren
 1030 Bezahlung und guten Arbeitsbedingungen werden die Berufe auch attraktiver (z.B. auch für
 1031 Männer, die in Industriebranchen ihren Job verlieren).
- 1032 - Überall in Europa braucht es flächendeckende Betreuungsangebote für Kinder und alte
 1033 Menschen, damit Frauen entlastet und eine bessere Vereinbarkeit von Erwerbs- und
 1034 Familienarbeit ermöglicht wird.
- 1035 - Wir wollen die Bedingungen für pflegende Angehörige verbessern (vgl. Kapitel Pflege). Fast
 1036 drei Viertel der Pflegebedürftigen in Deutschland werden zu Hause versorgt, zum größten Teil
 1037 allein durch Angehörige. Es sind vor allem Frauen, die die unbezahlte Pflegearbeit leisten:
 1038 nämlich die Töchter und Schwiegertöchter der Pflegepersonen.
- 1039 - Wir begrüßen die Ratifizierung der **Istanbul-Konvention** und fordern, dass sie in allen
 1040 Mitgliedstaaten vorbehaltlos umgesetzt wird
- 1041 - Wir brauchen für von Gewalt betroffene Frauen ausfinanzierte Hilfesysteme in Form von
 1042 flächendeckender Versorgung mit Schutzräumen, Beratungsangeboten und psychologischer
 1043 Begleitung
- 1044 - digitale Gewalt gegen Frauen in den Fokus nehmen und bekämpfen
- 1045 - bessere Prävention
- 1046 - Alle Frauen in der EU sollen Anspruch auf ambulante und stationäre wohnortnahe
 1047 medizinische Versorgung bei Krankheit und Schwangerschaft sowie auf die jeweiligen
 1048 notwendigen Vor- und Nachsorgemaßnahmen haben -> auf EU Ebene sollen dafür
 1049 verbindliche Mindeststandards eingeführt werden, unabhängige
 1050 Frauengesundheitseinrichtungen und -initiativen sowie Gesundheitsforschung mit Blick auf
 1051 Frauen stärker gefördert werden [Verweis zu Kapitel Gesundheit]
- 1052 - Von **Flucht** und Vertreibung sind weltweit in besonderem Maße Frauen betroffen.
 1053 Geschlechtsspezifische Verfolgung und Gewalt, auch Verfolgung aufgrund von sexueller
 1054 Orientierung und geschlechtlicher Identität, müssen als Asylgrund anerkannt werden
- 1055 - Sexuelle Gewalt gegen Frauen wird in fast allen Konfliktregionen dieser Welt als strategische
 1056 Kriegsführung benutzt. Betroffene Frauen müssen in den Mitgliedstaaten der Europäischen
 1057 Union aufgenommen werden und entsprechende sensibilisierte und personenspezifische
 1058 Unterstützung erfahren
- 1059 - bedürfnisorientierte Unterbringung und ausreichend Schutzräume für geflüchtete Frauen und
 1060 ihre Kinder sowie für Lesben, Schwule und Trans* Menschen. Das Personal in den
 1061 Unterkünften muss entsprechend besser geschult werden. Initiativen geflüchteter Frauen, von
 1062 Lesben, Schwulen, Trans* und Intergeschlechtlichen wollen wir stärken. - [Verweis auf Kapitel
 1063 zu Flucht und Asyl] und auf Queerkapitel

- 1064 - Wir wollen **reproduktive Rechte** in ganz Europa stärken, und fordern die Abschaffung aller
- 1065 Einschränkungen des Abtreibungsrechts aus den Strafgesetzbüchern der EU Mitgliedsländer.
- 1066 - Bündnissen für sexuelle und körperliche Selbstbestimmung, Initiativen von
- 1067 Medizinstudierenden und Ärzt*innen, Pro-Choice, die sich für die Entkriminalisierung des
- 1068 Schwangerschaftsabbruchs einsetzen, sollen mehr Unterstützung erfahren
- 1069 - Europaparlament hat u.a. Mitgliedsstaaten der EU fordern wir auf, sicheren und kostenlosen
- 1070 Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen zu gewährleisten -> muss endlich umgesetzt werden,
- 1071 und zwar flächendeckend, um Zugang auch wirklich zu gewährleisten
- 1072 - kostenlose Verhütung für alle sowie Gelder für die Erforschung neuer Verhütungsmittel,
- 1073 speziell auch für Männer
- 1074 - Sexismus überwinden - Rechte von Frauen am Arbeitsplatz stärken - Unbefristete
- 1075 Arbeitsverträge und verbindliche Anti-Diskriminierungsregelungen in allen EU-Staaten;
- 1076 - EU-weites Förderprogramm für Bildungsarbeit gegen Sexismus, Homo- und
- 1077 Trans*feindlichkeit, das Initiativen von Betroffenen stärkt und schulische wie außerschulische
- 1078 Bildungsarbeit fördert.
- 1079 - Rechte von Sexarbeiter*innen stärken.
- 1080 - Opfer von Menschenhandel – auch „Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung“ – besser
- 1081 schützen (Aufenthaltsrecht, psychische Betreuung, Rechtsbeistand und Rechtshilfe, Zugang zu
- 1082 sozialen Leistungen.)

1083 Queer

1084 Die Gleichstellung und Nichtdiskriminierung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans, inter und
 1085 queeren Personen (LSBTIQ) sind ein wichtiges Ziel der EU-Grundwerte und -rechte. Dennoch stellte
 1086 die Grundrechteagentur der Europäischen Union (FRA) in einer Umfrage fest, dass die Diskriminierung
 1087 aufgrund der sexuellen Ausrichtung und der geschlechtlichen Identität in der EU zunimmt: 43 % der
 1088 LSBTIQ-Personen gaben 2019 an, sich diskriminiert zu fühlen. 2012 waren es noch 37 %. Dabei sind die
 1089 Diskriminierungserfahrungen der LSBTIQ-Personen innerhalb der EU unterschiedlich. In Teilen der EU
 1090 geht die gesellschaftliche Akzeptanz von LSBTIQ zurück und nehmen homo- und transfeindliche
 1091 Einstellungen und Vorfälle zu. Zudem werden in einigen Mitgliedstaaten Grundrechte von LSBTIQ
 1092 eingeschränkt. Ungeachtet dessen besteht die Diskriminierung von LSBTIQ-Personen in der gesamten
 1093 EU fort.

1094 Die EU-Kommission reagierte darauf mit einer „Strategie für die Gleichstellung von LSBTIQ-
 1095 Personen 2020-2025“. Sie enthält Maßnahmen gegen die Diskriminierung und für die Gleichstellung
 1096 von LSBTIQ und soll durchgängig in allen Politikbereichen, Rechtsvorschriften und
 1097 Finanzierungsprogrammen der EU im Sinne eines Querschnittansatzes („Mainstreaming“) greifen.
 1098 Allerdings zeigt sich in der Praxis, dass die LSBTIQ-Gleichstellungsstrategie nicht in allen
 1099 Generaldirektionen ernsthaft verfolgt wird. Es wird zu wenig mit LSBTIQ-Verbänden
 1100 zusammengearbeitet.

1101 Zur erfolgreichen Umsetzung der LSBTIQ-Gleichstellungsstrategie fordern wir:

- 1102 - In jeder Generaldirektion müssen **Koordinator*innen** für die Umsetzung in den jeweiligen
- 1103 Politikfeldern ernannt werden. Der Umsetzungsstand wird in jährlichen Beratungen mit allen
- 1104 Generaldirektionen und **LSBTIQ-Verbänden** (NGOs) bewertet. Dazwischen erfolgt in allen
- 1105 Politikbereichen ein regelmäßiger Austausch mit LSBTIQ-Verbänden.

- 1106 - In der EU-Administration muss eine eigene **Organisationseinheit** zur Entwicklung,
1107 Koordination und Beobachtung von LSBTIQ-Gleichstellungsmaßnahmen mit ausreichend
1108 Personal, Ressourcen und Befugnissen eingerichtet werden.
- 1109 - Die EU-Kommission muss dafür sorgen, dass alle Mitgliedsstaaten **nationale Aktionspläne**
1110 gegen Diskriminierung und für Gleichstellung von LSBTIQ-Personen aufstellen.
- 1111 - Die **finanzielle Förderung** von NGOs, die sich für die Rechte und Anliegen von LSBTIQ
1112 einsetzen, muss ausgebaut und verstetigt werden.
- 1113 Die Rechte und der Schutz von trans, inter und nicht-binären Personen müssen EU-weit gestärkt
1114 werden.
- 1115 - **Hassgewalt** insbesondere gegen trans, inter und nicht-binäre Menschen muss konsequenter
1116 verfolgt und bestraft werden. Ihre statistische Erfassung muss genauer und regelmäßig
1117 veröffentlicht werden.
- 1118 - Die **Prävention** von trans- und queerfeindlicher muss in allen gesellschaftlichen Bereichen
1119 gestärkt werden. Insbesondere im Bildungsbereich, der Kinder- und Jugendhilfe sowie in der
1120 Verwaltung und in der Arbeitswelt sind Aufklärungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen
1121 erforderlich.
- 1122 - In allen EU-Mitgliedsstaaten müssen **Selbstbestimmungsrechte** für trans, inter und nicht-
1123 binäre Menschen eingeführt werden. Bislang gibt es nur in vier Mitgliedsstaaten Verfahren zur
1124 rechtlichen Anerkennung einer anderen Geschlechtszugehörigkeit ohne medizinische
1125 Anforderungen.
- 1126 - Viele Regelwerke der EU und ihrer Mitgliedsstaaten beinhalten nicht die besonderen Anliegen
1127 von trans, inter und nicht-binären Personen. Die EU-Kommission muss darauf hinwirken.,
- 1128 - Die von der EU-Kommission vorgeschlagenen verbindlichen **Standards**
1129 **für Gleichstellungsstellen** müssen um die Merkmale trans, inter und nicht-binär ergänzt
1130 werden.
- 1131 Außerhalb der EU kommt es zu gravierenden **Menschenrechtsverletzungen** von LSBTIQ-Personen.
1132 Beispielsweise droht in Uganda für bestimmte homosexuelle Handlungen die Todesstrafe durch ein
1133 neues Gesetz. Daran haben auch US-amerikanische Evangelikale mitgewirkt. Weitere Staaten planen
1134 neue queerfeindliche Gesetze.
- 1135 - Die EU und Deutschland müssen mit **gezielten Sanktionen** gegen die Urheber*innen solcher
1136 verbrecherischen Gesetze vorgehen. Die politisch Verantwortlichen müssen Einreiseverbote
1137 bekommen. Ihre Konten müssen eingefroren werden.
- 1138 - Verfolgung und Gewalt aufgrund der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität
1139 müssen als **Asylgründe** anerkannt werden. Geflüchtete LSBTIQ-Personen müssen
1140 bedürfnisgerecht untergebracht werden. Es müssen ausreichend Schutzräume und
1141 Einzelunterkünfte für sie zur Verfügung stehen. Die Unterbringung in Sammelunterkünften
1142 lehnen wir grundsätzlich für alle geflüchteten Menschen ab. Das Personal in den Unterkünften
1143 muss diskriminierungssensibel geschult werden. Zivilgesellschaftliche Initiativen und NGOs, die
1144 sich für die Rechte von geflüchteten LSBTIQ-Menschen einsetzen, müssen finanziell
1145 unterstützt und gestärkt werden.

1146 Klimagerechtigkeit und Wirtschaft umbauen

- 1147 Im Leben der Menschen deutlich zu spüren: Hitzesommer, Wassermangel, Waldbrände etc. Wir
1148 wollen die Klimakatastrophe stoppen. Dafür ist ein grundlegender Wandel unserer Gesellschaft

1149 notwendig. Aber die Regierung verzögert mit falschen Weichenstellungen im Interesse von Konzernen
1150 die Klima-, Energie- und Verkehrswende. Mit der Politik der EU Kommission und der Ampelregierung
1151 in Deutschland können wir das 1,5-Grad-Ziel bei der Begrenzung der Erderwärmung nicht
1152 erreichen. Wir müssen die Art und Weise, wie wir Wirtschaften, wie wir leben, arbeiten und unsere
1153 Freizeit verbringen grundlegend neu organisieren. Dieser Umbau-Prozess ist nicht frei von Konflikten.
1154 (Profitinteressen vs. Klimaschutz, eingewöhnte Lebensweisen vs. nachhaltige Lebensweisen, Arm vs.
1155 Reich, globaler Norden vs. globaler Süden).

1156 Konsequenter Klimaschutz heißt, dass sich in unserem Leben viel ändern muss - am spürbarsten ist
1157 das beim Wohnen und der Mobilität. Die jetzige neoliberale Politik in der EU wälzt die Kosten und die
1158 Belastung der Bekämpfung des Klimawandels auf die Bürger*innen ab. Menschen, die keine
1159 Alternative haben zum Auto sollen einen höheren Preis für Sprit zahlen und Mieter*innen, die keine
1160 Möglichkeit haben ihre Heizung zu ändern sollen höhere Heizkosten zahlen. Gleichzeitig können die
1161 Superreichen weiter ungehindert durch die Welt jetten und ihre Villen beheizen, weil ihnen die
1162 zusätzlichen Kosten nichts ausmachen.

1163 Klimapolitik ist eine Verteilungsfrage: Was es braucht ist regionale und gemeinwohlorientierte
1164 Versorgung, die Wohlstand für alle schafft: Den Ausbau von kostenlosem öffentlichem Nahverkehr als
1165 Alternative zum Auto. Lokal produzierte, preiswerte regenerative Energieversorgung, Industrie, die
1166 sich darauf konzentriert ökologisch sinnvolle Dinge sozial gerecht zu produzieren: Straßenbahnen statt
1167 E-SUVs, Wärmepumpen statt Wasserstoffheizungen.

1168 Die Verteilungskonflikte werden sich durch die Klimakrise in den nächsten Jahren noch weiter
1169 zuspitzen: In vielen Regionen herrscht Wasserknappheit – es wird sich immer häufiger die Frage
1170 stellen was wichtiger ist: Lebensmittelanbau und öffentliche Schwimmbäder oder Golfplätze und
1171 private Swimmingpools ?

1172 Die Klimakrise ist auch eine Frage globaler Gerechtigkeit: Die Regionen, die die Klimakrise am
1173 wenigsten mitverursacht haben, leiden jetzt schon am meisten darunter. Ganze Landstriche sind
1174 schon jetzt unbewohnbar aufgrund von Hitze, Dürre, Überflutungen. Die Mitgliedstaaten der
1175 Europäischen Union gehören hingegen zu den Hauptverursachern der Klimakrise und haben eine
1176 historische Schuld, die Klimakrise jetzt effektiv zu bekämpfen, aber auch die Länder des globalen
1177 Südens bei Klimaschutz und -anpassung zu unterstützen. Die Förderung von Technologien wie E-Fuels,
1178 die darauf basieren neokoloniale Herrschaftsverhältnisse zu erneuern, indem Landnutzung im
1179 globalen Süden die Porsche-Freuden in Deutschland ermöglichen soll sind deshalb aufs schärfste
1180 zurückzuweisen.

1181 Es braucht eine gesamteuropäische Anstrengung für eine schnelle Kehrtwende: durch
1182 ordnungspolitische Vorgaben, um die Klimaziele zu erreichen. Aber: Klimaziele sind nicht ausreichend.
1183 Wir wollen, dass die Wirtschaft insgesamt umstrukturiert wird, dass sie mehr um die Menschen und
1184 ihre Bedürfnisse und die Bewohnbarkeit des Planeten kreist. Dazu muss der Markt in vielen Bereichen
1185 zurückgedrängt werden. Bezug auf unsere Umverteilungs-Dimensionen: Gewichte von
1186 Konzerngewinnen zu Löhnen und öffentlichem Reichtum verschieben und im Umbau mehr
1187 Mitbestimmung, Wirtschaftsdemokratie und mehr Lebensqualität für die Regionen erreichen.

1188 Durch umfangreiche Investitionen, um die Wirtschaft umzustrukturieren. Anreize, wie die
1189 gegenwärtige Wirtschaftspolitik sie versucht, reichen nicht und werden als Extragewinnen der
1190 Unternehmen eingestrichen.

1191 Dekarbonisierung der europäischen Wirtschaft darf nicht zu Lasten des Globalen Südens gehen. Es ist
 1192 zweifelhaft, ob die Klimaziele erreicht werden können, wenn weiterhin auf blindes Wachstum gesetzt
 1193 wird. Transformation der Automobilindustrie als mögliches Schnittstellenthema, anhand dessen
 1194 Themen von Klima, guter Arbeit, Wirtschafts- und Industriepolitik verdeutlicht werden könnten

1195 Der große Umbau kann nicht gelingen, wenn weiter die Frage der sozialen Gerechtigkeit weitgehend
 1196 außen vor bleibt. Die Härten des Strukturwandels und die Zusatzkosten infolge des russischen
 1197 Überfalls auf die Ukraine gegenwärtig setzen auf bereits bestehenden großen Ungerechtigkeiten und
 1198 Unsicherheiten auf (z.B. Mietenexplosion, Altersarmut, Pflegenotstand).

- 1199 - Interessen der Beschäftigten in den Transformations-Branchen in den Blick nehmen
- 1200 - Gleichzeitig allgemeine *Aufbau*-Perspektive der Transformation stark machen: Just Transition,
 1201 Konversion von Betrieben, Arbeitszeitverkürzung, Zusätzliche Beschäftigung in Bus- und
 1202 Bahnbetrieben (250 000 Beschäftigte allein in Deutschland), vgl. Berechnungen aus dem
 1203 BTW21 zu „1 Mio Klimajobs“ plus weitere Mio aus Arbeitszeitverkürzung
- 1204 - Horizont des guten Lebens – auch für die kommenden Generationen und den globalen Süden
 1205 – für alle.

1206 Die Industrie umbauen

1207 Die „Triade-Konkurrenz“ USA-Europa-China stellt die EU vor neue Herausforderungen. Mit „Made in
 1208 China 2025“ hat China eine industrie- und wirtschaftspolitische Strategie vorgelegt, um in zehn
 1209 Schlüsselsektoren (überwiegend im Hochtechnologiebereich) chinesische Unternehmen zu
 1210 Weltmarktführern zu entwickeln. In den USA wird mittlerweile mit riesigen Investitionsprogrammen
 1211 (zuletzt mit dem Inflation Reduction Act) massiv Industriepolitik betrieben. Die angesichts der
 1212 drohenden Klimakatastrophe notwendige Dekarbonisierung stellt zugleich eine industriepolitische
 1213 Herausforderung dar, die eine über eine Verteuerung des CO₂-Preises hinausgehende gezielte
 1214 staatliche Intervention verlangt. Die Corona-Pandemie und schließlich der Ukraine-Krieg haben die
 1215 Verletzlichkeit von Lieferketten und die Nutzung von transnationalen Netzwerken (wie Pipelines,
 1216 SWIFT) in Wirtschaftskriegen gezeigt. Aufgrund der historisch marktliberalen und
 1217 wettbewerbsstaatlichen Integration der EU ist eine EU Industriepolitik bisher wenig entwickelt
 1218 gewesen.

1219 Die multiplen Krisen (Klimakrise, Pandemie, wachsende geopolitische Rivalitäten und Konflikte) haben
 1220 zu bemerkenswerten Veränderungen in der Fiskal- und Wirtschaftspolitik der EU geführt. Während
 1221 der Pandemie wurden die strengen (neoliberalen) Stabilitätskriterien gelockert, eine Diskussion über
 1222 eine Reform des Fiskalpakts hat begonnen. Mit „Next Generation EU“ hat die EU erstmals in großen
 1223 Umfang (750 Mrd.) Kredite aufgenommen, die vor allem in die Ökologisierung und Digitalisierung
 1224 investiert werden sollen. Der „Green Deal“ der EU soll ein zentraler Innovations- und
 1225 Wachstumsmotor für Industrie- und Wirtschaft sein und Europa eine führende Rolle im Wettbewerb
 1226 um die grünen Zukunftstechnologien sichern. **Net Zero Industry Act als Antwort auf IRA:** Die
 1227 Antworten der EU reichen nicht aus, keine soziale Standards verankert, keine Umverteilung

1228 Weder Forderungen nach einem verstärkten Freihandel noch Forderungen nach mehr nationaler
 1229 Abschottung lösen die Probleme. DIE LINKE setzt sich stattdessen für den sozialen- und ökologischen
 1230 Umbau der Industrie in der EU ein. Das erreichen wir mit einer aktiven Industriepolitik, die gute Arbeit
 1231 schafft, das Klima schützt und Nachhaltigkeit stärkt. Wir wollen eine Industriepolitik entwickeln, die
 1232 aufbaut, umbaut und rückbaut. Und gleichzeitig öffentliches Eigentum und Mitbestimmung stärkt.

- 1233 - Subventionen und Investitionshilfen für eine kohlenstofffreie Industrie müssen an soziale
 1234 Bedingungen für gute Arbeit, Tariftreue, konkrete Beschäftigungszahlen, Ausbildungsquoten
 1235 und Standortgarantien geknüpft werden. Wer Beschäftigungsabbau betreibt, muss
 1236 Fördergelder zurückzahlen. Es dürfen keine Unternehmen in Steueroasen außerhalb der EU
 1237 gefördert werden. **Dividendenausschüttungen müssen bei der Inanspruchnahme von**
 1238 **Förderungen verboten werden.**
- 1239 **DIE LINKE schlägt ein mehrstufiges Investitionshilfen Modell vor. (siehe Konzept Bundestagsfraktion:**
 1240 **Tilman v.B.)**
- 1241 - Mit Hilfe von Differenz- und Klimaschutzverträgen wollen wir klimafreundliche Technologie
 1242 bei der Um- und Ausrüstung von Produktionsanlagen fördern.
- 1243 - DIE LINKE setzt sich auf EU-Ebene für eine Ausweitung der Ausnahmen und **Änderung des**
 1244 **Europäischen Beihilferechts ein.** Der von der EU bereits verabschiedete befristete
 1245 Krisenrahmen Temporary Crisis Framework (TCF) muss ausgeweitet und verstetigt werden.
 1246 Verfahren insgesamt beschleunigt werden.
- 1247 - Insbesondere die Wettbewerbs- und Beihilferegungen in Art. 101 und 107 des Vertrages der
 1248 Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) müssen so abgeändert werden, dass
 1249 kartellrechtliche und subventionsrechtliche Ausnahmeregelungen zugelassen werden. Sofern
 1250 die Förderung der 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals,
 1251 SDGs) dient und/oder die Beihilfen einen wesentlichen Beitrag für den sozialen- und
 1252 ökologischen Umbau der Wirtschaft leisten.
- 1253 - Außerdem macht sich DIE LINKE für einen innereuropäischen Solidaritätsmechanismus stark,
 1254 um die Industrie finanzschwächerer Mitgliedsländer zu unterstützen, wenn das Beihilferecht
 1255 gelockert wird.
- 1256 - Die strategischen Förderprojekte der Europäischen Kommission, IPCEIs (Important Projects of
 1257 Common European Interests) müssen ausgeweitet und zugleich an striktere ökologische und
 1258 soziale Kriterien geknüpft werden. Neben Halbleitern, grünem Wasserstoff und Batterien
 1259 müssen auch für Wind- und Solarkraft neue Industriekonglomerate und -Cluster aufgebaut
 1260 werden. Die Forschung gerade für Sprunginnovationen in der Nano- und Klimatechnologie
 1261 muss eng mit diesen Standorten verknüpft werden. Ein IPCEI-Projekt sollte auch für ein
 1262 europäisches Bahn- und Nahverkehrsnetz sowie für Produktion und Wartung der dafür
 1263 notwendigen Bahnen und Busse ausgeschrieben werden.
- 1264 Viele Unternehmen in der EU haben nicht die Größe und finanzielle Ausstattung, um die Aufgaben der
 1265 Transformation gerecht zu werden. (Ggf. Beispiel Verkauf von Vissla – Wärmepumpen Hersteller).
 1266 Deshalb müssen auch **direkte Staatsbeteiligungen an Unternehmen**, die das Ziel haben den sozial-
 1267 ökologischen Umbau zu beschleunigen und neue Formen der Wirtschaftsdemokratie durchzusetzen,
 1268 europarechtlich möglich werden. Zum Beispiel **über eine europäische Industriestiftung finanziert**
 1269 **durch die Europäische Investitionsbank.**
- 1270 - Ggf. hier Forderung zur Europäische Investitionsbank
- 1271 Der Aufbau einer sozial-ökologischen öffentlichen Industriestruktur sorgt dafür, dass nicht nur die
 1272 Kosten der Transformation durch die Menschen in Europa getragen werden, sondern auch die
 1273 Gewinne wieder zurück in die öffentliche Hand und damit demokratischer Kontrolle zufließen. Die
 1274 Belegschaft wie auch die Gesellschaft sollen allgemein mehr Mitbestimmung über Investitions- und
 1275 Produktionsentscheidungen bekommen.
- 1276 - Gelder für Forschung und Entwicklung, für die Stärkung einer regionalen Industriestruktur
 1277 sollen durch **regionale Wirtschafts- und Transformationsräte** kontrolliert werden, in denen

1278 neben der Landesregierung und Unternehmen, auch Gewerkschaften, Umwelt-
1279 und Sozialverbände gleichberechtigtes Stimmrecht haben.

1280 **Anpassung an den Klimawandel**

1281 Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel sind teurer als Vorbeugung. Doch die Auswirkungen
1282 der globalen Erwärmung sind bereits jetzt zu spüren. Selbst beim Erreichen des 2°C-Ziels können wir
1283 uns auf stärkere und vermehrte Starkregenereignisse sowie deutlich mehr Hitzetage in Verbindung
1284 mit längeren Trockenzeiten und niedrigen Grundwasserspiegeln einstellen. Diese werden nicht nur die
1285 Pflanzen und Tierwelt belasten, sondern auch Menschen, die sich draußen aufhalten. Hitzebedingte
1286 Todesfälle werden zunehmen, es drohen Ohnmacht und Erschöpfung. Tropische Krankheiten können
1287 sich bei uns ausbreiten.

1288 Betroffen werden alle Menschen sein. Draußenarbeiter*innen, Pendler*innen, Kinder auf den
1289 Spielplätzen, alte Menschen beim Spazieren oder in den Dachgeschosswohnungen. Deshalb sind
1290 Klimaanpassungsmaßnahmen schon jetzt notwendig.

- 1291 - Versiegelung verringern und Oberflächen aufhellen, Schottergärten verbieten
- 1292 - Schattenflächen schaffen, insbesondere durch Grünpflanzen und Bäume
- 1293 - Gebäude- und Flächenbegrünung ausweiten, da Pflanzen eine kühlende Wirkung haben
- 1294 - den Luftaustausch zwischen der Stadt und dem Umland durch Luftleitbahnen gewährleisten
- 1295 - Wasserflächen, insbesondere fließende/bewegte Wasserflächen schaffen und Bewässerung
1296 von Grünflächen gewährleisten, dabei das Brutplatzangebot für eingeschleppte Mückenarten
1297 reduzieren/eliminieren
- 1298 - die Erstellung und Entwicklung von Hitzeaktionspläne (HAP) in allen Städten und Kommunen

1299 **Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken**

1300 Als Teil unserer Vision für ein sozial- und ökologisch gerechtes Europa setzen wir uns für die Stärkung
1301 regionaler Wirtschaftskreisläufe ein. Die Distanz zwischen Erzeuger*innen und Verbraucher*innen
1302 muss reduziert werden: Wir wollen da produzieren wo wir es auch verbrauchen. Das macht
1303 Lieferketten sicherer und ist ökologisch nachhaltiger. Anstatt Komponenten quer durch Europa zu
1304 schicken um die billigsten Löhne auszuschöpfen möchten wir die lokale Integration von
1305 Produktionsabläufen stärken. Dadurch werden nicht nur Transportwege gespart und
1306 Verkehrsemissionen gesenkt, sondern auch lokale Wertschöpfungsstrukturen abseits von
1307 kapitalistischen Zentren und Multinationalen Konzernen gestärkt. Das sichert lokale Arbeitsplätze und
1308 stärkt die Regionen abseits der Metropolen. Dabei gilt stets: Produktion so lokal wie möglich, so global
1309 wie nötig!

1310 Bei öffentlichen Ausschreibungen und Beschaffung wollen wir deshalb soziale- und ökologische
1311 Kriterien stärken und insbesondere Transportemissionen stärker berücksichtigen.

1312 Die Regionalpolitik der EU steht vor der Herausforderung, die größer werdende Kluft zwischen
1313 wirtschaftlich starken und schwachen Gegenden auszugleichen.

1314 Wir wollen eine soziale und solidarische EU, in der die Menschen mit ihren jeweiligen Lebens- und
1315 Arbeitsräumen im Mittelpunkt stehen. Die Kohäsionspolitik der EU ist *der* Ausdruck der Solidarität
1316 zwischen den Mitgliedstaaten und zwischen den Regionen. Dabei erhalten die Ärmsten die meisten
1317 und die höchsten Zuschüsse, um regionale Ungleichheiten der Lebensverhältnisse auszugleichen. Das

- 1318 halten wir weiterhin für richtig. **Zugleich** lehnen wir es ab, angesichts der Dauerkrisen von
 1319 Klimaschutzzielen in der Förderpolitik abzurücken. Regionen, die in starker Abhängigkeit von fossilen
 1320 Energieträgern (z.B. Kohle) oder Industriebranchen (z. B. Automobil) leben, sollen gezielte
 1321 Förderungen für die sozial-ökologische Transformation bekommen, die sich direkt an die betroffenen
 1322 Beschäftigten, Einwohner*innen und KMU wendet.
- 1323 - Wir wollen regionale Produkte und Vertriebsstrukturen stärken. Produktionsgenossenschaften
 1324 und Vertriebsgenossenschaften aus den Regionen sollen miteinander verbunden werden.
 - 1325 - Sozialen Zentren überall in der EU - Sie dienen als Orte der Begegnung und bieten
 1326 grundlegende Dienstleistungen wie Post und Bank an. Sie sind Räume für zivilgesellschaftliche
 1327 Initiativen und für gemeinsames Kaffeetrinken bereithalten und einen Dorfladen mit Zugang
 1328 zu Bestellplattformen der regionalen Produzenten. Wir wollen Marktplätze wiederbeleben
 1329 und den Einzelhandel stärken
 - 1330 - Graswurzelbewegungen und Initiativen die genossenschaftlich organisiert vor Ort
 1331 Produktionsweisen etablieren wollen, sollen dabei von den Regionalmitteln der EU profitieren.
 1332 Die Transition Town Bewegung ist dabei ein Vorbild und hat die letzten Jahre gezeigt, wie
 1333 Veränderung im lokalen funktionieren kann.
- 1334 Die EU-Kohäsionspolitik soll auch zur Förderung des Wirtschaftswachstums beitragen. Wir wollen ein
 1335 anderes Wirtschaftswachstum, das den Menschen und nicht den exportorientierten Konzernen und
 1336 ihren Anteilseigner*innen nutzt. Deshalb wollen wir dort, wo es bereits hohe Exportüberschüsse gibt,
 1337 die sozialen Dienstleistungen sowie die Mobilitäts- und Kommunikationsinfrastrukturen ausbauen.
 1338 Dadurch wird Beschäftigung geschaffen und die Binnennachfrage gestärkt.
- 1339 Grundsätzlich wollen wir öffentliche Investitionen in nicht-profitorientierte Dienstleistungen und die
 1340 öffentliche Daseinsvorsorge stärken. Der **Gedanke des Gemeinwesens** mit öffentlichen Räumen und
 1341 Dienstleistungen zur sozialen Inklusion und Integration muss im Europäischen Gesellschaftsmodell
 1342 eine stärkere Rolle spielen.
- 1343 *Energiewende*: Strom lokal vor Ort produzieren wo er benötigt wird mit Windrädern und Photovoltaik:
 1344 Anstelle von Träumereien ein Verwüstetes Spanien als Photovoltaikpark für Europa zu nutzen. In
 1345 Ostdeutschland ist in den Bio-Energie-Plus-Dörfern damit viel Erfahrung gesammelt worden.
 1346 Kommunale nachhaltige Energieerzeugung kann sich unabhängig machen von den Preisschwankungen
 1347 des Weltmarktes.
- 1348 Mit der *Agrarwende* werden lokale Versorgungsstrukturen geschaffen, anstelle von industrieller
 1349 Landwirtschaft: Vor Ort erzeugte Lebensmittel können auch vor Ort eingekauft werden
- 1350 Regionalen Tourismus in der europäischen Förderpolitik berücksichtigen. Ein Vorbild hier ist der
 1351 Strukturwandel in den deutschen Kohleregionen
- 1352
- 1353 **Strukturwandel vor Ort gemeinsam mit den Menschen (hier?)**
- 1354 - Der Strukturwandel in den Tagebauregionen darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten in
 1355 den Revieren und der ortsansässigen Bevölkerung erfolgen.
 - 1356 - Just Transition zum Beispiel in der Autoindustrie - **Verweis Kapitel Verkehrswende**
 - 1357 - In vom Strukturwandel besonders betroffenen Regionen wollen wir Transformationsräte
 1358 einrichten, die den sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft fachlich begleiten. Sie
 1359 sollen Initiativrecht über die Gelder aus dem Transformationsfonds und der regionalen
 1360 Infrastrukturpolitik haben.

- 1361 - Dort, wo im EU Recht und den Verträgen, die Bestimmungen zum Wettbewerb dem
1362 Klimaschutz entgegenstehen, wollen wir diese ändern (vgl Kap. Industriepolitik).

1363 **Just Transition Fund erweitern**

1364 Der sozial-ökologische Umbau der Industriestrukturen betrifft die europäischen Regionen
1365 unterschiedlich. Insbesondere Regionen, in denen Kohle abgebaut wird oder Autos produziert werden,
1366 stehen vor großen Herausforderungen. Ohne flankierende Maßnahmen droht der Wandel zu Lasten
1367 der Beschäftigten und der Menschen vor Ort zu gehen. Das gilt es zu verhindern. Niemand darf wegen
1368 des ökologischen Umbaus der Industrie seine oder ihre Erwerbsarbeit verlieren.

1369 Die europäischen Kohleregionen können zur Bewältigung des Kohleausstiegs EU-Fördermittel
1370 beantragen. Dazu wurde eigens der Just Transition Fund (JTF) eingerichtet. Ziel des Fonds in Höhe von
1371 17,5 Mrd. Euro ist es, „die negativen Auswirkungen der Energiewende durch Unterstützung der am
1372 stärksten betroffenen Gebiete und Beschäftigten abzumildern und einen ausgewogenen sozialen und
1373 wirtschaftlichen Übergang zu fördern.“

1374 Wir wollen, dass auch Regionen mit anderen Industrien beim sozial-ökologischen Umbau unterstützt
1375 werden. Beispielsweise kann Automobilregionen damit geholfen werden. Kriterien für eine Förderung
1376 muss es sein, dass die Mittel den betroffenen Menschen in der Region zu Gute kommen.

1377 Unternehmen, die ihre Produktionsstrukturen umbauen, müssen ihren Beschäftigten neue
1378 Perspektiven für einen Arbeitsplatz ermöglichen. Mit Weiterbildungsangeboten müssen sie für neue
1379 Berufsbilder und veränderte Tätigkeitsinhalte geschult werden. Ihnen müssen Übergänge in
1380 „grüne“ Jobs und in Bedarfsberufe (z. B: Pflege oder ÖPNV) geschaffen werden.

1381 **Bessere Finanzausstattung der EU-Strukturfonds**

1382 Trotz des „Nettozahlers“-Status von Deutschland profitieren insbesondere die ostdeutschen Regionen
1383 und Kommunen von der EU-Kohäsionspolitik und den EU-Strukturfonds. Ohne die europäischen Mittel
1384 hätten viele Infrastrukturprojekte in den Kommunen nicht realisiert werden können. Im Prinzip geben
1385 die EU-Fördermittel den Kommunen ein Instrument zur Hand, mit dem sich die Defizite ihrer
1386 Finanzausstattung zumindest etwas kompensieren lassen. Der Ausbau sozialer, kultureller und
1387 verkehrlicher Infrastrukturen käme ohne sie gänzlich zum Erliegen. Um die Kommunen dabei noch
1388 besser zu unterstützen, fordern wir eine bessere finanzielle Ausstattung der EU-Strukturfonds. Die
1389 Bundesregierung will 2 Prozent des Haushalts für die NATO ausgeben, aber nur 1 Prozent für den EU-
1390 Haushalt.

1391 **Energie: so geht's gerecht**

1392 Die EU hat in den letzten 4 Jahren die Klimagesetzgebung verschärft. Die Emissionsreduktionsziele und
1393 Energieeffizienzziele hochgesetzt und möchte die Importabhängigkeit fossiler Brennstoffe reduzieren.
1394 Doch die Maßnahmen reichen nicht aus, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen.

1395 Ausgerechnet Deutschland mit einem Grünen Energie- und Wirtschaftsminister blockiert an
1396 entscheidenden Stellen. Im Deutschen Klimaschutzgesetz werden die Sektorziele ausgesetzt; Mit dem
1397 groß ambitionierten LNG-Ausbau werden neue Gasüberkapazitäten geschaffen, Blockade von zügigem
1398 Verbrenner-Aus.

- 1399 - Der Klimawandel ist auch eine Frage von Arm und Reich. Auch in Deutschland ist eine
1400 sozialökologische Wende eine Frage der Gerechtigkeit. Je höher die Einkommen sind, desto

- 1401 höher sind die verursachte Umweltbelastung und der CO₂-Ausstoß pro Haushalt. Den Preis
 1402 dagegen zahlen die Armen, die sich nicht gegen Klimaschäden versichern oder bei steigenden
 1403 Lebensmittelpreisen sich das Essen nicht mehr leisten können.
- 1404 - Die Länder des Globalen Südens sind von der Klima- und Umweltzerstörung besonders stark
 1405 betroffen und am wenigsten dafür verantwortlich. Daraus resultiert eine besondere
 1406 Verantwortung der früh industrialisierten Staaten zum klimaneutralen Umbau. Gleichzeitig
 1407 kann der Klimawandel nur wirksam bekämpft werden, wenn alle Staaten ihren gerechten
 1408 Beitrag leisten. Kostenlose Bereitstellung von Technologie und stärkere Finanzierungshilfen
 1409 für Länder des globalen Südens. —> Mittel für die internationale Klimafinanzierung durch die
 1410 Mitgliedstaaten und die EIB müssen deutlich erhöht werden.
 - 1411 - Hoch verschuldeten Länder des Globalen Südens sind weder in der Lage, den Umbau auf eine
 1412 klimafreundlichere Wirtschaftsweise zu stemmen, noch können sie sich vor den Folgen der
 1413 Erderwärmung schützen. DIE LINKE unterstützt deshalb die Forderung der Kampagne ‚Debt for
 1414 Climate‘ nach einem globalen Schuldenschnitt für Länder des Globalen Südens.
 - 1415 - Insbesondere Frauen und Kinder leiden überdurchschnittlich unter der Klimakatastrophe und
 1416 den Umweltschäden.
 - 1417 - Frauen sind unter den Armen überrepräsentiert, in hohem Maße von natürlichen Ressourcen
 1418 abhängig und oft von umweltpolitischen Entscheidungen ausgeschlossen. Ohne
 1419 Geschlechtergerechtigkeit kann es keine Klimagerechtigkeit geben. Beispiel: Frauen und
 1420 Kinder sterben bei einer Naturkatastrophe mit 14-mal höherer Wahrscheinlichkeit als Männer;
 1421 unter anderem, weil sie später gewarnt werden, seltener schwimmen können und sich auf
 1422 der Flucht um Angehörige kümmern.
 - 1423 - Bei allen Klimaschutzmaßnahmen muss die Genderperspektive mitgedacht werden und alle
 1424 Maßnahmen müssen zu Geschlechtergerechtigkeit beitragen.
 - 1425 - Für Bevölkerungen, die durch den Klimawandel ihre bisherigen Lebensgebiete verlieren, soll
 1426 die EU internationale solidarische Lösungen herbeiführen oder sich an solchen beteiligen.
 - 1427 - Anerkennung von Klimaflüchtlingen —> weiteres im Kapitel Flucht und Migration
 - 1428 - Klimagerechtigkeit bedeutet auch, Rohstoff- und Ressourcenverbrauch zu verringern und sich
 1429 für eine gerechte Verteilung von Rohstoffen und Ressourcenverbrauch einzusetzen. Wir
 1430 wollen soziale- und ökologische Standards entlang der Lieferketten auch für erneuerbare
 1431 Energien (z.B. seltene Erden) und grünen Wasserstoff
- 1432 Wir wollen die EU möglichst 2040 klimaneutral machen. Dafür reichen die bisherigen Pläne der EU
 1433 nicht aus. Für eine erfolgreiche Bekämpfung des Klimawandels und Umsetzung des Pariser
 1434 Klimaabkommens ist es entscheidend, dass die Treibhausgasemissionen schnell fallen, damit die
 1435 Gesamtmenge an CO₂-Emissionen nicht das Restbudget übersteigt, das der EU zur Verfügung steht.
 1436 Dafür müssen die Ziele für den Anteil Erneuerbarer Energien, Treibhausgasemissionsreduzierung und
 1437 Energieeffizienz für 2030 und 2040 deutlich heraufgesetzt werden:
- 1438 - Der Anteil erneuerbarer Energien am Verbrauch in der EU soll bis 2030 auf mindestens 50
 1439 Prozent ansteigen. Bis 2040 muss der Anteil auf ... Prozent steigen. Die Ziele müssen in
 1440 verbindliche nationale Ziele für jeden Mitgliedstaat übertragen werden.
 - 1441 - Die EU-Emissionen von klimaschädlichen Treibhausgasen müssen bis 2030 um mindestens
 1442 65/70 Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt werden. Bis zum Jahr 2040 um 90 bis 95 Prozent.
 1443 Um sicherzustellen, dass alle Mitgliedstaaten diese Ziele erreichen, soll es verbindliche CO₂-
 1444 Budgets für jeden Mitgliedstaat und Wirtschaftssektor geben, womit die
 1445 Emissionsreduktionspfade regelmäßig überprüft werden können.

1446 - Der Primärenergieverbrauch soll in der EU gegenüber dem Jahr 2000 um 40 Prozent bis 2030,
1447 um ... Prozent bis 2040 und um 60 Prozent bis 2050 fallen.

1448 - Bis zum Jahr 2040 muss die Energieerzeugung vollständig aus erneuerbaren Quellen und
1449 möglichst dezentral organisiert sein.

1450 Diese Ziele können nur erreicht werden, wenn sie mit wirksamen ordnungspolitischen Maßnahmen
1451 und einem Investitionsprogramm nie da gewesenen Ausmaßes unterstützt werden. (Siehe Kapitel
1452 Investitionen)

1453 Darüber hinaus unterstützt DIE LINKE jede Reform des EU-Emissionshandels (ETS-1), der zur
1454 Anhebung der Klimaschutzziele in den Emissionshandelssektoren (Energiewirtschaft, Industrie und
1455 Luftverkehr) auf die Paris-Ziele führt und jeden Missbrauch des Instruments ausschließt. Die
1456 kostenlose Vergabe von Emissionsberechtigungen an die Industrie muss deutlich früher beendet
1457 werden als nach dem derzeit vorgesehenen Abschmelzprozess über zehn Jahre. Im Gegenzug muss
1458 der EU-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) entsprechend angepasst werden.

1459 **Energiewende erneuern statt EU Energiebinnenmarkt ausbauen**

1460 Der Markt soll es richten, tut er aber nicht: siehe Strompreisexplosion, steigende Energiearmut. Die EU
1461 setzt weiter auf mehr Markt (wie bei ETS 2.0) anstatt auf Ordnungsrecht.

1462 Die Energiewende wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie sozial gerecht ist. Wir kämpfen für eine
1463 Versorgung mit Strom, Wärme und Wasser nicht in der Hand von Konzernen, sondern von
1464 Bürger*innen, von Kommunen und Genossenschaften. Wir wollen ihre Erzeugung und Verteilung so
1465 dezentral wie möglich und so zentral wie nötig organisieren.

1466 LINKE Vision: Statt liberalisierten EU Energiebinnenmarkt, möglichst dezentrale, demokratisch
1467 kontrollierte Produktion und Versorgung mit erneuerbaren Energien

1468 - Übergewinnsteuer für Krisenprofiteure: Dauerhafte Mindestbesteuerung der Übergewinne
1469 der fossilen Energiekonzerne in Höhe von 100 Prozent einführen. Damit die Gewinne der
1470 Mineralölkonzern auch effektiv besteuert werden können, wollen wir eine Quellensteuer
1471 einführen und Steueroasen trockenlegen. (Verweis auf Kapitel Steuern)

1472 - EU Notfallverordnung (2022/1854) sofort verlängern und auch rückwirkende Abschöpfung
1473 von Übergewinnen am Strommarkt ermöglichen. Übergewinne am Strommarkt solange
1474 abschöpfen, bis der Strommarkt wirksam neu reguliert wird.

1475 - EU Strommarkt-Design: Preiskontrollen statt Strombörsen - Für den durchschnittlichen
1476 Verbrauch von elektrischem Strom, Wasser und Heizenergie wollen wir preisgünstige
1477 Sockeltarife schaffen. Die Strompreise müssen stärker überwacht, kontrolliert und sozial
1478 gerechter gestaltet werden.

1479 - #ausformulieren#LINKE Alternative zu Merit-Order-Prinzip: DIE LINKE fordert ein
1480 Strommarktsystem, das allen Verbraucher*innen bezahlbaren Strom zur Verfügung stellt
1481 anstatt Elektrizitätskonzerne reich zu machen. Wenige teure fossile Kraftwerke sollten nicht
1482 mehr preissetzend für den gesamten Strommarkt sein können. Das Merit-Order-Prinzip
1483 lehnen wir ab. Ein klimagerechtes Strommarktsystem muss das Entstehen von leistungslosen
1484 Übergewinnen von vornherein verhindern. Sollten sie durch externe Schocks dennoch
1485 auftreten, müssen sie konsequent abgeschöpft werden.

1486 - Offen: Forderung in Deutschland nach Energie-Soli für Reiche zur Finanzierung von Strom- und
1487 Gaspreisbremse

- 1488 - Stadtwerke und Genossenschaften statt Energiekonzerne: DIE LINKE streitet dafür, dass die
- 1489 Vormachtstellung von Großkonzernen in der Energieversorgung beendet und die
- 1490 Energieversorgung umfassend bürgernah organisiert wird: Wir wollen Stadtwerke und
- 1491 Energiegenossenschaften fördern statt Privatisierung und Spekulation.

- 1492 - Der allergrößte Teil unserer zukünftigen Energieversorgung muss erst noch gebaut werden.
- 1493 Die öffentliche Hand sollte sich stark am Aufbau der Erneuerbaren beteiligen, nicht nur, damit
- 1494 es schneller vorangeht, sondern vor allem, um so große Teile der Energieproduktion in
- 1495 öffentliche Hand zurückzuholen. Das könnte auch dazu genutzt werden, eine
- 1496 Wiederansiedelung von Windröder- und Solarfabriken zu unterstützen

- 1497 - Energieunternehmen, die von der Preistreiberei auf den fossilen Energiemärkten profitieren,
- 1498 wollen wir rekommunalisieren und in neue demokratisch verwaltete, kommunale
- 1499 Unternehmen überführen, die die Energie- und Wärmewende vorantreiben. Die
- 1500 Energieversorgung muss dem Gemeinwohl dienen und der Profitgewinnung entzogen werden.

- 1501 - Strom-, Wärme- und Gasnetze müssen in die öffentliche Hand überführt und demokratisch
- 1502 kontrolliert werden.

1503 **Kampf gegen Energiearmut und Energiesperren**

- 1504 - Kein ETS 2.0: Die beschlossene Ausdehnung des Systems des Emissionshandels auf die
- 1505 Sektoren Wärme und Verkehr lehnen wir ab. Stattdessen müssen verbindliche Klimaziele und
- 1506 Emissionsgrenzen klare Vorgaben machen. Förderprogramme und staatliche
- 1507 Infrastrukturprogramme müssen den Umbau in den Sektoren unterstützen. Ordnungspolitik,
- 1508 Fördermaßnahmen und staatliche Infrastrukturmaßnahmen - sind sie sozialökologisch
- 1509 ambitioniert ausgestaltet - können in den Sektoren Wärme und Verkehr schneller und
- 1510 gerechter agieren.

- 1511 - DIE LINKE fordert eine Ausweitung des Klima-Sozialfonds und lehnt die Kopplung an das ETS
- 1512 2.0 ab.

- 1513 - In Deutschland fordern wir ein Klimagerechtigkeitsgeld/Inflationsgeld als Direktzahlung zur
- 1514 Unterstützung für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen.

- 1515 - Strom, Gas, Wasser, Heizung dürfen nicht abgestellt werden. Energiesperren, die
- 1516 einkommensarme Haushalte treffen, wollen wir verbieten und ein preisgünstiges
- 1517 Grundkontingent für Strom, Wasser und Heizstoffe einführen.

1518 **Erneuerbare statt LNG, Atomkraft und CCS**

- 1519 - Kritik der ‚Technologieneutralität‘
- 1520 - Für LNG keine neue, dauerhafte Infrastruktur. Floating Storage and Regasification Units
- 1521 (FSRUs) auf das nötigste zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit begrenzen. Kein
- 1522 Import von LNG, dass durch Fracking gewonnen wurde.

- 1523 - Kein Bau von neuer Erdgas-Infrastruktur und damit Vermeidung neuer fossiler Abhängigkeiten
- 1524 und Methanlecks

- 1525 - EURATOM abschaffen

- 1526 - Taxonomie für Atomkraft und Gas beenden, sie Kapitel Geld- und Finanzpolitik

- 1527 - CCS/CCU Technologie darf nicht zur Verlängerung der fossilen Lebensweise führen

1528 **Grüner Wasserstoff in der Energiewende**

- 1529 - Mithilfe von Wasserstoff können Kohle und Erdgas auch dort ersetzt werden, wo der direkte
- 1530 Einsatz von Ökostrom nicht möglich ist. Strategien, künftig auch Autos über E-Fuels und
- 1531 Gebäudeheizungen mit Wasserstoff zu betreiben, lehnt DIE LINKE ab. Solche Strategien sind
- 1532 weder sozial noch ökologisch: Die Herstellung verbraucht zu viel Energie und führt zu
- 1533 Landnutzungs- und Ressourcenkonflikten im Globalen Süden.
- 1534 - DIE LINKE fordert, Wasserstoff und dessen Folgeprodukte künftig nur auf Basis von Ökostrom
- 1535 zu gewinnen und ausschließlich dort einzusetzen, wo keine effizienteren Alternativen dazu
- 1536 vorhanden sind, so etwa bei der Dekarbonisierung der Stahlindustrie, von Teilen der
- 1537 Chemiewirtschaft, im Flug- und im Seeverkehr sowie zur Rückverstromung während
- 1538 Dunkelflauten.
- 1539 - Wo die Elektrolyseanlagen öffentlich gefördert sind, müssen sie mindestens anteilig öffentlich
- 1540 betrieben werden.
- 1541 - Den Import und die Förderung von Wasserstoff aus Atomkraft oder fossilen Quellen lehnen
- 1542 wir ab.
- 1543 - Wasserstoffnetze müssen unter öffentlicher Kontrolle ausgebaut und betrieben werden.

1544 **Wärmewende (ggf. im Kapitel Miete/Wohnen)**

- 1545 - Der Gebäudesektor ist lt. Europäischer Kommission für 40% der THG in Europa verantwortlich.
- 1546 Es braucht also dringend eine Wärmewende um bis 2035 einen klimaneutralen
- 1547 Wärmeversorgungs zu erreichen. Dies darf in Zeiten von Mieten- und Energiekrise aber nicht
- 1548 zu einer zusätzlichen Belastung für Mieter*innen und Kleine Eigenheimbesitzer*innen
- 1549 werden!
- 1550 - Die Wärmewende erfordert eine massive Investitionsoffensive: 14 Millionen fossile
- 1551 Heizanlagen müssen allein in Deutschland durch Wärmepumpen oder Nah- und
- 1552 Fernwärmenetze ersetzt werden. Hierfür muss die Produktion europaweit hochgefahren
- 1553 werden - gemeinwohlorientiert nach hohen sozialen und ökologischen Standards.
- 1554 - Die Initiative der EU zur Umsetzung verpflichtender Modernisierungsstandards ist zu
- 1555 begrüßen - dies muss nur einhergehen mit einem Verbot der Umlage der Kosten auf die
- 1556 Mieter*innen (In DE Modernisierungsumlage abschaffen!). Die Kosten müssen die
- 1557 Vermieter*innen tragen - mit großzügigen Härtefallfonds und Förderungen für
- 1558 Kleinvermieter. #Verweis auf Wohnen-Kapitel dort auch#
- 1559 - Durch ein massives Förderprogramm müssen Stadtwerke, kommunale Energieversorger und
- 1560 Genossenschaftliche Initiativen beim Aufbau von Wärmenetzen unterstützt werden.
- 1561 - Wärmepumpen für Einfamilienhäuser, Nah- und Fernwärmenetze in verdichteten urbanen
- 1562 Räumen. Um Lösungen auf Quartiers- und Siedlungsebene statt Haus-für-Haus Konzepte zu
- 1563 entwickeln braucht es verpflichtend kommunale Wärmeplanung in der ganzen EU und ein
- 1564 massives Förderprogramm um diese umzusetzen! Hierfür, wie für die damit einhergehenden
- 1565 energetischen Sanierungen braucht es einen EU-Fördertopf auf den die Kommunen
- 1566 zurückgreifen können.

1567 **Mehr Mobilität mit weniger Verkehr**

- 1568 Die EU fokussiert sich auf ökonomisch-technologische Anpassungen, Scheinlösungen der
- 1569 Automobilindustrie wie E-Fuels werden gefördert. Es braucht E-Autos, aber: Viel weniger Autos und
- 1570 viel weniger motorisierten Individualverkehr. Vor allem: Es braucht einen gut funktionierenden und

- 1571 viel besser ausgebauten öffentlichen Nahverkehr, eine Verlagerung von Gütern auf die Schiene und
1572 insgesamt weniger Verkehr, um die Klimaziele zu erreichen.
- 1573 Schlüssel zur Mobilitätswende ist Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs damit Leute eine Alternative
1574 zum Auto haben. Verkehrswende darf nicht auf Kosten der Leute gehen, Abhängigkeit vom Auto
1575 verringern (insb. in ländlichen Räumen), Mobilitäts-Armut ernst nehmen.
- 1576 Barrierefreiheit ist gut für alle.
- 1577 Im Rahmen des Fit-for-55 Paketes wird deutlich, dass die EU Klimaschutz ernst nehmen will und das ist
1578 grundsätzlich zu begrüßen. Die Art und Weise wie das umgesetzt wird, ist falsch und wälzt die Kosten
1579 auf diejenigen ab, die kein Geld haben aber aufs Auto angewiesen sind. Die soziale Abfederung ist viel
1580 zu gering (insb. Klima-Sozial Fond), die Folgen sind potenziell verheerend.
- 1581 Die Mobilitätswende muss sozial gerecht sein: Reiche, die mit Privatjets umherfliegen oder ein
1582 Drittauto haben, zahlen einen CO2 Preis ohne dass Verhalten geändert wird; dieser trifft stattdessen
1583 diejenigen, die sowieso schon unter den steigenden Spritpreisen leiden. Diese Menschen müssen wir
1584 unterstützen, denn momentan haben viele Menschen keine Alternative zum Auto, um morgens zur
1585 Arbeit zu fahren.
- 1586 Wir müssen als Gesellschaft darüber entscheiden, mit welchen Verkehrsmitteln wir uns bewegen,
1587 damit die Bedürfnisse von Menschen befriedigt werden können, ohne, dass das zulasten der
1588 ökologischen Grenzen geht. Das heißt: Es braucht Öffentliche Verkehrsmittel, der nicht den
1589 Profitlogiken des Marktes überlassen wird sondern vor Ort von den Kommunen demokratisch
1590 verwaltet wird. Anstatt immer schwerere E-SUVs oder geschweige denn Verbrenner zu bauen, muss
1591 die Produktion von Schienenfahrzeugen, E-Bussen und Lastenrädern hochgefahren werden. Damit
1592 werden auch Jobs für die Zukunft geschaffen!

1593 **Mobilität Vergesellschaften!**

- 1594 Eine sozial und ökologisch gerechte Mobilität der Zukunft geht nur gegen und nicht mit der
1595 Automobilindustrie. Die Konzernstrategien, Verbrenner 1 zu 1 mit noch größeren E-SUVs zu ersetzen
1596 sind mit Ressourcen- und Klimagerechtigkeitsperspektiven nicht zu vereinbaren. Die Gesellschaft muss
1597 darüber entscheiden mit welchen Verkehrsmitteln wir uns bewegen und nicht die Automobilindustrie!
- 1598 - Der Umbau der Industrie muss mit und nicht gegen die Interessen der Beschäftigten erfolgen!
1599 Die Transformation der (Auto-) Industrie bedroht die Beschäftigten bereits jetzt. Es braucht
1600 Konversionsstrategien, Umschulungsmöglichkeiten und einen gerechten Übergang für die
1601 Beschäftigten. Es ist zu begrüßen, dass der Just-Transition der EU hierfür bereitgestellt wurde.
 - 1602 - Es braucht einen **Umbau der Automobilindustrie** zu sozial-ökologisch sinnvollen Produkten:
1603 Für die Mobilitätswende werden Tausende neue (E-)Busse und Schienenfahrzeuge benötigt,
1604 es braucht Wärmepumpen, Windräder, Photovoltaik-Anlagen, Fahrräder und Lastenfahrräder!
 - 1605 - Der Aufbau von demokratisch verwalteten Produktionsstädten für E-Busse und
1606 Schienenfahrzeuge muss durch die EU mit unterstützt werden. Durch einen europaweiten
1607 Ausbauplan für die Verkehrsinfrastruktur entsteht hier Sicherheit, damit Kapazitäten
1608 aufgebaut werden und Arbeitsplätze entstehen.
 - 1609 - Um die notwendigen Investitionsmittel für den Ausbau der Kapazitäten abzusichern, wollen
1610 wir eine Kooperation von regionalen Sozial- und Wirtschaftsräten und regionalen
1611 Entwicklungsgesellschaften in Zusammenarbeit mit der Europäischen und den regionalen
1612 Investitionsbanken etablieren.

- 1613 - Wenn es staatliche Kapitalhilfen für die Konzerne gibt, müssen diese genutzt werden um
 1614 öffentliches Eigentum und Mitbestimmung auszubauen. Die notwendige Transformation vor
 1615 Ort muss durch Transformationsräte unter Beteiligung von Beschäftigten, und der
 1616 Zivilgesellschaft gestaltet werden.

1617 **Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs in Stadt und Land**

- 1618 - Das Angebot muss massiv ausgeweitet und verbessert werden. Aufbau eines Grundangebots
 1619 auf dem Land und Ausbau von Stadt-Umland Verbindungen. Ergänzung durch Car-sharing
 1620 Angebote. Angebot von On-Demand car sharing in öffentlicher Hand -> darf keine Konkurrenz
 1621 zum Öffentlichen Nahverkehr werden. Es ist gut, dass die Initiative des „europäischen Rahmen
 1622 für urbane Mobilität“ gibt - dieser darf kein Papiertiger bleiben und muss umgesetzt werden!
 1623 [Noch klarstellen, in welche Richtung wir die Umsetzung ausgestalten wollen.]
- 1624 - Sukzessive kostenlose Öffis in der ganzen EU, im ersten Schritt für Leistungsbeziehende,
 1625 Studierende, Azubis und Schüler*innen.
- 1626 - Kritik an Vorantreiben der Privatisierung über Public service obligations. Stattdessen:
 1627 Direktvergaben müssen möglich sein, es darf keinen Vorrang der Eigenwirtschaftlichkeit
 1628 geben. Stattdessen fordern wir die Re-Kommunalisierung des öffentlichen Nahverkehrs und
 1629 den Betrieb in öffentlicher Hand.
- 1630 - Busse und Bahnen in öffentliche Hand! Wir wollen gesellschaftliche Kontrolle von der
 1631 Produktion der Busse und Bahnen in demokratisch kontrollierten Betrieben, bis zum Betrieb
 1632 des öffentlichen Nahverkehrs. Anstatt dass wie jetzt einzelne Bahnunternehmen ihre eigenen
 1633 Fahrzeugpools und Beschäftigten haben für die Dauer einer Auftragsvergabe, erlaubt
 1634 gesellschaftliche Kontrolle die Planbarkeit von Produktionskapazitäten und gute Arbeit in den
 1635 Betrieben.
- 1636 - Schnittstelle zu Guter Arbeit: Höheren Löhne und bessere Arbeitsbedingungen für die
 1637 Beschäftigten damit Öffis und Bahnverkehr weiter ausgebaut werden können -> Bezug auf FFF
 1638 Verdi Kooperation.

1639 **PKW/Individualverkehr**

- 1640 - Um die Klimaziele zu erreichen muss der Autoverkehr bis 2035 halbiert werden. Schlüssel
 1641 hierfür ist der Ausbau der Öffis und die Schaffung von klimafreundlichen Alternativen. Am
 1642 Verbrenner-Aus zu rütteln macht keinen Sinn – denn selbst die Automobilindustrie hat
 1643 verstanden, dass E-Autos die Antriebstechnologie der Zukunft sind. Diese müssen möglichst
 1644 klein sein um Ressourcen zu sparen. Die Verwendung von Wasserstoff oder E-Fuels im
 1645 Individualverkehr sind ein Hirngespinnst und der energetische Wirkungsgrad zu gering.
- 1646 - Die Verschärfung der Flottengrenzwerte und Abgasnormen durch die EU sind positiv, Super-
 1647 Credits müssen entfallen. Die EU Verordnung zur Begrenzung des CO₂-Ausstoßes neuer Pkw
 1648 soll #klären, ob wir das wollen: # eine Begrenzung des Autogewichts von 2 Tonnen bei
 1649 Neuzulassungen (mit Ausnahmeregelungen) beinhalten: Denn Neu produzierte Autos sind viel
 1650 zu groß und viel zu schwer.

1651 **Gegen Mobilitäts-Armut - Abhängigkeit vom Auto verringern!**

- 1652 - Wichtigste Maßnahme um Abhängigkeiten vom Auto zu verringern ist, Alternativen zu
 1653 schaffen und damit der Aufbau des Öffentlichen Nahverkehrs. An manchen Orten ist das nicht
 1654 realistisch – hier müssen Menschen dabei unterstützt werden, auf kleine E-Autos
 1655 umzusteigen.

- 1656 - Die Einbeziehung von Verkehr in ETS 2.0 lehnen wir ab, ebenso wie andere Maßnahmen, die
 1657 eine pauschale Bepreisung von CO2 im Individualverkehr vorsehen. Das trifft diejenigen, die
 1658 auf ihr Auto angewiesen sind und oft keine Alternativen haben, und ist deshalb sozial
 1659 ungerecht. Wenn das Paket so eingeführt ist wie momentan geplant, braucht es wenigstens
 1660 eine hohe soziale Abfederung, die Bedarfs- und Einkommensabhängig umgesetzt werden
 1661 muss. Der Klima-Sozial Fonds ist viel zu gering um das abzufedern: Das vorhandene Geld sollte
 1662 vor allem für Einkommensarme Haushalte, die auf ihr Auto angewiesen sind benutzt werden.
- 1663 - Langfristig müssen andere Siedlungsstrukturen geschaffen werden: Statt Supermärkten auf
 1664 der grünen Wiese wollen wir Ortskerne wiederbeleben mit belebten Zentren auch abseits der
 1665 Metropolen – sodass das Leben in Ortschaften attraktiver ist.

1666 **Bahnverkehr**

- 1667 - Gegen die Trennung von Bahnbetrieb und -infrastruktur. Wir wollen Öffentliche Bahnen.
 1668 Öffentlicher Verkehr ist kein Wettbewerb und darf nicht Kommerzialisierung geopfert werden.
 1669 Deswegen sind Direktvergaben Vorrang zu behandeln. Bei dem Wechsel eines Betreibers sind
 1670 die Mitarbeiter*innen verpflichtend zu übernehmen.
- 1671 - Bezahlbar, bessere europäische Abstimmung der Fahrpläne, europaweit Bahnfahren muss
 1672 einfacher werden mit länderübergreifendem Ticket System
- 1673 - Nachtzüge sind mittlerweile so beliebt, dass viele Verbindungen Monate vorher ausgebucht
 1674 sind. Es braucht ein EU-weit koordiniertes, mit öffentlichen Mitteln gefördertes und
 1675 aufeinander abgestimmtes Europäisches Nachtzugnetz, das in der Lage ist eine Reduktion des
 1676 Flugverkehrs aufzufangen.
- 1677 - Infrastruktur: Für Flächenbahn statt Hochgeschwindigkeitsbahn: Für einen Ausbau der
 1678 europäischen Netze, aber nicht nur High-Speed Verbindungen zwischen den Metropolen. Die
 1679 Umsetzung des Aktionsplanes Schiene unterstützt werden und das TEN-Schienenetz, der
 1680 europäische Verkehrswegeplan muss schnell umgesetzt werden - und das vor allem auf dem
 1681 nicht so profitablen grenzüberschreitenden Verkehr.

1682 **Verkehrsinfrastruktur**

- 1683 Die Verkehrsinfrastruktur muss an die Bedingungen der Mobilitätswende angepasst werden:
- 1684 - Wir fordern ein EU-weites Moratorium für den Bau von klimaschädlicher
 1685 Verkehrsinfrastruktur: Gegen neue Autobahnen und Flughäfen - stattdessen braucht es einen
 1686 EU-weiten Plan für den Umbau und die alternative Nutzung von fossiler Verkehrsinfrastruktur.
- 1687 - Die Förderung von TEN für Straßen und Flughäfen muss sofort abgeschafft werden .
- 1688 - Der Ausbau öffentlicher E-Ladesäulen ist zu unterstützen - der von der EU forcierte Ausbau
 1689 von Wasserstoffinfrastruktur für den Individualverkehr und der Erhalt von Tankstellen unter
 1690 dem Framing der Technologieoffenheit ist abzulehnen
- 1691 - „Wir begrüßen den Beschluss des EP für eine Radverkehrsstrategie der EU.“

1692 **Luftverkehr**

- 1693 Flugzeuge sind das klimaschädlichste Verkehrsmittel – deshalb muss das Fliegen reduziert werden, um
 1694 die Klimaziele zu erreichen. Auch im Luftverkehr zeigt sich die Ungerechtigkeit der aktuellen
 1695 Verkehrspolitik - Flüge werden pauschal teurer: Mit höheren Preisen kann sich die Familie den
 1696 jährlichen Urlaubsflug nicht mehr leisten oder den Besuch bei den Eltern in einem anderen Land.

- 1697 Reichen fliegen trotzdem zum Shopping nach Dubai. Flugemissionen sind global extrem ungleich
 1698 verteilt: 1% der Weltbevölkerung verursachen 50% der Flugverkehrsemissionen, während 80% der
 1699 Weltbevölkerung noch nie geflogen sind.
- 1700 - Wir setzen dem klimaschädlichen Luxuskonsum von Reichen Grenzen: Privatflugzeuge wollen
 1701 wir EU-weit verbieten – Flugtaxi auch!
- 1702 - Es braucht eine Reduktion von Flügen. Wir fordern ein Verbot von Kurzstreckenflügen in der
 1703 ganzen EU – wenn Strecken in unter 6 Stunden mit dem Zug zurückgelegt werden können. Ein
 1704 erheblicher Teil des Luftverkehrs muss auf die Schiene verlagert werden: Hierfür braucht es
 1705 eine Stärkung des Nachtzugnetzes.
- 1706 - #Eventuell neue Forderung?# Flugverkehr wird immer noch subventioniert. Wir setzen nicht
 1707 pauschal auf höhere Preise, um Flüge zu reduzieren. Dennoch wäre eine Abgabe für
 1708 Vielflieger*innen denkbar. eine Vielflieger*innen-Abgabe ?
- 1709 - Ein Einstieg in die Neuorganisation des Flughafensystems ist die Stilllegung von defizitären
 1710 Regionalflughäfen. Wir wollen den Ausbau weiterer Flugkapazitäten beenden. Um den
 1711 Rückbau der Flugindustrie- und Infrastruktur sozial gerecht umzusetzen braucht es wie in der
 1712 Automobilindustrie Maßnahmen für einen gerechten Übergang der Beschäftigten.
- 1713 - Die Zukunft von Luftverkehr sind E-Fuels: Aber das ist Energie- und kostenintensiv, muss eine
 1714 drastische Reduktion beinhalten. Es ist gut, dass es Initiativen in der EU gibt (ETSII und
 1715 Verordnung ReFuel Aviation), die das behandeln, aber nur bedingt der richtige Ansatz.

1716 Güterverkehr

- 1717 Die internationalen Konzerne nutzen die billigen Transportwege um die niedrigsten Lohnkosten global
 1718 gegeneinander auszuspielen – dadurch stecken immer mehr Transportkilometer in den Produkten. Die
 1719 Absurditäten des globalen Güterverkehrs müssen beendet werden: Wir wollen echte Nordseekrabben
 1720 – statt Nordseekrabben, die in Spanien gepult und in Polen verpackt werden, um dann an der Nordsee
 1721 als Nordseekrabben verkauft zu werden. Hier sind höhere Transportkosten mit höheren Löhnen für
 1722 die Beschäftigten im Transportwesen ein Mechanismus, um die Transportwege zu reduzieren.
- 1723 - Wir wollen den Güterverkehr insgesamt reduzieren: Regionale Produktionsketten und
 1724 regionale Vermarktung tragen erheblich zur Reduzierung des LKW- und Seeverkehrs bei, auch
 1725 deshalb wollen wir regionale Wirtschaftskreisläufe stärken.
- 1726 - Durch die verpflichtende Umsetzung und Erhöhung der LKW Maut in allen Mitgliedstaaten
 1727 und höhere Löhne für die Beschäftigten im Güterverkehr kann gewährleistet werden, dass
 1728 höhere Distanzen auch höher bepreist werden.
- 1729 - Es gibt zwar Fortschritte in den LKW-Sozialvorschriften, wie das Heimkehrrecht, aber diese
 1730 sind immer noch unzureichend. Die Sozialvorschriften für LKW-Fahrer*innen müssen weiter
 1731 verbessert und vor allem die Kontrollen müssen ausgeweitet werden. Es braucht endlich
 1732 höhere Löhne - diese tragen damit auch zur Reduktion von Transportwegen bei.
- 1733 Den erheblichen Teil des restlichen Güterverkehrs wollen wir auf die Schiene verlagern:
- 1734 - Durch die Umsetzung und Erhöhung der LKW Maut gewinnt der Schienengüterverkehr
 1735 erhebliche Kostenvorteile
- 1736 - Das TEN Schiene muss umgesetzt werden und die weitere technische und rechtliche
 1737 Harmonisierung des EU-Eisenbahnverkehrs ist Voraussetzung für einen Umstieg auf die
 1738 Schiene in der EU: Die EU muss gewährleisten, dass das 740-Meter-Netz für den Güterverkehr
 1739 tatsächlich EU-weit bis 2030 ausgebaut wird.

- 1740 - Große Industrie- und Gewerbegebiete sollen verpflichtend einen angemessenen
1741 Gleisanschluss vorhalten.

1742 Urbaner Güterverkehr

- 1743 - Wir wollen Städte vom Lieferverkehr entlasten. Wir wollen Kommunen darin unterstützen,
1744 lokale Logistikzentren mit guten Arbeitsbedingungen einzurichten
- 1745 - Wir wollen öffentliche, gemeinwohlorientierter Paket- und Lieferdienst fördern, anstatt
1746 urbaner-Hyperkonkurrenz auf Kosten der Beschäftigten

1747 **Schifffahrt und Seeverkehr**

- 1748 - Auch im Seeverkehr sind E-Fuels die einzige Lösung zur Dekarbonisierung des Seeverkehrs und
1749 es ist gut, dass das von der EU vorangetrieben wird. Aber: Es muss auch über eine drastische
1750 Verringerung des Seeverkehrs gesprochen werden. Eine Regionalisierung der
1751 Wirtschaftsstrukturen ist zentraler Bestandteil der Lösung
- 1752 - Billigflaggen im europäischen Seeverkehr wollen wir verbieten - Unterstützung für die
1753 Seefahrt muss an soziale und ökologische Bedingungen gekoppelt werden. Die Konkurrenz der
1754 europäischen Häfen muss durch eine enge Kooperation abgelöst werden.
- 1755 - Private motorisierte Superyachten mit mehr als 60 Meter Länge wollen wir EU-weit verbieten
1756 – es ist ein Skandal, dass diese als Freizeitboote vom EU-Emissionshandel ausgenommen
1757 werden sollen

1758

1759 **Weltraum**

- 1760 - Verbot von privater Raumfahrt und Weltraumtourismus
- 1761 - Umgang mit Weltraumschrott und Regulierung von Satelliten

1762 **Sozial gerecht weltweit**

1763 Die internationalen Entwicklungsprogramme zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden
1764 dienen vor allem den ökonomischen Bedürfnissen und der dauerhaften Einflussnahme und der
1765 (Selbst)Legitimierung der Industrieländer des Nordens ohne für eine spürbare Verbesserung der
1766 Situation in den Ländern des Südens zu sorgen. Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine hat die
1767 Fragilität der europäischen Energieabhängigkeit deutlich vor Augen geführt und die Umstellung auf
1768 grüne bzw. erneuerbare Energien beschleunigt. Bei der Suche nach Energiealternativen werden
1769 koloniale Muster reproduziert, weshalb von einem grünen Kolonialismus gesprochen wird: die
1770 kapitalistische Ausbeutung und Aneignung der natürlichen Ressourcen des globalen Südens für die
1771 exklusive Versorgung des Nordens.

1772 Die Zusammenarbeit zwischen den Ländern des Nordens und den Ländern des Südens muss fair,
1773 ökologisch nachhaltig und auf der Grundlage demokratischer Prinzipien gestaltet werden. Mit den
1774 Nachhaltigkeitszielen der UN (Agenda 2030) hat sich die Weltgemeinschaft Grundsätzen und Zielen
1775 verpflichtet, die zentraler Bestandteil einer auf Kooperation setzenden Politik mit den Ländern des
1776 globalen Südens sein müssen. Aktuell ist die Zielerreichung der Agenda 2030 hochgradig gefährdet.
1777 Ein Überschreiten des 1,5-Grad-Zielwertes des Pariser Klimaabkommens wird für die Länder des
1778 globalen Südens zu enormen und untragbaren gesellschaftlichen, ökologischen und wirtschaftlichen
1779 Folgen führen.

1780 Eine friedliche Entwicklung der Welt ist Grundbedingung für die Entwicklung aller. Das Konzept der
1781 „geteilten, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeit“ (shared, but differentiated responsibilities) aus
1782 dem globalen Klimaverhandlungskontext muss darüber hinaus auch bei der Realisierung anderer
1783 globaler Politikfelder Anwendung finden. DIE LINKE setzt sich zum Maßstab,
1784 Ausbeutungsmechanismen in den Nord-Süd-Beziehungen entschieden entgegen zu treten, Armut und
1785 Hunger zu bekämpfen, die Lasten der Klimafolgen.

1786 **Ausbeutung verhindern**

- 1787 - Die Elektrifizierung der Mobilität darf nicht auf Kosten der Umwelt in anderen Regionen der
1788 Welt erfolgen, in denen die Rohstoffe für E-Mobilität wie Lithium, Kupfer oder Bauxit entrissen
1789 wird.
- 1790 - Wir müssen unseren Rohstoffbedarf verringern und die Kreislaufwirtschaft fördern, um die
1791 globale Ausbeutung von Ressourcen zu verringern. Wir unterstützen ein Recht auf Reparatur,
1792 dass Hersteller verpflichtet zu fairen Preise Ersatzteile bereit zu halten.
- 1793 - Unternehmen müssen verpflichtet werden, Umweltschutz und Menschenrechte beim Abbau
1794 von Rohstoffen einzuhalten

1795 **Klimafolgen ausgleichen - Verursacher zur Kasse**

- 1796 - Wir setzen uns für eine rasche und transparente Umsetzung des auf der COP27 beschlossenen
1797 Kompensationsfonds für Klimaschäden ein. Eine gerechte Lastenverteilung zwischen den
1798 Ländern des Nordens und des Südens muss sichergestellt werden. Die Mehrheit der EU-
1799 Klimamittel an den Süden besteht aus Krediten, die die Länder weiter in die Schuldenfalle
1800 treiben. Ein Schuldenerlass für die ärmsten Länder ist aus Gründen des Klimaschutzes
1801 unerlässlich.
- 1802 - Unternehmen dürfen sich nicht freikaufen von Klimaschutzmaßnahmen, nein zu
1803 Greenwashing und Ablasshandel [Verweis auf Kapitel Klima]
- 1804 - Wir unterstützen den Technologietransfer, damit Photovoltaik- und Windkraftanlagen oder
1805 Batterien für die Mobilität auch in den Ländern des Südens produziert werden können.

1806 **Finanzierung von Entwicklung**

- 1807 - Viele Länder des Globalen Südens drohen an ihren Schulden zu ersticken mit dramatischen
1808 Folgen, da durch Tilgung von Zinsen kaum Geld für die Bekämpfung von Armut, für Bildung
1809 und Gesundheit bleibt. Daher fordern wir einen Schuldenschnitt und eine nachhaltige
1810 Entschuldungsinitiative.
- 1811 - Die EU finanziert Entwicklungshilfe unter anderem mit Infrastrukturmaßnahmen über die
1812 Initiative „Global Gateway“, mit der zugleich Anreize für private Geldgeber geschaffen werden
1813 sollen. Damit einer Senkung von Standards, Deregulierung von Märkten und kapitalistischer
1814 Verwertungslogik von Infrastruktur Tür und Tor geöffnet. Wir fordern gezielte Ausrichtung auf
1815 sozial-ökologischen Umbau, transparente Verwendung der Mittel in partnerschaftlichen
1816 Übereinkommen und klare soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards für
1817 Unternehmen. Eine globales Finanzierungsprogramm darf nicht vorrangig unter
1818 geostrategischen Prämissen entwickelt werden, wie bei Global Gateway als Gegenmodell zur
1819 chinesischen Seidenstraßeninitiative, sondern muss konkret die Verbesserung der Lage der
1820 Menschen vor Ort als vordergründiges Ziel haben.

- 1821 - Die Verwendung von Entwicklungshilfegeldern für Migrationsabwehr und Grenzkontrollen
 1822 lehnen wir ab. Die Vergabe von Geldern darf nicht an der Zusammenarbeit zur
 1823 Migrationsabwehr gekoppelt werden. [Querverweis zu Migration]

1824 Gerechte Handelspolitik

- 1825 - Nur eine faire Handelspolitik, die friedliche Entwicklung, Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und
 1826 Bekämpfung von Armut zum Ziel hat anstelle von Wirtschaftsinteressen und Profitstreben,
 1827 kann auch zu einer gerechten Weiterentwicklung in den Ländern des globalen Südens
 1828 beitragen.
- 1829 - DIE LINKE setzt sich daher ein für faire Kooperationsabkommen, die die UN-
 1830 Nachhaltigkeitsziele zum Maßstab haben, im Einklang mit Klimaschutzziele,
 1831 Menschenrechten, Entwicklungszusammenarbeit und Rechten von Beschäftigten stehen.
- 1832 - DIE LINKE setzt sich für ein effektives europäisches Lieferkettengesetz ein, das wirksam gegen
 1833 Kinderarbeit, Ausbeutung, Menschenrechte und Umweltschäden vorgeht und klare
 1834 Sorgfaltspflichten für Unternehmen vorschreibt. Der Finanzsektor darf von diesem Gesetz
 1835 nicht ausgeschlossen bleiben.
- 1836 - Wir unterstützen das UN-Treaty-Abkommen, das Unternehmen in die Pflicht nimmt, die
 1837 Rechte und die Würde der Beschäftigten zu beachten. Beschäftigte erhalten dadurch die
 1838 Möglichkeit, am Ort ihrer Tätigkeit überall auf der Welt ihre Rechte einklagen zu können.
- 1839 - Exportverbot für Pestizide, die in der EU und in den Mitgliedsstaaten aus Umwelt- und
 1840 Gesundheitsgründen nicht zugelassen sind. Das Ziel einer Landwirtschaft ohne Pestizide muss
 1841 Grundlage der EU-Handelspolitik sein. [Querverweise zu Landwirtschaft]

1842 Kooperation statt Freihandel

- 1843 Globale Krisen sind nur gemeinsam lösbar. Kooperation zwischen Ländern ist daher notwendig und
 1844 muss zugleich die dringenden Kernfragen der heutigen Zeit zur Grundlage haben: friedliche
 1845 Entwicklung, Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Bekämpfung von Armut. Das gilt auch für die
 1846 Handelspolitik, die aus linker Sicht auf eine Politik der Kooperation setzt, Ausbeutung entgegenwirkt
 1847 und Konzerne in die Schranken weist.
- 1848 Die EU hat 2023 trotz umfassender Kritik das Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (CETA) bereits
 1849 in Teilen ratifiziert und befindet sich mit mehreren Staaten und Regionen weltweit in Verhandlung
 1850 über weitere Freihandelsabkommen. Darüber will sie sich unter anderem den Zugriff auf Rohstoffe
 1851 und seltene Erden sichern, die so nicht in ausreichendem Maße in der EU zur Verfügung stehen,
 1852 Produkte importieren, deren Produktion in der EU selbst mit strengen Auflagen oder höheren
 1853 Lohnkosten verbunden ist, und Unternehmen aus der EU Zugang zu neuen Märkten erschließen.
- 1854 Allen gemeinsam ist: durch den Abbau von Handelshemmnissen wird der Rohstoffverbrauch
 1855 beschleunigt, werden Standards für Umweltschutz gesenkt, sie enthalten kaum bis keine
 1856 Nachhaltigkeitskriterien, keine Kriterien für Arbeitsschutz und Einhaltung von Menschenrechten und
 1857 schränken staatliche Einmischung ein.
- 1858 So ermöglichen Schiedsgerichte einseitige Klagen von Unternehmen gegen Staaten, und sind bereits
 1859 im CETA-Abkommen verankert. Damit können Unternehmen gegen staatliche Regulierungen und
 1860 gegen öffentliche Interessen klagen.

- 1861 Vor allem Industrie und europäische Wirtschaftsunternehmen profitieren von den aktuellen
 1862 Freihandelsabkommen, Ungleichheit wird verschärft. Damit stehen die geplanten Abkommen im
 1863 Widerspruch zu anderen internationalen Abkommen wie dem Pariser Klimaschutzabkommen, den
 1864 UN-Nachhaltigkeitszielen oder den UN-Treaty für die Menschenrechtsverantwortung transnationaler
 1865 Unternehmen.
- 1866 So sieht u.a. das derzeit noch nicht ratifizierte Mercosur-Abkommen eine Erhöhung der
 1867 Rohstoffproduktion vor, die starke Auswirkungen auf die Umwelt haben wird. Das Abkommen
 1868 missachtet den Schutz indigener Minderheiten, bäuerlicher Familienbetriebe und Beschäftigter sowie
 1869 des Tierschutzes. Eine Verpflichtung zur Umsetzung multilateraler Umweltschutzabkommen ist zwar
 1870 enthalten, doch sind die Bestimmungen dazu nicht wirksam durchsetzbar.
- 1871 - DIE LINKE setzt sich daher ein für faire Kooperationsabkommen anstelle der
 1872 Freihandelsabkommen, die die UN-Nachhaltigkeitsziele zum Maßstab haben, im Einklang mit
 1873 Klimaschutzziele, Menschenrechten, Entwicklungszusammenarbeit, Rechte der Beschäftigten
 1874 und Friedenssicherung stehen. Dazu braucht es einen komplett neuen Ansatz von Abkommen
 1875 zwischen der EU und anderen Staaten, weg vom Primat des Handels- und der
 1876 Unternehmensinteressen, statt Wirtschaftsinteressen und Profitgier muss Nachhaltigkeit und
 1877 Abbau von Ungleichheit im Vordergrund stehen, die Überwindung von Ausbeutung und
 1878 Diskriminierung.
- 1879 - europäische Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) setzen auf Ausbeutung von
 1880 Rohstoffen und Migrationsabwehr, das lehnen wir ab, und wollen sie ersetzen durch
 1881 Kooperations- und Investitionsabkommen, die systematisch darauf ausgerichtet sind, die
 1882 Nachhaltigkeitsziele zu erreichen.
- 1883 - die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens sowie weiterer multilateraler
 1884 Umweltschutzabkommen müssen verbindlicher Teil der Kooperationsabkommen sein
- 1885 - Kein Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, für deren Produktion Wälder abgeholzt
 1886 werden oder die biologische Vielfalt gefährdet wird
- 1887 - statt den Abbau von Rohstoffen und seltenen Erden über Abkommen weiter zu steigern, sollte
 1888 eine Rohstoffwende eingeleitet werden, die Kreislaufwirtschaft stärkt und strenge
 1889 Bedingungen für den Abbau von Rohstoffen festlegt [siehe Kapitel Industrie]
- 1890 - keine Sonderklagerechte von Konzernen
- 1891 - Transfer von Wissen und Technologie müssen gewährleistet werden
- 1892 - Abkommen dürfen nicht hinter verschlossenen Türen verhandelt werden. Keine
 1893 Geheimverhandlungen, volle Einbeziehung der Zivilgesellschaft einschließlich indigener
 1894 Gruppen, Kleinbäuerlicher Initiativen, Frauennetzwerken usw.
- 1895 - starke Beteiligung der Parlamente bei Verhandlung der Abkommen
- 1896 - hohe Qualitäts- und Nachhaltigkeitsstandards für Produkte und Dienstleistungen
- 1897 - klare Regeln beim Datenschutz
- 1898 - Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe statt Erhöhung der Exporte/ Importe in die EU [siehe
 1899 Kapitel Industriepolitik]

1900 **Menschenrechte und Standards überall - Lieferketten kontrollieren**

- 1901 - DIE LINKE setzt sich für ein effektives europäisches Lieferkettengesetz ein, das wirksam gegen
 1902 Kinderarbeit, Ausbeutung, Menschenrechte und Umweltschäden vorgeht und klare
 1903 Sorgfaltspflichten für Unternehmen vorschreibt, gewerkschaftliche Organisation ermöglicht

- 1904 - Finanzsektor darf von diesem Gesetz nicht ausgeschlossen bleiben
- 1905 - Wir unterstützen das UN-Treaty-Abkommen, das Unternehmen in die Pflicht nimmt, die
- 1906 Rechte und die Würde der Beschäftigten zu beachten. Beschäftigte erhalten dadurch die
- 1907 Möglichkeit, am Ort ihrer Tätigkeit überall auf der Welt ihre Rechte einklagen zu können.

1908 Für Frieden in Europa und der Welt

1909 Die völkerrechtswidrige russische Invasion der Ukraine hat gezeigt: Die alte unipolare Weltordnung

1910 löst sich auf. Im Zuge der Globalisierung wurden im Namen von Profitinteressen Produktionsstandorte

1911 aus den etablierten kapitalistischen Zentren an in andere Staaten und Kontinente verlagert. Neue

1912 globale Ketten der Ausbeutung sind entstanden, während westliche Staaten Teile ihres Industrie- und

1913 damit Machtpotenzial verloren haben. Eine neue, multipolare Weltordnung ist entstanden, in der die

1914 alten und neuen Pole um die geopolitisch-ökonomischen Sphären und den politischen Charakter ihres

1915 Einflusses kämpfen. Mit dem technischen haben (andere) geografisch ungleich verteilte Rohstoffe, wie

1916 Lithium, eine neue Bedeutung erlangt. Auch von dieser neuen Geoökonomie gehen neue

1917 Herausforderungen für die Bewahrung von Frieden aus. Hinzu kommen die ökonomischen und

1918 politischen Verheerungen der Erderwärmung, auch sie stimulieren Gewalt und Krieg. Und der

1919 moderne, industrielle Krieg selbst ist ein großer Klimakiller.

1920 In dieser alten, neuen Welt steht DIE LINKE gegen jede Form der Ausbeutung und Vorherrschaft, egal

1921 von welchem Ort sie ausgeht, gegen Krieg und für Völkerrecht. Die Gefahr eines Weltkrieges war in

1922 den Jahrzehnten nach 1945 noch nie so groß, wie heute. Es braucht Rückkehr zu internationalen

1923 Verhandlungsformaten.

1924 Fast alle Staaten auf der Welt rüsten auf. Im Zuge des russischen Angriffs auf die Ukraine hat die

1925 Bundesregierung mit den Stimmen der CDU und AfD-Opposition ein Sondervermögen zum

1926 Bundeshaushalt von über 100 Milliarden Euro beschlossen. Damit wird die Bundesrepublik über Nacht

1927 das Ziel der NATO erfüllen, 2 Prozent des Bruttoninlandsproduktes für Militär und Rüstung

1928 auszugeben. Weit höhere Zuwächse des Rüstungshaushaltes sind im Gespräch. Es geht nicht allein

1929 darum, Ziele der NATO zu erfüllen. Als Ziel für die EU wird „strategische Autonomie“ ausgegeben.

1930 Gemeint ist: ein eigener Militäretat, eigene Befehlsstrukturen und Einsätze, die unabhängig von den

1931 nationalen Parlamenten beschlossen werden können. Viele machen wie Olaf Scholz und die SPD

1932 »Eigenständigkeit« an einer „echten europäischen Armee“ fest. Ziel dieser »ständigen strukturierten

1933 Zusammenarbeit« (PESCO) ist, dass ein gemeinsamer Rüstungsmarkt und die Rüstungsindustrie

1934 europäisiert werden. Der Binnenmarkt für Verteidigungsgüter soll gestärkt werden.

1935 Für DIE LINKE bleibt es dabei: Krieg ist kein Mittel der Politik. Wir haben die völkerrechtswidrigen

1936 Kriege der NATO gegen Jugoslawien und der US-Koalition gegen den Irak verurteilt. Genauso

1937 verurteilen wir den Krieg Russlands gegen die Ukraine. Das Völkerrecht und die Charta der Vereinten

1938 Nationen bleiben für uns der Rahmen der internationalen Beziehungen. Wir streiten für eine friedliche

1939 EU, die nicht Spielball und nicht imperialer Akteur in der neuen Weltordnung ist, sondern die

1940 strategisch unabhängig und dem Frieden und der globalen Gerechtigkeit verpflichtet ist.

1941 Für einen gerechten Frieden für die Ukraine

1942 Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine tobt in Europa der größte Krieg seit 1945. Angriffskriege

1943 haben keine Rechtfertigung, sie müssen beendet werden. Es müssen Waffenstillstandsverhandlungen

- 1944 aufgenommen werden. Wir müssen Wege einer konstruktiven Konfliktbearbeitung finden, denn nur
1945 dann kann der Krieg durch einen gerechten und nachhaltigen Frieden beendet werden.
- 1946 - Deshalb fordern wir Waffenstillstandsverhandlungen auf Einladung der UN und die
1947 Berücksichtigung bestehender Verhandlungsinitiativen, zum Beispiel Chinas, selbst wenn diese
1948 noch nicht hinreichend sind. Ziel muss sein, den Verteidigungskrieg der Ukraine mit einem
1949 gerechten Frieden zu beenden, der die vitalen Interessen aller Seiten anerkennt.
- 1950 - Die Ziele der Verhandlungen sind an den Prinzipien der UN-Charta zu messen. Die
1951 international anerkannten Grenzen der Ukraine müssen wiederhergestellt und die Rechte
1952 lokaler Gemeinschaften geachtet werden. Für beide Seiten müssen Entwicklungsperspektiven
1953 nach dem Krieg entstehen.
- 1954 - Einberufung einer neuen Konferenz für Sicherheit, Umwelt- und Energiepolitik und
1955 Zusammenarbeit 2.0, die aktiv Wege und Mechanismen für eine neue Sicherheitskonzeption
1956 auf dem europäischen Kontinent erarbeitet.
- 1957 - Gezielte Sanktionen statt Waffenlieferungen: Sanktionen müssen sich gegen Putins
1958 Machtapparat und den militärisch-industriellen Komplex und damit gegen die Fähigkeit
1959 zur Kriegsführung richten.
- 1960 - Wir lehnen die Importe von Rohstoffen aus Russland ab, die der russischen Führung die
1961 Fortsetzung des Krieges erlauben, ebenso Exporte von Waffen und waffenfähigen Gütern
1962 (sogenannten Dual-Use-Gütern) dahin ab.
- 1963 - Sanktionen müssen klar Ziele definierte und enden, wenn diese erfüllt sind. Sanktionen, deren
1964 Ziel die Bestrafung von Akteuren ist oder die machtpolitischen Interessen dienen, lehnen wir
1965 ab. Der Maßstab zur Bewertung von Sanktionen ist die Charta der Vereinten Nationen.
- 1966 - Wir wollen ein Ende der russischen Aggression und die Rückkehr zu einer stabilen, auf
1967 angemessenen Interessenausgleich basierenden Nachkriegsordnung. Ist sie etabliert und hat
1968 die russische Regierung dazu ihren Beitrag geleistet, so sollen die ökonomischen Beziehungen
1969 zu Russland normalisiert werden.

1970 **Waffen(exporte) schaffen keinen Frieden**

- 1971 Mit dem Angriff auf die Ukraine hat sich der Diskurs über Waffenexporte verschoben, hatten sich die
1972 Grünen noch im Bundestagswahlkampf 2021 gegen deutsche Waffenexporte ausgesprochen. Heute
1973 treiben sie in den Kanzler in der Frage der Exportgenehmigungen vor sich her. Wer sich gegen
1974 Waffenexporte ausspricht, muss sich heutzutage rechtfertigen. Die EU hat sich auf verbindliche Regeln
1975 mit festen Kriterien zum Umgang mit Rüstungsexporten festgelegt, diese werden jedoch ständig
1976 übergangen. Strengere Ausfuhrgenehmigungen oder Kontrollen blieben wirkungslos. Neben Panzern,
1977 Raketen oder Kleinwaffen werden auch militärische Dienstleistungen exportiert, die keiner Kontrolle
1978 unterliegen. Private Sicherheitsfirmen arbeiten als Söldner in Konfliktgebieten. Die mangelnden
1979 Vorschriften und Kontrollen bei der Auslieferung von sogenannten Dual-Use-Gütern haben dazu
1980 geführt, dass u.a. deutsche Firmen die Chemikalien für das in Syrien eingesetzte Giftgas lieferten.
- 1981 Mit dem Krieg um die Ukraine ist der große Massenkrieg zurück nach Europa gekehrt, tausende von
1982 Panzern kämpfen an der Front oder wurden bereits verloren, Millionen Schuss Munition abgefeuert.
1983 Der strategische Luftkrieg wird inzwischen mit massenhaft reproduzierbaren halbautomatischen
1984 Drohnen geführt. Wie in jedem großen Krieg sind auch komplexe Waffensysteme nunmehr zu
1985 durchlaufenden Verbrauchsgütern geworden. Ein Drittel der Ukraine ist vermint.

- 1986 Als DIE LINKE haben wir **Waffenlieferungen in Kriegsgebiete stets abgelehnt und tun das auch**
 1987 **weiterhin**. Hinter den Lieferungen von immer mehr Waffen ist keine Strategie für ein Ende des Krieges
 1988 zu erkennen. Wir plädieren für **Verhandlungen statt immer weiterer Waffen**. Die Mehrzahl aller Kriege
 1989 wurde in Verhandlungen beendet.
- 1990 Der 2022 weltweit begonnene Waffen-Ringtausch, bei dem riesige Kapazitäten für die Ukrainische
 1991 Regierung zur Verfügung gestellt wurden, bedeutet auch einen Schub für die globale
 1992 Rüstungsindustrie, die nun mit neuen Aufträgen bedacht wird.
- 1993 Es droht eine Entgrenzung der Rüstungsproduktion – auch über den Ukraine-Krieg hinaus.
 1994 Rüstungsexportkontrolle wird zur Karikatur ihrer selbst. Der Rüstungssektor der europäischen
 1995 Wirtschaft wird mit den Aufrüstungsprogrammen gestärkt. Auch in Deutschland lassen die 100 Mrd.
 1996 Euro, die die Bundesregierung zusätzlich zum Rüstungshaushalt bereitgestellt hat, die Korken in der
 1997 Rüstungsindustrie knallen. Bislang ist der deutsche Rüstungssektor nur ein kleiner Wirtschaftsfaktor,
 1998 aber er wird jetzt mit Milliarden aufgepäppelt.
- 1999 - Wir wollen keinen Militärisch-Industriellen-Komplex, der sich politisch verselbständigt,
 2000 sondern eine wirksame gesellschaftliche Kontrolle von Militär und Rüstung.
- 2001 - Die Aussagen, die Bundeswehr sei unterausgestattet, sind nicht richtig. Der Bundeswehr-Etat
 2002 darf nicht weiter steigen; die Aufrüstung muss rückgängig gemacht werden.
- 2003 - Wir fordern ein Verbot für den Einsatz militärischer **Sicherheits- und Söldnerfirmen**.
- 2004 - Wir wollen keine Beteiligung an internationalen **Polizei- und Geheimdiensteseinsätzen** oder
 2005 Ausbildungsmissionen, die der Unterstützung **autoritärer Regime** dienen.
- 2006 - Der Ukraine-Krieg bedeutet nicht nur ein Anwachsen der westlichen und deutschen
 2007 Waffenexporte in die Ukraine, sondern der Westen versucht weltweit, seine Bündnispartner
 2008 enger an sich zu binden. Dies ist das Umfeld, das deutsche und europäische
 2009 Exportgenehmigungen in autoritär regierte Staaten, wie Saudi-Arabien, ermöglicht. Saudi-
 2010 Arabien ist einer der Hauptimporteure westlicher Waffen **und unter anderem Kriegspartei im**
 2011 **Jemen und für hunderttausende Tote mitverantwortlich**. #checken, ob das zum
 2012 Beschlusszeitraum noch stimmt, ggf zieht sich Saudi-Arabien aus dem Jemenkrieg zurück,
 2013 dann einfügen „gewesen“?#
- 2014 - Nicht nur der Krieg in der Ukraine, sondern auch europäische Initiativen, wie die PESCO, oder
 2015 der Aachener-Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich weichen die deutschen
 2016 Rüstungsexportrichtlinien immer weiter.
- 2017 - Es ist weiterhin richtig, keine Waffen in Krisen- und Kriegsgebiete zu liefern, denn jede Waffe
 2018 findet ihren Krieg, manche sogar mehrere
- 2019 - Rüstungskonversion ist machbar: Große Aufgaben liegen zum Beispiel beim CO2-neutralen
 2020 Umbau unserer Wirtschaft vor uns. Dafür wollen wir die nötigen Investitionen mobilisieren.
- 2021 - Wir wollen mit gesellschaftlichen Partner*innen aus Gewerkschaften, Friedensbewegung und
 2022 Kirchen **Konversionsprogramme** für die und mit den Beschäftigten in der Rüstungsindustrie
 2023 entwickeln, um neue, zivile Arbeitsplätze zu schaffen.
- 2024 - Wir treten für die Ächtung der Entwicklung und Produktion vollautomatischer Waffen ein.

2025 **Für eine friedliche Europäische Union**

- 2026 Aktuell baut die EU ihre Militärkapazitäten im Einklang mit der NATO aus und rüstet auf für
 2027 den Fall, dass die USA – wie schon unter Präsident Donald Trump – einen stärker isolationistischen
 2028 Kurs einschlagen. Eine stärker eigenständige militärische Handlungsfähigkeit hat für die Mehrheit der

- 2029 europäischen Eliten an Bedeutung gewonnen. Wir streiten für eine Europäische Union, die strategisch
2030 unabhängig ist und für Frieden, Verhandlungen und Abrüstung eintritt.
- 2031 Die Verträge der EU verbieten die Finanzierung von Rüstung und Militär aus dem EU-Haushalt, deshalb
2032 haben wir dagegen Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen den Europäischen Verteidigungsfonds
2033 (EVF) eingereicht. Dieses Finanzierungsverbot wird auch durch zahlreiche andere Programme
2034 unterlaufen, die offiziell der Industriepolitik oder Forschung und Entwicklung dienen. Dazu gehören
2035 zum Beispiel das European Defence Investment Programme (EDIP) und das EDIRPA zur Stärkung der
2036 Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung. Und unter dem grob irreführenden Namen
2037 Europäische Friedensfazilität (EFF) besteht ein Schattenhaushalt für EU-Militäreinsätze und
2038 Waffenlieferungen.
- 2039 Insgesamt sind im mehrjährigen Finanzrahmen (2021-2027) der EU bis zu 46 Mrd. Euro öffentliche
2040 Investitionen für Verteidigung, Rüstung und militärisch relevante Forschungsprojekte vorgesehen. Die
2041 Ausgaben der Mitgliedstaaten kommen noch hinzu. Und die müssen ständig steigen, so besagen es die
2042 Verträge der EU: »Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu
2043 verbessern.« »Verbessern« meint: erhöhen. Neben der »Verbesserung« der militärischen Kapazitäten
2044 durch neue Technologien und die Förderung von Standardisierung bei Rüstungsgütern geht es
2045 ausdrücklich darum, die europäische Rüstungsindustrie zu stärken.
- 2046 Die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) setzt das Prinzip der Einstimmigkeit unter Druck.
2047 Die PESCO erlaubt es besonders engagierten Mitgliedsstaaten der EU, ohne Einbezug von
2048 skeptischeren Staaten im Bereich von Militär und Rüstung in Dutzenden von Projekten verstärkt
2049 zusammenzuarbeiten. Zudem verpflichten sich die Mitglieder unter anderem zur Erhöhung des
2050 Verteidigungsetats und zur Bereitstellung von Truppen und Logistik für EU-Battlegroups. Bereits die
2051 alte Bundesregierung hat dafür geworben, Militäreinsätze auf Basis von Artikel 44 des EU-Vertrages
2052 als „Koalitionen der Willigen“ durchzuführen.
- 2053 Der Ausbau einer »Verteidigungsunion« oder »Militärunion« eigenständiger Militärpolitik, eine
2054 europäische Armee und andere Vorhaben der Militarisierung führen nicht zu mehr Sicherheit für die
2055 Menschen in Europa. Wir wollen die Militarisierung der EU beenden. Sicherheit gibt es nur mit
2056 konsequenter Friedenspolitik und Förderung globaler Gerechtigkeit statt nationaler
2057 Standortkonkurrenz.
- 2058 - Wir fordern die Auflösung der EU Battlegroups.
- 2059 - Die Verteidigungsagentur der EU wollen wir auflösen.
- 2060 - Die »Ständige Strukturierte Zusammenarbeit« (PESCO), die eigenständige militärische
2061 Strukturen der EU bildet und Voraussetzungen für eine eigene europäische Armee schafft,
2062 wollen wir beenden. Die geplanten Rüstungshaushalte EVF, EFF und die Ausgaben für
2063 Militärische Mobilität müssen gestrichen werden.
- 2064 - keine EU Armee
- 2065 - Die Verträge der EU müssen geändert werden: Die Aufrüstungsverpflichtung für die
2066 Mitgliedstaaten schreibt die Militarisierung in die Grundlagen der EU und muss abgeschafft
2067 werden.
- 2068 - Stattdessen muss die EU zivile Konfliktlösungskapazitäten stärken.
- 2069 - Wir wollen konventionelle Streitkräfte abrüsten. Als ersten Schritt wollen wir eine
2070 konventionelle Rüstungskontrolle in Europa nach dem Vorbild des A-KSE-Vertrags
2071 (Angepasster Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa).

- 2072 - DIE LINKE fordert, dass die Bundesregierung den Atomwaffenverbotsvertrag der UN
 2073 unterzeichnet und sich dafür in der gesamten EU stark macht, mit dem Ziel einer
 2074 atomwaffenfreien Zone.

2075 Diese Entwicklungen laufen seit Jahren, sie sind keine Reaktion auf die brutale russische Invasion der
 2076 Ukraine und haben sie sie nicht verhindern können. Selbstverteidigung gegen militärische Aggression
 2077 ist legitim, doch hinter dem Bestreben, die EU zu einer global agierenden Macht zu machen, stecken
 2078 keine defensiven Interessen. Zugleich wurden internationale Militäreinsätze, wie der in Afghanistan
 2079 beendet, was einst als alternativlos galt, ist an der Realität des Krieges zerschellt inzwischen zieht die
 2080 Bundeswehr auch aus Mail ab. Wir bleiben bei unserer Ablehnung von Auslandseinsätzen.

2081 Die Aufweichung des Einstimmigkeitsprinzip im EU-Rat durch konstruktive Enthaltung – wenn es um
 2082 außenpolitische Beschlüsse geht oder durch qualifizierte Mehrheit bei Beschluss zu Militäreinsätzen –
 2083 droht sich zu einer Abschaffung auszuweiten.

- 2084 - DIE LINKE wird keiner Veränderung der Verträge zustimmen, die Schritte zu einer weiteren
 2085 Militarisierung der EU umfassen. Bei Fragen von Krieg und Frieden muss das Prinzip der
 2086 Einstimmigkeit unter den EU-Regierungen gelten. Das Prinzip der Parlamentsarmee darf nicht
 2087 aufgeweicht werden, über Einsätze der Bundeswehr muss weiter der Bundestag entscheiden.

2088 Militär- und Polizei verschmelzen zunehmend. Dies gilt insbesondere an den von Frontex bewachten
 2089 Außengrenzen der EU. Die Militarisierung der EU- Außengrenzen und die militärische
 2090 „Unterstützung“ von Drittstaaten zum Zweck der Migrationsabwehr (Mali, Niger, Libyen) ist inhuman
 2091 und verletzt die Charta der Grundrechte der EU. Sie destabilisiert die Gesellschaften, in die die
 2092 Grenzabwehr der EU vorverlegt werden, sie als Bollwerke missbraucht. Sie schafft neue
 2093 Fluchtursachen. Die kalte Realpolitik der EU leugnet die Realität. Es braucht nicht Abwehr von
 2094 Migration, sondern ziviler Konfliktprävention und Bearbeitung. Wir wollen einen zivilen europäischen
 2095 Friedensdienst gründen.

2096 Die EU ist erst dann ein Friedensprojekt, wenn wir sie zu einem solchen machen.

- 2097 - Die EU kann nur ein nachhaltiges Friedensprojekt sein, wenn sie den Modus ihrer inneren
 2098 Integration transformiert: Bislang exportierte sie ihre neoliberale Integration über Beitritts-
 2099 und Assoziierungsabkommen in ihre Nachbarschaft. Doch eine konkurrenzgetriebene
 2100 Interaktion schafft Instabilität. Nur eine im Inneren solidarische verfasste EU kann eine
 2101 solidarische Nachbarschaftspolitik betreiben.

2102 **Sicherheit geht anders**

2103 DIE LINKE streitet für eine friedliche Europäische Union, die nicht an der Konkurrenz der militärischen
 2104 Pole teilnimmt, sondern eine moderierende und ausgleichende Rolle einnimmt. Multilateralismus
 2105 meint die kooperative und gleichberechtigte Zusammenarbeit mehrerer Staaten zur Lösung
 2106 gemeinsamer Probleme. Eine multipolare Weltordnung bedarf der Einhegung durch multilaterale
 2107 Strukturen.

2108 Klassische Militärbündnisse wie die NATO erzeugen Sicherheit für sich durch die Bündelung von
 2109 Gewaltpotenzialen. Die Sicherheit der einen wird so zur Unsicherheit für die anderen. Wir
 2110 wollen dieses Sicherheitsdilemma auflösen. Am Ende der Blockkonfrontation von NATO und
 2111 Warschauer Pakt hätte es die Möglichkeit gegeben, die NATO aufzulösen und den Weg frei zu machen
 2112 für ein Sicherheitsbündnis, das nicht auf Destabilisierung und Unsicherheit anderer beruht. Diese
 2113 Gelegenheit ist verpasst worden. Die weitere Entwicklung der Geschichte zeigt nicht, dass diese
 2114 Auflösung unmöglich, sondern dass sie notwendig gewesen wäre. Die Herausforderung bleibt

- 2115 bestehen, eine globale Friedensordnung zu schaffen, die nicht auf Feinddefinitionen oder
2116 Blockkonfrontation beruht, sondern möglichst alle Staaten umfasst.
- 2117 Das System der Vereinten Nationen umfasst fast alle Staaten der Erde, es ist der weitest akzeptierte
2118 Rahmen für die Überwindung des Sicherheitsdilemmas. Die Charta der Vereinten Nationen definiert
2119 die Sicherheit der einen nicht auf Kosten der Sicherheit der anderen, sondern verankert die Gleichheit
2120 der Nationen, ihre Souveränität und dem Verbot des Nichtangriffskrieges sowie dem Primat der
2121 friedlichen Konfliktbeilegung. Und dazu gehört auch das von NATO-Staaten immer wieder
2122 unterlaufene Interventionsverbot. Zahlreiche Kritiken an der Handlungsunfähigkeit der UN dienen in
2123 Wirklichkeit das Interventionsverbot auszuhebeln. Dies ist mit der LINKEN nicht zu machen.
- 2124 - Die UN sind ein Rahmen für die Initiierung von Friedensverhandlungen und für
2125 Kriegsprävention. Wir müssen sie zu dem Ort machen, an dem miteinander verfeindete
2126 Staaten miteinander niederschwellig in Dialog treten können, denn Entspannungspolitik kann
2127 es nur unter jenen geben, die miteinander Spannungen haben.
- 2128 Für DIE LINKE stellen die UN einen zentralen Rahmen für die Staaten der EU dar, eine gemeinsame
2129 zivile Außenpolitik praktisch zu organisieren und Sicherheit zu schaffen. Unser Begriff von Sicherheit
2130 reduziert diese nicht auf militärische Aspekte, sondern nimmt die tieferliegenden Ursachen von
2131 Unsicherheit in den Blick: Fehlende soziale Sicherheit im lokalen und globalen Maßstab resultiert oft
2132 aus ökonomischen Interessen, die im Staatensystem durchgesetzt werden. Eine EU, die nicht im
2133 Namen der Konzerne verfasst ist, kann im globalen Maßstab eine andere Handelspolitik betreiben. Die
2134 neoliberale Betriebsweise der EU im Inneren muss überwunden werden, das schafft neue
2135 Handlungsspielräume in der Außenpolitik.
- 2136 - Wir wollen einen Ausgleich ökonomischer Interessen im Nord-Süd-Verhältnis erreichen. Die
2137 Unterorganisationen der UN haben erhebliches Wissen, das für die Entwicklung einer
2138 gerechten Welthandelspolitik relevant ist.
- 2139 - Wir wollen Fragen des Welthandels verstärkt in die UN holen. Nur so können sie angemessen
2140 mit sozialen, entwicklungs- und umweltpolitischen Zielen verknüpft werden, und können die
2141 UN-Nachhaltigkeitsziele mit Leben gefüllt werden.

2142 **Konflikte zivil und friedlich lösen**

2143 *#Kathrin liefert noch was dazu#*

- 2144 Der Krieg um die Ukraine ist nicht der erste Krieg in Europa seit Ende des Kalten Krieges, schon die
2145 Balkankriege brachten vermeidbares Leid mit sich. Wenig wurde aus ihnen gelernt. Organisationen
2146 wie die OSZE wurden nicht etwa gestärkt, sondern haben in den letzten Jahren an Bedeutung
2147 verloren. Eine gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur ist mit dem gegenwärtigen Russland
2148 schwer zu realisieren. Dennoch bedarf es der Perspektive einer Nachkriegsordnung und diese benötigt
2149 Organisationen, die eine Sicherheitsarchitektur, die möglichst inklusiv und nicht auf Feinddefinitionen
2150 aufgebaut ist.
- 2151 Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden zu schaffen und zu bewahren bedeutet, die
2152 Bedingungen herzustellen, in denen ein Leben in Würde und Sicherheit möglich ist. Sicherheit umfasst
2153 mehr als die Abwesenheit von Gewalt, sondern auch: dass die Versorgung mit Lebensmitteln
2154 gewährleistet ist und es Zugang zu medizinischer Versorgung, zu Wohnraum, Kultur, Bildung und
2155 Ausbildung gibt.
- 2156 - Wir fordern ein Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung.

- 2157 - DIE LINKE lehnt eine Vermischung von zivilen und militärischen Maßnahmen ab. Internationale
 2158 Hilfe darf niemals Teil einer militärischen Strategie sein, sondern muss sich am Gebot der Hilfe
 2159 für von Hunger, Klimakatastrophen und Krieg betroffenen Bevölkerungen orientieren. Wir
 2160 fordern, dass zivile Strukturen für internationalen Katastrophenschutz aufgebaut werden.
- 2161 - Die Bundesregierung muss den Fokus auf zivile Friedensmaßnahmen, wie die Einbindung von
 2162 Fraueninitiativen, Ausbildungsprogramme, Abgabe von Schusswaffen und zivile Vermittler,
 2163 richten. Die für den zivilen Friedensdienst zur Verfügung gestellten Mittel müssen
 2164 systematisch erhöht werden. International bereits bewährte Instrumente, wie unbewaffnetes
 2165 ziviles Peacekeeping, müssen gefördert werden.
- 2166 - Wir wollen diese Ansätze im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit fördern und die
 2167 Ausbildung dafür stärken. Auch ausländischen Friedenskräften wollen wir die Möglichkeit
 2168 eröffnen, ihre Ausbildung in Deutschland zu absolvieren. Entsprechende Hochschulen und
 2169 Ausbildungsstätten wollen wir auch im Ausland aufbauen.
- 2170 - Über die UNO muss eine globale Abrüstungsinitiative angestoßen werden, in der für alle
 2171 Mitgliedsstaaten verbindliche Abrüstungsziele festgelegt werden
- 2172

2173 **Globale Demokratie: UNO und internationale Institutionen reformieren**

- 2174 Unser Bekenntnis zu einem verstärkten Engagement in der UN heißt nicht, dass wir die gegenwärtige
 2175 Struktur der Vereinten Nationen kritiklos akzeptieren. Der UN-Sicherheitsrat bedarf der Reform, seine
 2176 sechs ständigen Mitglieder nehmen im System der Vereinten Nationen eine derart privilegierte Rolle
 2177 ein, dass sie die Charta der UN de facto brechen können. Dort, wo Vetomächte eine Invasionspolitik
 2178 verfolgen, sind ihm die Hände gebunden. Die galt für die USA im Irak und heute für Russland in der
 2179 Ukraine. Wir für eine demokratische Reform der UN ein, nur so kann sie nachhaltig gestärkt
 2180 werden. Als Union von 27 Staaten haben wir in der Vollversammlung ebenso viele Stimmen, dieses
 2181 Gewicht gilt es Zusammenarbeit mit anderen Staaten zu nutzen.
- 2182 - Die Generalversammlung muss gegenüber dem Sicherheitsrat gestärkt werden. Die
 2183 Forderung nach einem ständigen Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat lehnen wir ab.
- 2184 - Um den Einfluss privater Akteure zurückzudrängen, wollen wir die Basisbeiträge anheben.

2185 **Für eine gerechte und ökologische Landwirtschaft**

- 2186 Die Landwirtschaft wird in der EU und durch die EU liberalisiert und globalen Agrarmärkten
 2187 ausgeliefert.
- 2188 Die Reform der Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ist nicht genutzt worden, um den überfälligen sozial-
 2189 ökologischen Umbau auch in der Landwirtschaft und den ländlichen Räumen im erforderlichen Maße
 2190 voranzubringen, sondern ist ein konservativer Minimalkonsens für die Profite der Agrarkonzerne zu
 2191 sichern. Der – noch zu entwickelnde - nationale Strategieplan für die neue GAP-Förderperiode ab 2023
 2192 soll für uns nach dem Prinzip »Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen« umgesetzt werden.
- 2193 Zentral: Kritik der Flächenprämien und Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft
- 2194 - Gute Arbeit in der Landwirtschaft mit flächendeckenden gesetzlichen Mindestlöhnen:
 2195 Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze müssen auch für mitarbeitende
 2196 Familienangehörige und Saisonarbeitskräfte Normalität sein

- 2197 - In der Erzeugerkette muss es eine faire Gewinn- und Risikoverteilung geben. Erzeuger*innen,
2198 die das größte Risiko tragen, müssen auch den größten Gewinn erhalten. So bleiben
2199 Lebensmittel erschwinglich und können kostendeckend produziert werden.
- 2200 - Rechtliche Voraussetzungen für faire Verhandlungen zwischen Landwirt*innen und
2201 Lebensmitteleinzelhandel über allgemeine Bedingungen, Lieferbedingungen und Preise
- 2202 - Mehr Bienen, mehr Käfer: Wir wollen den Einsatz von chemischen
2203 Schädlingsbekämpfungsmitteln und chemischen Unkrautvernichtern drastisch reduzieren.
- 2204 - Wir stellen uns gegen eine Verlängerung der Zulassung für Glyphosat, das von der WHO als
2205 wahrscheinlich krebserregend eingestuft wurde. Wir fordern ein Produktions- und
2206 Exportverbot von hochgefährlichen Wirkstoffen für Pflanzenschutzmittel. Die Entwicklung
2207 sicherer Pflanzenschutzmethoden wollen wir fördern. #beachte#: Die Glyphosat-Zulassung
2208 wurde 2017 um 5 Jahre bis 2022 und im November 2022 um ein Jahr bis Ende 2023
2209 verlängert.]
- 2210 - Agrarförderung an ökologische und soziale Kriterien; Förderung nur bei konkreten Leistungen
2211 (Werte wie Boden- und Landschaftspflege, Ausbildung und Beschäftigung von Menschen und
2212 regionale Verankerung müssen zum Maßstab werden.) sozialer, ökologischer und Tierschutz-
2213 Kriterien und einen nachhaltigen Umbau von Landwirtschaft und Ernährung
- 2214 - Futtermittelimporte abbauen/ Keine Priorisierung „deutscher Trog vor hungernden
2215 Menschen“, keine Spekulation mit Nahrungsmitteln, keine Biofuels
- 2216 - Wir setzen uns für die die Ausweitung der Prämien in der Landwirtschaft für das Anpflanzen
2217 von Hülsenfrüchten ein für den Verzehr und zur Aufwertung von Böden, als Teil einer
2218 Einweiß/Proteinstrategie und eines nachhaltigen Ackerbaukonzepts.
- 2219 - Die EU muss ihre Orientierung auf Wettbewerb und Export aufgeben. Stattdessen sollen
2220 regionale Erzeugung, Verarbeitung und Wertschöpfung gefördert werden. Wie setzen uns für
2221 eine EU-weite transparente und verlässliche Herkunfts- und Regionalkennzeichnung ein.
- 2222 - Spekulationen mit Nahrungsmitteln, die wenige reicher machen, muss verboten werden,
2223 damit die Menschen in Europa und der Welt wegen hoher Lebensmittelpreise nicht hungern
2224 müssen.
- 2225 - Wir wollen Landgrabbing verbieten.
- 2226 - Leberdientransporte müssen drastisch eingeschränkt werden. Tiertransporte in Drittstaaten
2227 wollen wir gänzlich verbieten.
- 2228 - Wir fordern ein Verbot der Pelztierzucht entsprechend der erfolgreichen EU-Bürgerinitiative
2229 2023 (Validierung bis voraussichtlich September 2023 [https://europa.eu/citizens-](https://europa.eu/citizens-initiative/initiatives/details/2022/000002_de)
2230 [initiative/initiatives/details/2022/000002_de](https://europa.eu/citizens-initiative/initiatives/details/2022/000002_de))
- 2231 - Gentechnik in der Landwirtschaft einschließlich sogenannte Neue genomische Techniken, und
2232 Patente auf Pflanzen, Tiere und anderes Leben lehnen wir ab.
- 2233 - Die Wälder in der EU müssen erhalten und nachhaltig bewirtschaftet werden; stärker
2234 aufforsten mit aufs Klima abestimmten Bäumen
- 2235 Gemeinsam mit dem Bündnis »Wir haben es satt« fordert DIE LINKE, dass die EU in Zukunft eine tier-,
2236 klima- und umweltgerechte Landwirtschaft fördert und dass Bäuer*innen, die das schon heute
2237 umsetzen, faire Preise bekommen.

2238 **Weniger Rohstoffe verbrauchen, Natur und Tiere** 2239 **schützen**

2240 **Biodiversität erhalten**

2241 Der Zwang zu permanentem Wirtschaftswachstum im Kapitalismus untergräbt unsere natürlichen
2242 Lebensgrundlagen. Deutschland gehört zu Regionen mit höchstem Wasserverlust. Saubere,
2243 schadstofffreie Gewässer, Böden und Luft und die biologische Vielfalt sind unsere Lebensgrundlagen,
2244 die immer stärker bedroht werden. Zwar sind die Mittel für den Schutz von Biodiversität in der EU
2245 erhöht worden. Doch die Ziele zum Naturschutz hat die EU deutlich verfehlt. Beispiel: Vogelpopulation
2246 dramatisch zurückgegangen.

2247 - Immer mehr Arten vom Aussterben bedroht. Wildtiere und ihre Lebensräume wollen wir
2248 besonders schützen. Internationale Arten- und Naturschutzabkommen müssen konsequent
2249 umgesetzt werden.

2250 - Schutzgebiete wie unter Natura 2000 ausweiten, Wildnisflächen erhöhen

2251 - Verbandsklagerecht für Umwelt- und Tierschutzverbände

2252 - Das LIFE-Programm weiter aufstocken, da es sich als effektiv für die Verbesserung des
2253 Zustandes von Natur und Umwelt erwiesen hat.

2254 - Eine konsequente und vollständige Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie, um einen
2255 guten ökologischen Gewässerzustand zu erreichen. Die Wasserrahmenrichtlinie und ihre
2256 Tochterrichtlinien dürfen nicht aufgeweicht oder geöffnet werden.

2257 **Ggf. zu Verbraucherschutz?**

2258 - Eine strikte Einhaltung des Vorsorgeprinzips bei der Regulierung von hormonschädlichen
2259 Stoffen und eine Chemikalienpolitik, die die Gesundheit des Menschen in den Vordergrund
2260 stellt.

2261 - Verbot von giftigen Chemikalien: PFAS verbieten.

2262 **Tiere schützen**

2263 - Verbot von Tierversuchen und Förderung alternativer Forschungsmethoden.

2264 - Handel mit Tieren (insbesondere im Internet) muss streng reguliert werden. Wilderei und
2265 illegaler Wildtierhandel müssen bekämpft werden. Verbot der Herstellung und Importverbot
2266 von Pelzen.

2267 - Haltungsstandards in Zoos, im Gewerbe und in Haushalten müssen auf ein Mindestmaß an die
2268 Grundbedürfnisse der jeweiligen Art angepasst werden. Soziale Tiere sollen nur noch in
2269 Ausnahmefällen einzeln gehalten werden dürfen. Wir fordern ein sofortiges Verbot von
2270 Delfinarien, Wildtieren in Zirkussen sowie ein Verbot der Tierhaltung auf Jahrmärkten und an
2271 ähnlichen Orten.

2272 - Ein Importverbot von Tieren, die in Zoos und Aquarien nicht artgerecht gehalten werden
2273 können oder international unter Schutz stehen.

2274 - Keine wild gefangenen Tiere in Zootierhandlungen.

- 2275 - Weltweites Verbot von Patenten auf Pflanzen, Tiere, Menschen und andere Lebewesen sowie
2276 auf ihre Organe, Gene, Gensequenzen und auf Zuchtverfahren.
- 2277 - Die Freizeitjagd wollen wir begrenzen. Die Jagd auf Hunde und Katzen sowie Prädatoren wie
2278 Füchse wollen wir untersagen.

2279 **Die Meere schützen**

- 2280 Die Weltmeere machen rund 73 Prozent unseres Planeten aus, sie bieten Lebensräume für Tiere und
2281 Pflanzen, bieten Nahrung, regulieren das Klima und produzieren Sauerstoff. Doch diese Lebensräume
2282 werden immer weiter zerstört. Jedes Jahr landen 8 Millionen Tonnen Müll in Ozeanen. Die Förderung
2283 von Öl- und Gas vergiftet das Wasser, Überfischung und Klimaerwärmung zerstören Lebensräume.
- 2284 Seit März 2023 gibt es nun endlich ein UN-Hochsee-Schutzabkommen, dass es ermöglicht
2285 Hochseegewässer unter Schutz zu stellen. Die EU muss auf eine schnelle Ratifizierung des Abkommens
2286 drängen und sich dafür einsetzen, dass bis 2030 30 Prozent der weltweiten Meeresflächen unter
2287 Schutz gestellt werden.
- 2288 - Die Belastung der Meere durch Müllentsorgung, Stoffe aus der Landwirtschaft und der
2289 Industrie muss drastisch gemindert werden. Das Marpol-Übereinkommen ist eine Grundlage
2290 dafür. Verstöße müssen effektiver geahndet werden.
- 2291 - Mehr Plastik als Fische im Meer? Das müssen wir verhindern. Der Gebrauch von Plastik muss
2292 drastisch reduziert werden. Deutliche Reduzierung von Mikroplastik. **Abgaben auf**
2293 **Einwegverpackungen (umstritten in BTF).**
- 2294 - Kein Tiefseebergbau
- 2295 - Die EU muss durch verbindliche Standards und harte Sanktionen den Schutz der
2296 Meeresbiotope durchsetzen. Betroffene Regionen und Beschäftigte sollen bei der
2297 Ausgestaltung des Strukturwandels unterstützt werden. Fischereisubventionen müssen an
2298 nachhaltige, soziale und Tierschutz-Standards gekoppelt werden.
- 2299 - Wir wollen, dass der Fischfang wirksam reguliert wird: So, dass nicht mehr Fische gefischt
2300 werden, als nachwachsen können. So, dass die Lebensgrundlagen und die Arbeitsbedingungen
2301 der Menschen in und außerhalb der EU, auf den Schiffen und in den Fanggebieten gesichert
2302 werden.
- 2303 - Die Fischerei mit Stellnetzen und Schleppnetzen wollen wir verbieten. Die Fischerinnen und
2304 Fischer bei der Nutzung alternative Fangmethoden unterstützen.
- 2305 - Nur nachhaltige Aquakulturen sollen gefördert werden. Auch die Massentierhaltung im
2306 Wasser muss sozial- und ökologisch reguliert werden.
- 2307 - Der kommerzielle Walfang muss gestoppt werden. Die EU soll Einfluss auf Staaten wie
2308 Norwegen, Island und Japan nehmen, um die Bejagung der Wale zu beenden. Verstöße gegen
2309 das internationale Walfangverbot müssen bestraft werden.
- 2310 - Die Immissionsschutzbestimmungen für Wasserfahrzeuge und Infrastrukturprojekte müssen
2311 verschärft werden. Bei der technischen Umstellung ist eine Unterstützung der in der Region
2312 ansässigen und tätigen Betriebe der Fischerei erforderlich.

2313 **Für eine soziale und ökologische Ressourcen- und Abfallwirtschaft**

- 2314 Widerspruch zwischen kapitalistischer Verwertung und einer regionalen Kreislaufwirtschaft.
- 2315 Widerspruch zwischen Wachstumszwang und Recycling. Endlichkeit natürlicher Ressourcen. Soziale-
- 2316 und ökologische Bedingungen des Ressourcenabbaus.
- 2317 - Die globalen Ressourcen sind begrenzt; auch nachwachsende Rohstoffe benötigen Zeit zur
- 2318 Erneuerung. Wir müssen raus aus der Wegwerfgesellschaft, rein in eine Kreislaufwirtschaft.
- 2319 - Höhere Recyclingquoten
- 2320 - Wir wollen die Ökodesignvorgaben für Produkte erweitern, um Anforderungen an
- 2321 Lebensdauer, Update-, Upgrade-, Reparier-, Weiterverwend- und Recycelbarkeit zu schaffen.
- 2322 - Verbot von Müllexporten: Rund 33 Millionen Tonnen Abfall werden aus der EU exportiert. Oft
- 2323 landet der Müll in Ländern im globalen Süden, wo er unter dramatischen sozialen und
- 2324 ökologischen Bedingungen entsorgt und verarbeitet wird.
- 2325 - Bekämpfung illegaler Müllverschiffung, wie E-Waste
- 2326 - Einheitliches Pfandsystem für Einweg-Getränkeflaschen in der EU
- 2327 - Abfallbehandlung und Abfallentsorgung muss als Bestandteil der Daseinsvorsorge in die
- 2328 öffentliche Hand. Sie darf nicht privatisiert werden. Ist die Privatisierung bereits erfolgt,
- 2329 kämpft DIE LINKE für Rekommunalisierung.
- 2330 *Hierhin aus dem Wirtschaftskapitel kopiert, Abschnitte müssen noch synchronisiert werden: Verweis*
- 2331 *[Die folgenden Abschnitte zu Rohstoffen und Recycling können vielleicht noch sinnvoller an einem*
- 2332 *anderen Ort untergebracht werden, Recycling kommt noch mal nach dem Naturschutz; sie gehören*
- 2333 *allerdings thematisch auch zu Wirtschaftspolitik und Transformation. Insgesamt im Wirtschaftskapitel*
- 2334 *noch mal prüfen, wie die Sachen gut zueinander gebracht werden, wenn klar, in welcher Reihenfolge*
- 2335 *die Themen im Programm vorkommen sollen.]*
- 2336 **Für eine Rohstoffwende**
- 2337 DIE LINKE steht ein für eine soziale- und Ökologische Rohstoffwende. Die Produktion Grüner
- 2338 Technologien ist abhängig von vielen Rohstoffen, die es nicht in ausreichendem Maße in der EU gibt,
- 2339 bzw. die bisher nicht in der EU gefördert werden. Die EU ist besonders abhängig vom Import seltener
- 2340 Erden und Metallen.
- 2341 - Critical Raw Materials Act
- 2342 - Batterieverordnung
- 2343 - Forderung zu nachhaltigen Produktdesign
- 2344 - Die Recyclingquote von seltenen Erden und Metallen liegt in Deutschland unter 2
- 2345 - Wir wollen verbindliche soziale und ökologische Standards für den Abbau von Rohstoffen,
- 2346 verbunden mit einer Sorgfaltspflicht die entlang der Lieferketten sozialökologischen
- 2347 Haltelinien folgt. Dazu gehören auch Mineralien aus Konflikt- und Hochrisikogebieten und
- 2348 Produkten die solche Ressourcen enthalten. Unternehmen müssen dazu verpflichtet werden,
- 2349 öffentlich über soziale und ökologische Standards bei der Herstellung von ihnen verwendeten
- 2350 Ressourcen einen Bericht zu erstatten.
- 2351 - Die Dax-Konzerne wie beispielsweise VW müssen für Folgen Ihrer Geschäfte international zur
- 2352 Verantwortung gezogen werden können.
- 2353 - Die Massenproduktion grüner Technologie darf sich nicht auf der Ausbeutung der Natur und
- 2354 Menschen in den Ländern des Globalen Südens stützen. DIE LINKE setzt sich für ein starkes
- 2355 EU-Lieferkettengesetz ein. Entlang der gesamten Lieferkette müssen für Unternehmen

2356 verbindliche soziale- und ökologische Standards festgeschrieben und kontrolliert werden.
 2357 Unternehmen oder ihre Tochterfirmen, die diese Standards nicht einhalten, müssen haftbar
 2358 gemacht werden.

2359 **Regionale und globale Kreislaufwirtschaft**

2360 *#[Das Thema Recycling **kommt noch mal beim Naturschutz.** Hauptsächlich dort behandeln? Vielleicht*
 2361 *die Recyclingteile ins Rohstoffkapitel integrieren mit Verweis auf Abfallkapitel beim Naturschutz.*
 2362 *Stoffkreisläufe gehören thematisch durchaus zur Rohstofffrage und Industriepolitik.#*

2363 Kreislaufwirtschaft muss ein wichtiger Bestandteil einer zukunftsfähigen Wirtschaft der Europäischen
 2364 Union sein. Wir wollen die Ressourcen schützen und weniger Rohstoffe verbrauchen, den
 2365 Flächenverbrauch und den Abfall reduzieren.

- 2366 - Eine europaweite Abfallvermeidungsstrategie muss entwickelt werden.
- 2367 - Statt Wegwerfmentalität: Wiederverwendung, Reparatur und das Upcycling von Produkten
 2368 fördern. Recycling muss vor Ort stattfinden, es braucht Reparaturcafés in denen Menschen
 2369 wieder lernen können Dinge zu reparieren, aber auch Werkstätten und Reparaturdienste
- 2370 - Die Förderung von ökoeffizienten Produktdesigns sowie die Verantwortung der Hersteller für
 2371 die Entsorgung und das Upcycling ihrer Produkte müssen gestärkt werden
- 2372 - Kreislaufwirtschaft durch umweltfreundliche öffentliche Beschaffung stärken
- 2373 - Plastikmüllexporte in die Länder außerhalb der EU stoppen
- 2374 - Substitutionsgestützte Kreislaufwirtschaft, statt einer KMU gestützten Kreislauflogik

2375 **Wohin mit dem Geld?**

2376 **Haushalt, Maastricht/Konvergenz-Kriterien**

2377 Immer häufiger ist die EU gezwungen, mit den neoliberalen Prinzipien, auf denen sie ihre eigenen
 2378 Verträge gründet, zu brechen. Wir leben in einer offenen historischen Situation: Die politischen und
 2379 ökonomischen Eliten sind sich nicht darüber einig, ob sie den Neoliberalismus vor sich selbst
 2380 retten wollen oder ob den Übergang in einen stärker regulierten Kapitalismus anstreben sollen.

2381 Zur Bewältigung der Bewältigung der Corona-Krise hat die EU zusammen mit ihrem mehrjährigen
 2382 Finanzrahmen 2021-27 das NextGenerationEU Programm verabschiedet. Erstmals hat die EU nun
 2383 eigene Kredite, sogenannte Eurobonds, zu günstigen Konditionen auf den Finanzmärkten
 2384 aufgenommen, dies hilft schwächeren Staaten bei der Bewältigung der Krise. Das aber soll nur eine
 2385 Ausnahme sein. Insbesondere die Bundesregierung hat dabei auf die Bremse getreten, denn sie hat
 2386 darauf gedrungen, dass ein möglichst hoher Anteil der EUNextGeneration-Mittel nicht in Form von
 2387 direkten Hilfen, sondern in Form von Darlehen ausgezahlt wird. Das reicht aber bei weitem nicht aus,
 2388 um die bestehenden Krisen in der EU anzugehen und einen sozial-ökologischen Systemwechsel
 2389 einzuleiten.

2390 Gegenwärtig formuliert EU-Kommission den Haushalt der EU, doch noch immer hat das Europäische
 2391 Parlament keine eigenständige Kontrolle über den Haushalt der EU. Ohne die Zustimmung des Rates
 2392 der EU kann kein Haushalt vom Parlament verabschiedet werden. Das EU-Parlament darf in Fragen
 2393 des Haushaltes nicht länger vom Rat bevormundet werden.

2394 Die Probleme der EU und ihrer Mitgliedstaaten können jedoch nicht allein durch eine Ausweitung des
2395 EU-Haushaltes gelöst werden. Nationale haushaltspolitische Spielräume dürfen zum Beispiel nicht
2396 durch die neoliberalen Kriterien von Maastricht und den Stabilitäts- und Wachstumspakt beschnitten
2397 werden. Demnach dürfen Staaten sich jährlich mit nicht mehr als 3 Prozent ihres
2398 Bruttoinlandsproduktes verschulden und ihr Gesamtschuldenstand darf 60 Prozent nicht
2399 überschreiten. Dies engt den Handlungsspielraum für Soziales, für die Erneuerung von Infrastruktur
2400 ein. Das Ergebnis zeigt sich in renovierungsbedürftigen Schulen, zu wenig bezahlbarem Wohnraum
2401 und mangelhaftem öffentlichen Nahverkehr. Was über Generationen hält, muss nicht aus einem
2402 Haushaltsjahr finanziert werden, das ist volkswirtschaftlicher Unsinn. DIE LINKE hat die Kriterien von
2403 Maastricht immer kritisiert, im Zuge der Corona-Krise wurden sie ausgesetzt, weil sie an der Realität
2404 gescheitert sind. Zurzeit wird zwischen der EU-Kommission und den Mitgliedsstaaten über ihre
2405 zaghafte Reform verhandelt, damit sie 2024 wieder eingeführt werden können. Wir fordern ihre
2406 dauerhafte Aufhebung.

2407 Wir wollen eine EU, die für sozialen Fortschritt steht, über eine Politik der Vollbeschäftigung die
2408 Verhandlungsmacht der Beschäftigten stärkt und die den finanziellen Herausforderungen der
2409 Transformation zur CO₂-Neutralität gewachsen ist. Der Haushalt der EU und die nationalen Haushalte
2410 müssen dem genügen.

2411 - Der EU-Haushalt muss doppelt so groß sein, um die zahlreichen Krisen in der EU zu meistern
2412 und eine regional ausgeglichene Entwicklung zu ermöglichen.

2413 - Woher kommt das Geld: Wir wollen neue Steuern für transnationale und multinationale
2414 Konzerne einführen. Eine Finanztransaktionssteuer und eine Gesamtbesteuerung von
2415 Konzernen auf EU-Ebene durch die direkte Besteuerung von 25 Prozent der
2416 Unternehmensgewinne hilft dem Haushalt und hilft, die Steuern in der EU zu harmonisieren.

2417 - Wir wollen kein Geld für Frontex, PESCO und weitere ähnliche Rüstungsprogramme ausgeben.
2418 Stattdessen werden Gelder benötigt, um zivile Konfliktlösungen zu stärken – auch das Wissen
2419 und die Forschung dazu.

2420 - Wir wollen Strukturmittel der EU gezielt für den sozial-ökologische Umbau (europäischer
2421 Green New Deal) einsetzen und die Menschen und Regionen in der Konversion unterstützen:
2422 Umbau von Wirtschaft und Verkehr, von Energie und Landwirtschaft

2423 - Für das Erreichen der UN-Nachhaltigkeitsziele und für Geschlechtergerechtigkeit muss mehr
2424 Geld des EU Haushaltes eingesetzt werden.

2425 - Nicht nur die Frage „wofür“ ist wichtig, auch die Frage „wie“: Wo immer Mittel aus dem EU-
2426 Haushalt an die Erfüllung neoliberaler Benchmarks gebunden sind, dort gehört entweder
2427 diese Bindung aufgehoben oder die Benchmarks so definiert, dass sie den Einstieg in einen
2428 sozial-ökologische Umbau, Geschlechtergerechtigkeit und Beschäftigungsziele befördern und
2429 die Spaltung in Zentrum-Peripherie zu überwinden helfen.

2430 - Eine reformierte EU muss eigene Schulden aufnehmen können, für die sie selbst haftet.

2431 - Keine Rückkehr zu den ausgesetzten neoliberalen Maastricht-Kriterien auf dem Wege ihrer
2432 kosmetischen Reform.

2433 - Die Europäische Zentralbank soll den EU-Haushalt finanzieren dürfen.

2434 - Wir fordern, dass die neoliberalen EU-Verträge verändert werden.

2435 - Der Haushalt der EU soll (nur) vom Europäischen Parlament verabschiedet werden: Häufig
2436 agieren einige Nationalstaaten, wie die BRD, als nationale Bastionen neoliberal-
2437 wettbewerbstaatlicher Disziplin. Eine Demokratisierung der EU durch Übertragung
2438 haushalterischer Kompetenzen vom Rat an das Europäische Parlament wirkt der Konkurrenz
2439 der neoliberalen Wettbewerbsstaaten in der EU entgegen.

2440 **Banken, die der Gesellschaft dienen**

2441 Die Risiken im Finanzsystem sind nach wie vor sehr groß. Dies haben die internationalen Finanzkrisen
 2442 der vergangenen Jahrzehnte aber auch die jüngsten Bankenbeben (z.B. Notrettung und UBS-
 2443 Übernahme der Crédit Suisse) und die spektakulären Zusammenbrüche einzelner Finanzdienstleister
 2444 wie Wirecard eindrucksvoll vor Augen geführt. Im schlimmsten Fall kann eine Krise im Finanzsektor
 2445 ganze Staaten und Sozialsysteme in den Ruin stürzen. Im Einzelfall werden „nur“ Anleger oder
 2446 Kund*innen um Milliardenbeträge geschädigt und betrogen.

2447 Durch die Bankenrettungen sind viele Schulden der Banken auf die Haushalte übertragen und
 2448 sozialisiert worden. Die Verursacher der Krise blieben ungeschoren, ihre Gewinne werden in
 2449 Schönwetterphasen privatisiert. Daneben gehen im Krisenfall immer noch große Risiken von
 2450 hochkomplexen Finanzinstrumenten (z.B. Derivate höheren Grades) aus, mit denen
 2451 Finanzunternehmen betriebswirtschaftlich Geld verdienen können. Unter Normalbedingungen ist
 2452 hiermit kaum ein merklicher Nutzen für das Gemeinwesen verbunden. Auch 15 Jahre nach der Pleite
 2453 der Investmentbank Lehman-Brothers sind viele Maßnahmen, die während der Finanzkrise
 2454 versprochen wurden, nicht umgesetzt.

2455 - DIE LINKE will den Finanzsektor auf eine dienende Funktion für die Gesellschaft
 2456 zurechtstutzen. Die Finanzmärkte sollen in ihrer Dynamik entschleunigt und im Volumen
 2457 massiv geschrumpft werden. Hierzu gehören auch ein klares Verbot der Spekulation auf
 2458 Nahrungsmittel und unumgehbare Vorkehrungen wie strengere und höhere Positionslimits
 2459 beim Handel mit Agrarrohstoffderivaten.

2460 - Wenn immer größere Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge privat organisiert werden, dann
 2461 müssen Renditen erwirtschaftet werden, der Finanzmarkt übernimmt die Kontrolle. Wir
 2462 wollen Krankenhaus-, Pflege- und Immobilienkonzernen die Börsenzulassung entziehen.

2463 Die großen Investmentbanken mit ihren riskanten Geschäften können sich nach wie vor darauf
 2464 verlassen, dass sie auf Kosten der Steuerzahler gerettet werden. Die neu geschaffenen Instrumente
 2465 zur Abwicklung von Banken im Krisenfall, einschließlich des Bankenabwicklungsfonds, sind zur
 2466 praktischen Bewältigung akuter Schieflagen nicht realistisch ausgestaltet. Schon 2017 im Fall der
 2467 Liquiditätskrise der spanischen ‚Banco Popular‘ hat das Regime den Praxistest nicht bestanden. Es gibt
 2468 zu viele Ausnahmeregelung bei den Eigenkapitalanforderungen. Daneben entfalten die geschaffenen
 2469 Regeln keine präventive, d.h. vorbeugende Wirkung zur Verhinderung künftiger Bankenkrisen. Die
 2470 europäischen Banken sind immer noch zu groß und zu stark verknüpft mit anderen Sektoren, um in
 2471 die Pleite zu gehen wie jeder andere Betrieb, der nicht gut gewirtschaftet hat.

2472 - Wir wollen Banken verkleinern und das Investmentbanking abwickeln. Als ersten Schritt
 2473 wollen wir das Investmentbanking von den anderen Geschäftsbereichen isolieren. Alle Banken
 2474 werden auf ein solides, auf die Bedürfnisse der Gesellschaft und der Realwirtschaft bezogenes
 2475 Geschäftsmodell nach dem Vorbild der Sparkassen und Genossenschaftsbanken verpflichtet.
 2476 Zu diesem Geschäftsmodell gehören:

- 2477 1. Angebote im Bereich Zahlungsverkehr,
- 2478 2. einfachere und sichere Sparinstrumente und
- 2479 3. Finanzierung öffentlicher und privater Investitionen.

2480 - Europäische Einlagensicherung: DIE LINKE ist grundsätzlich für eine europäische
 2481 Einlagensicherung, aber nur für Institute und Einleger*innen von Banken ähnlichen Zuschnitts
 2482 und Risikoprofils in Europa. Seriöse, realwirtschaftlich-orientierte Banken sollen nicht für die
 2483 Spekulationsverluste internationaler Investmentbanken geradestehen müssen.

- 2484 - Vollständige Implementierung von Basel III Eigenkapitalvorschriften um die Finanzstabilität der
2485 Banken zu verbessern.

2486 **Geldwäsche und Finanzkriminalität wirksam bekämpfen, Oligarchen**
2487 **sanktionieren (noch Überschneidung mit Kapitel Steuern)**

2488 Geldwäsche und Subventionsbetrug wollen wir wirksamer bekämpfen und somit Steueroasen – auch
2489 »made in Germany« – austrocknen:

- 2490 - DIE LINKE fordert, den Wettlauf zur Steuervermeidung zu unterbinden. Wenn Gewinne in
2491 Niedrigsteuergebiete verschoben werden, müssen sie in den einzelnen Ländern, in denen der
2492 Konzern aktiv ist, nachversteuert werden. Konzerne müssen (stärker) am Ort ihrer
2493 wirtschaftlichen Aktivitäten und der Umsätze besteuert (=Quellensteuer) werden. Das gilt
2494 besonders für die Besteuerung von Übergewinnen.
- 2495 - Mit Quellensteuern von 50 Prozent auf alle Zahlungen (Dividenden, Zinsen und
2496 Lizenzabgaben) von Unternehmen, die in nicht kooperative Staaten abfließenden, machen wir
2497 Steuerflucht unattraktiv. Die Unternehmen dürfen sich die Steuer nur anrechnen, wenn alle
2498 steuerrelevanten Informationen offen gelegt werden.
- 2499 - DIE LINKE fordert den Aufbau einer Europäischen Finanzpolizei zur Bekämpfung von
2500 Steuerhinterziehung, Steuerbetrug, Geldwäsche und Korruption.
- 2501 - Europa braucht effektive Transparenzregeln, um bei der Suche nach schmutzigem Geld aus
2502 Kriminalität, Korruption und von russischen Oligarchen erfolgreich zu sein.
- 2503 - Es braucht eine europarechtliche Bestimmung, die der Öffentlichkeit Zugang zu Daten der
2504 nationalen Transparenzregister gewährt.
- 2505 - DIE LINKE setzt sich für eine schärfere Geldwäsche-Regulierung für den
2506 grenzüberschreitenden Online-Glücksspielmarkt ein. Hier wurde lange und viel verschlafen.

2507 **Europäische Geld- und Finanzpolitik**

- 2508 - DIE LINKE fordert eine Demokratisierung der Europäischen Zentralbank (EZB). Neben dem Ziel
2509 der Preisstabilität soll ihr Mandat auch auf Vollbeschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung
2510 erweitert werden. Ebenso muss der EZB die Finanzierung von Staatsausgaben ermöglicht
2511 werden, damit das künstliche Insolvenzrisiko von Euro-Staaten unterbunden wird. Schon eine
2512 Garantie der Staatsanleihen würde diese de-facto risikolos machen. Denn die EZB kann als
2513 Schöpferin der Währung in Euro niemals pleitegehen. Nur sie kann der Kreditgeber der letzten
2514 Instanz sein. Ein inflationäres Risiko besteht nicht, weil die EZB weiterhin ihrem Inflationsziel
2515 von 2 Prozent verpflichtet ist. Großbritannien und Kanada liefern den Beweis, dass das
2516 problemlos funktioniert. Dort verkaufen die Finanzminister Anleihen auch direkt an die
2517 Zentralbank.
- 2518 - Die EU-Verträge müssen geändert werden, um der EZB die Staatsfinanzierung zu ermöglichen.
- 2519 - Kurzfristig und auch heute bereits vertragskonform könnte diese Funktion auch durch den
2520 Ankauf von Anleihen der Europäischen Investitionsbank (EIB) sowie nationaler Förderbanken
2521 erfüllt werden.
- 2522 - In Zukunft sollen daher nur noch solche Finanztransaktionen, -dienstleistungen und -
2523 instrumente erlaubt sein, die auch einen gesamtwirtschaftlichen und/oder gesellschaftlichen
2524 Nutzen stiften. Statt wie bisher alle Finanzpraktiken zuzulassen, die nicht ausdrücklich
2525 verboten sind, müssen Finanzinstrumente in Zukunft eine ausdrückliche Zulassung durch
2526 einen »Finanz-TÜV« erhalten, bevor sie in Umlauf gebracht werden dürfen.

- 2527 - Wir wollen, dass die EZB demokratisch vom Europäischen Parlament kontrolliert wird und
 2528 nicht weiter den Einfluss von Finanzlobbyisten unterliegt. Gerade in Zeiten von Finanz- und
 2529 Wirtschaftskrisen sind Zentralbanken ein politischer Schlüsselakteur. Die Entscheidung
 2530 darüber, wie viel Geld gedruckt wird, wer dieses Geld bekommt und zu welchem Preis darf
 2531 nicht losgelöst sein von demokratischen Prozessen.
- 2532 - Zur Finanzierung des großen Bedarfs an öffentlichen Investitionen einschließlich des
 2533 ökonomischen Wiederaufbaus Europas nach der Corona-Pandemie und der Energiepreiskrise
 2534 soll das Instrument von Euro-Anleihen massiv ausgeweitet werden. Wenn die EZB diese
 2535 Anleihen garantiert, gibt es kein Haftungsrisiko. (ggf. Verweis auf Investitionen Kapitel)
- 2536 - In der Inflationskrise versucht die EZB durch Erhöhung des Leitzinses die Inflation zu
 2537 bekämpfen und schadet damit der Ökonomie mehr, als sie nutzt. So werden dringend
 2538 benötigte Investitionen gebremst, die Preise sinken allerdings nicht. Stattdessen muss die
 2539 Inflation fiskalpolitisch bekämpft werden. Übermäßig hohe Gewinne von Unternehmen in der
 2540 Krise müssen abgeschöpft werden.
- 2541 - DIE LINKE fordert eine Übergewinnsteuer auf alle Extraprofite in der Krise, nicht nur begrenzt
 2542 auf den Strommarkt. Angesichts des riesigen Bedarfs und der riesigen Extraprofite müssen die
 2543 Steuersätze für die Übergewinne erhöht werden. Mehr dazu im Kapitel Steuern.
- 2544 - Die Zinsen für Sparer*innen wollen wir an die Zinsen der Banken koppeln, damit diese den
 2545 steigenden Leitzins weitergeben und sich nicht an Sparerinnen und Sparern bereichern
 2546 können.

2547 Macht der Big Techs in die Schranken verweisen

- 2548 - Geld und Währung müssen Teil staatlicher Souveränität bleiben, eine schleichende
 2549 Privatisierung lehnen wir ab. Big- und Fintechs – bzw. ihre Plattformen müssen denselben
 2550 Regeln und Gesetzen unterworfen sein, wie sie für konventionelle Finanzdienstleister (z.B.
 2551 Banken und Versicherungen) gelten.
- 2552 - #klären?#DIE LINKE befürwortet die Einführung eines digitalen Euro durch die EZB. Der
 2553 digitale Euro soll ein von der EZB garantiertes gesetzliches Zahlungsmittel sein, das
 2554 Privatpersonen in begrenztem Maße und unverzinst auf Girokonten bei der EZB halten
 2555 können. Nur mit einer öffentlichen Alternative zu den Bezahlssystemen der großen Big-Tech
 2556 Konzerne lässt sich ihrer enormen Finanz-Technik- und Datenmacht entgegenwirken und
 2557 glaubwürdig ein europäisches Datenschutzniveau durchsetzen.

2558 Finanzverbraucherschutz

- 2559 - Der provisionsbasierte Vertrieb von Finanz- und Versicherungsprodukten soll abgeschafft
 2560 werden.

2561

2562 Finanztransaktionsteuer (ggf. besser / nur im Kapitel Steuern)

- 2563 - DIE LINKE fordert eine wirksame Finanztransaktionsteuer mit breiter Bemessungsgrundlage.
 2564 Bei jeder Finanztransaktion soll ein Steuersatz von 0,1 Prozent fällig werden. Ziel ist es diese
 2565 weltweit einzuführen. Bis dahin braucht es einen Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene.
- 2566 - Die Finanztransaktionsteuer trifft vor allem kurzfristige Großumsätze mit kleinen
 2567 Gewinnmargen und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung und Schrumpfung

2568 der Finanzmärkte. Insbesondere der computergestützte Hochfrequenzhandel hat keinerlei
2569 Nutzen für die Realwirtschaft und verbraucht Unmengen an Energie.

2570 **EU-Taxonomie und nachhaltige Geldanlagen**

- 2571 - DIE LINKE setzt sich für ein verbindliches Bewertungs- und Klassifikationssystem (Taxonomie)
2572 für Geldanlagen auf europäischer Ebene ein. Damit nachhaltige Geldanlagen transparent
2573 identifiziert werden können. Neben Klimaschutz müssen auch soziale Aspekte stärker als
2574 bisher berücksichtigt werden. Leitlinie sollten die Ziele der UN zur nachhaltigen Entwicklung
2575 (SDGs) sein.
- 2576 - Investitionen in Atom- oder Gasenergie sind nicht nachhaltig und müssen aus der EU-
2577 Taxonomie gestrichen werden. Auch Greenwashing mit der EU-Taxonomie, wie das
2578 Einbeziehen von konventionellen Schiffen oder Flugzeugen ist abzulehnen.
- 2579 - Öffentliche Banken, wie die Europäische Investitionsbank und die KfW sollen nur noch
2580 nachhaltige Investitionen tätigen dürfen. Die EZB darf nicht weiter Anleihen von Unternehmen
2581 mit hohen CO2-Emissionen aufkaufen und dadurch den Klimaschutz unterlaufen. Sie braucht
2582 starke soziale und ökologische Standards.

2583 **Digitalisierung**

2584 Mit ihrer Digitalstrategie will die EU die Entwicklung, Verbreitung und Anwendung digitaler
2585 Technologien auf allen Ebenen fördern und mit öffentlichen Geldern der EU und der Mitgliedsstaaten
2586 unterstützen. 134 Milliarden Euro stellt die EU für die Digitalwirtschaft aus der Aufbau- und
2587 Resilienzfazilität zur Verfügung, die als Antwort auf die Coronapandemie aufgestellt wurde. Leider
2588 geht es dabei nicht darum, endlich die öffentliche und soziale Infrastruktur wieder ausreichend zu
2589 finanzieren und eine regionale Strukturpolitik zu unterstützen. Sondern Ziel ist, der europäischen IT-
2590 Wirtschaft im internationalen Wettbewerb zu einer führenden Rolle zu verhelfen. Dazu sollen IT-
2591 Forschungszentren und Unternehmen gefördert werden, ausreichend Anwendungsgebiete
2592 erschlossen und Datenbestände nutzbar gemacht werden, um die Produktentwicklung zu ermöglichen
2593 und Märkte für diese Anwendungen zu schaffen. Europäische Unternehmen sollen den großen
2594 amerikanischen und chinesischen Platzhirschen Konkurrenz machen können. Ungebremst im Sinne
2595 der Konzerne droht eine zunehmende Überwachung, stärkere soziale Spaltung, ein Abbau sozialer
2596 Rechte und die weitere Aushöhlung öffentlicher Leistungen. Der hohe Energie- und
2597 Ressourcenverbrauch digitaler Anwendungen droht zudem den Klimakollaps weiter zu beschleunigen.
2598 Wir setzen uns für eine Digitalisierung ein, die auf die Lösung gesellschaftlicher Probleme ausgerichtet
2599 ist statt auf Profiterzielung, die soziale Infrastrukturen und Teilhabe aller stärkt, demokratische Räume
2600 erweitert und zur Bekämpfung des Klimawandels beiträgt.

2601 **Künstliche Intelligenz**

2602 Die Fortschritte bei maschineller Mustererkennung und maschinellem Lernen in den letzten Jahren
2603 waren immens. Die EU will mit ihrer KI-Strategie die Entwicklung und Verbreitung der Anwendung
2604 künstlicher Intelligenz fördern. Sie will in den nächsten 10 Jahren jährlich 1 Milliarde Euro in KI
2605 investieren, weiteres Geld soll aus den Mitgliedsstaaten kommen. Damit wollen die EU und die
2606 Mitgliedsstaaten die Entwicklung und den Markt für KI-Anwendungen unterstützen. Künstliche
2607 Intelligenz kann in einigen Feldern wie Krebserkennung, Pharmazie oder Astronomie wichtige und

2608 sinnvolle Fortschritte ermöglichen. Viele der in der Öffentlichkeit bekannten Anwendungen nützen
 2609 jedoch vor allem dem Profit der Unternehmen und haben nur geringen gesellschaftlichen Mehrwert;
 2610 gleichzeitig sind sie mit hohen Risiken behaftet. Zudem ist der Energieverbrauch für KI riesig. Wir
 2611 wollen gesellschaftlich nützliche KI-Anwendungen fördern. Sie werden von privaten Unternehmen oft
 2612 nicht verfolgt, weil sie ihnen keine oder zu geringe Gewinne versprechen. In anderen Bereichen wollen
 2613 wir KI-Einsatz beschränken oder verhindern.

- 2614 - Forschung zu gesellschaftlich nützlichen Anwendungen künstlicher Intelligenz fördern
- 2615 - Kritische Forschung zu Risiken künstlicher Intelligenz öffentlich finanzieren
- 2616 - Viel mehr Themen in Hochrisikobereiche als es die Kommission fasst. Hochrisikobereiche viel
 2617 strenger regulieren. [Muss noch genauer werden.]
- 2618 - Entscheidungen, die durch KI getroffen werden und Auswirkungen für Menschen haben,
 2619 müssen immer nachvollziehbar sein.
- 2620 - Automatisierte Gesichtserkennung und Verhaltensklassifikation in öffentlich zugänglichen
 2621 Räumen wollen wir verbieten. Ebenso Chatkontrolle.
- 2622 - Was zu KI im Bildungsbereich sagen?

2623 **Datenbewirtschaftung**

2624 Für die Entwicklung von KI und anderen digitalen Anwendungen sind riesige Datenbestände
 2625 erforderlich, mit denen die Programme geschult werden, Muster zu erkennen. Deshalb will die EU mit
 2626 ihrer Datenstrategie, Massen zusätzlicher Daten für die Forschung und die IT-Entwicklung nutzbar
 2627 machen. Dazu gehören unter anderem Gesundheitsdaten im Europäischen Gesundheitsdatenraum
 2628 (EHDS), Mobilitätsdaten, Daten aus öffentlichen Verwaltungen etc. Diese Daten sind teilweise
 2629 hochsensibel und berühren grundlegend den Schutz der Persönlichkeit. In den Händen von z.B.
 2630 Arbeitgebern oder Versicherungen können sie die Existenz von Menschen gefährden. In der Hand von
 2631 Medienkonzernen oder Überwachungsbehörden ermöglichen sie (schon jetzt) Manipulation und
 2632 gefährden Demokratie und Meinungsfreiheit. Die Sammlung, Aufbewahrung und Verwendung dieser
 2633 Daten muss deshalb im Sinne der Persönlichkeitsrechte und des Gemeinwohls streng begrenzt und
 2634 kontrolliert werden. Das steht in einem Spannungsverhältnis zum Interesse der Unternehmen,
 2635 möglich viele Daten für möglichst viele auch erst noch zu erkundende Anwendungen nutzbar machen
 2636 zu können. Und Unternehmen entwickeln damit nicht nur Sprachcomputer oder Krebsmedikamente.
 2637 Mit diese Daten entwickeln sie auch Geschäftsmodelle, um und neue Profitquellen in den öffentlichen
 2638 Haushalt zu erschließen und bisher öffentlich erbrachten Leistungen Konkurrenz zu machen (im
 2639 Verkehrsbereich z.B. Uber, Moia, BerlKönig &co). Den Schutz der Daten und die ausschließliche
 2640 Nutzung für gemeinwohlorientierte Zwecke wollen wir deshalb sicherstellen.

- 2641 - Datentreuhänder müssen vertrauenswürdig und sicher sein [Wie stellt man das sicher? Was
 2642 ist hier bisher der Stand der Kommission?]
- 2643 - Zweckbegrenzung der Datennutzung: Gesundheitsdaten bspw. dürfen nur für
 2644 Gesundheitsforschung, nicht für personalisierte Werbung genutzt werden.
- 2645 - Gemeinwohlklausel: Die Forschung muss dem Gemeinwohl dienen, nicht nur dem
 2646 Profitinteresse der Unternehmen.
- 2647 - Forschung zu gesellschaftlich wichtigen Fragen öffentlich finanzieren.

- 2648 - Die Ergebnisse öffentlich finanzierter Forschung müssen öffentlich zugänglich sein. Es darf
 2649 nicht sein, dass die Ergebnisse öffentlich geförderter Forschung patentgeschützt und teuer an
 2650 die Öffentlichkeit zurückverkauft werden.

2651 **Datenschutz und Grundrechte**

2652 Wir brauchen einen starken europäischen Datenschutz, der konsequent auf die Vermeidung von
 2653 Massendatenspeicherung bei staatlichen und privaten Akteuren setzt. Die
 2654 Datenschutzgrundverordnung hingegen will die Grundlagen für einen europäischen
 2655 Datenbinnenmarkt legen. Durch ihre Gleichbehandlung von digitalen Großkonzernen mit kleinen
 2656 Handwerksbetrieben und gemeinnützigen Vereinen hat sie dem Datenschutz einen Bärendienst
 2657 erwiesen. Wir wollen, dass die Europäische Union ein Regelwerk durchsetzt, das Beschäftigte und
 2658 Konsumierende in einer digitalisierten Weltwirtschaft in ihren Persönlichkeitsrechten stärkt und vor
 2659 Manipulation, Ausbeutung und Betrug schützt. In einem zweiten Schritt werden wir uns für die
 2660 Schaffung eines internationalen Datenschutzsystems einsetzen. [Diese Einleitung ist noch ein bisschen
 2661 allgemein und nicht ganz auf der Höhe der Überwachungspraktiken und der Datenstrategie der EU.
 2662 Auf Digital Services Act und linke Kritik daran eingehen]

- 2663 - Wir wollen verhindern, dass die Bürger*innen mehr und mehr zu Objekten von Datenhandel,
 2664 datengestützten Analysen ihres Verhaltens und Ausbeutung ihrer persönlichen Daten zu
 2665 Profit- bzw. Machtzwecken werden. [Wie machen wir das?]

- 2666 - Private elektronische Kommunikation (ePrivacy-Verordnung) muss stärker geschützt werden.
 2667 Chatkontrolle lehnen wir ab.

- 2668 - Die Menschen dürfen nicht Objekt staatlicher Datenausspähung werden. Die EU muss sich
 2669 zum Prinzip der Gewaltenteilung und der Trennung von Polizei, Geheimdiensten und Militär
 2670 bekennen und dieses verteidigen. Datenaustausch zwischen Strafverfolgungsbehörden muss
 2671 auf eine rechtsstaatliche Basis gestellt [Genauer fassen, nicht nur rechtsstaatliche Basis,
 2672 sondern auch Eindämmen?] und die Rechte der Betroffenen müssen gestärkt werden.

- 2673 - Automatisierte Gesichtserkennung und Verhaltensklassifikation in öffentlich zugänglichen
 2674 Räumen verbieten [steht auch schon bei KI und bei Antidiskriminierung, ggf. nur einmal
 2675 aufzählen]

- 2676 - Wir fordern die Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung und die anlasslose Speicherung von
 2677 Fluggastdaten sowie des neuen Ein- und Ausreisensystem für visumfrei Reisende. In der EU
 2678 existieren mit dem Visum-Informationssystem, dem Schengener Informationssystem und den
 2679 nationalen Fluggastdatensystemen bereits Register zu hundert Millionen Menschen, die in der
 2680 Vergangenheit in die EU eingereist sind. Mit einem neuen System zur Registrierung aller
 2681 Personen, die visumfrei in die EU einreisen können und einem weiteren System, in dem alle
 2682 Einreisen und die Gültigkeitsdauer von Einreise- und Aufenthaltserlaubnissen gespeichert
 2683 werden kommen weitere Datenspeicher mit hunderten Millionen Datensätzen hinzu. Sie
 2684 enthalten alle biometrische Daten und werden unter dem Schlagwort der
 2685 „Interoperabilität“ miteinander verknüpft. Auf diese Daten haben Polizei und Geheimdienste
 2686 Zugriff. Schon die schiere Menge dieser Daten macht den formal geltenden Datenschutz zur
 2687 Farce.

- 2688 - Anwendungen der Künstlichen Intelligenz werden bereits umfangreich im Bereich Migration,
 2689 Asyl sowie Grenzkontrollen entwickelt und eingesetzt. Ihr Einsatz führt häufig zu massivsten
 2690 Eingriffen in die Grundrechte der Betroffenen (Recht auf Privatsphäre, Datenschutz
 2691 und Verfahrensrechte). Deshalb: Konsequentes Verbot von KI-gestützten Systemen zur
 2692 individuellen Risikobewertung und -profilierung im Bereich Migration; Konsequentes Verbot
 2693 von KI-gestützten vorhersagenden (predictive) Analysensystemen in den Bereichen Migration,

- 2694 Asyl und Grenzkontrolle zum Zweck der Unterbindung, Einschränkung und Verhinderung von
 2695 Migration; konsequentes Verbot der biometrischen Fernidentifikation in
 2696 öffentlich zugänglichen Räumen; konsequentes Verbot der biometrischen Kategorisierung in
 2697 öffentlich zugänglichen Räumen sowie jeglicher diskriminierender
 2698 biometrischer Kategorisierung.
- 2699 - Illegal erworbene Daten, wie beim von der französischen Gendarmerie gehackten
 2700 Kommunikationsanbieter EncroChat, dürfen in Deutschland und der EU nicht gerichtlich
 2701 verwendet werden.
- 2702 - Hasskriminalität und illegale Online-Inhalte [genauer sagen, welche wir meinen] müssen
 2703 bekämpft werden. Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz in Deutschland lehnen wir genauso ab
 2704 wie ähnliche Pläne in der EU. Der Rechtsschutz für Betroffene muss gewahrt werden. Privaten
 2705 Anbietern von Plattformen und sozialen Netzwerken darf nicht das Recht übertragen werden,
 2706 über entsprechende Inhalte zu entscheiden.
- 2707 - Neue Technologien wie Künstliche Intelligenz brauchen Technik- und
 2708 Grundrechtfolgenabschätzung durch Dritte, bevor neue Systeme in die Gesellschaft
 2709 eingeführt werden.
- 2710 - Export von Überwachungstechnologien und Technologien, die als Waffe zum Einsatz kommen
 2711 können, verbieten
- 2712 - Entwicklung, Produktion und Verwendung insbesondere von vollautonomen Waffen müssen
 2713 verboten werden und vollautonome Waffensysteme international geächtet werden

2714 IT- und Datensicherheit

2715 Immer mehr Vorgänge erfolgen digital und von Verbraucher*innen und Anbieter*innen von
 2716 Dienstleistungen (Ärzte, Bibliotheken, Behörden etc) wird erwartet, digitale Systeme zu nutzen. Die
 2717 Sicherheit dieser Systeme und damit der darin anfallenden Daten darf dabei nicht von der
 2718 Technikkompetenz oder vom Geldbeutel der Anwender*innen abhängen. Vielmehr ist es eine
 2719 gesellschaftliche Aufgabe, die Sicherheit dieser Systeme und der Daten von Anfang an zu
 2720 gewährleisten, um zuverlässigen Datenschutz für alle zu ermöglichen und die digitale Spaltung nicht
 2721 noch weiter zu vertiefen.

2722 [Wie ist hier der Stand mit EU-Cybersicherheitsstrategie, ist das schon auf dem Weg?]

- 2723 - Datensicherheit bei design und by default als Zulassungsbedingung für den europäischen
 2724 Markt
- 2725 - Verpflichtende Sicherheitsupdates für die Lebensdauer der Geräte, Mindestgarantiepflicht
 2726 von 5 Jahren in Abhängigkeit von der Art des Gerätes (Smartphone oder Waschmaschine etc.)
- 2727 - Ankauf von Sicherheitslücken und Ausnutzen von Sicherheitslücken durch Geheimdienste,
 2728 Polizeibehörden u.a. verbieten
- 2729 - IT-Sicherheitsforschung entkriminalisieren, d.h. Hacking wenn es zum Zweck der Verbesserung
 2730 der IT-Sicherheit erfolgt
- 2731 - Open Source Entwicklung fördern, da dabei Sicherheitslücken schneller erkannt und behoben
 2732 werden können

2733 Beschäftigte schützen

2734 Durch die Digitalisierung von immer mehr Produktionsprozessen, die Nutzung von Computersystemen
 2735 und zunehmend Anwendungen künstlicher Intelligenz in vielen Verwaltungsbereichen, erhält der
 2736 Schutz von Beschäftigten eine neue Dringlichkeit. Denn digitale Vorgänge hinterlassen Daten, die
 2737 umfassende Rückschlüsse auf die Person des Arbeitenden ermöglichen. Der Schutz der
 2738 Persönlichkeitsrechte der Beschäftigten sowie noch dringender der Schutz vor unzulässigen
 2739 Verhaltens- und Leistungskontrollen und die Begrenzung der Steuerung des Verhaltens von
 2740 Beschäftigten sind Voraussetzung für den Erhalt einer menschenwürdigen Arbeitswelt, in der digitale
 2741 Anwendungen Unterstützung für Beschäftigte sind und nicht nur Mittel zur Profitsteigerung für die
 2742 Unternehmer.

2743 - Beschäftigtendatenschutz umfassend regeln (wofür dürfen Produktionsdaten verwendet
 2744 werden, und wofür nicht und wie wird das sichergestellt); Einsatz von Key Loggern und
 2745 anderen Überwachungstechnologien verbieten [die bewegen sich vielfach an der Schnittstelle
 2746 von „Arbeitsoptimierung“ und Überwachung, genau wie die ganzen Handscanner etc. -
 2747 „Verbieten“ ist also wahrscheinlich keine ausreichende Regelung, mehr ein (wichtiges)
 2748 Symbol. Noch genauer klären.]

2749 - Betriebsbegriff und Arbeitnehmerbegriff an die Realität von kapitalistischer Plattformarbeit
 2750 anpassen. Die über Plattformen Beschäftigten müssen die selben Arbeitsrechte, den selben
 2751 Sozialversicherungsschutz erhalten wie in herkömmlichen Betrieben Beschäftigte. Dazu muss
 2752 ein EU-Rahmen zum Thema Crowdfunding geschaffen werden, damit Mindestlöhne,
 2753 Arbeitszeitregulierung, Sozialversicherung, Rentenversicherung, Besteuerung etc. weder
 2754 ausgehöhlt noch umgangen werden können.

2755 - Digitale Überwachung von Betriebsräten verhindern

2756 **Die Macht der Konzerne begrenzen**

2757 - Interoperabilität, offene Schnittstellen, Portabilität der Daten sicherstellen, um Lock-in und
 2758 damit Tendenz natürlicher Monopole zu vermeiden, und alternativen Anbietern
 2759 Marktchancen zu eröffnen.

2760 - Für die öffentliche Hand und öffentliche Unternehmen muss gelten: Public money, public
 2761 code. Open Source fördern.

2762 - Öffentliche und genossenschaftliche Plattformen für z.B. Zimmervermietung („FairBnB“)
 2763 fördern als soziale Alternative zu den Konzernen

2764 - Eine öffentlich finanzierte App, die Mobilitätsangebote europaweit zusammenbringt und für
 2765 alle Menschen nutzbar macht. Der steigenden Abhängigkeit von Google Maps und anderen
 2766 Produkten gewinnorientierter Internetkonzerne setzen wir damit gemeinwohlorientierte
 2767 Dienstleistungen entgegen.

2768 - [Besteuerung von IT-Konzernen besser zum Steuerkapitel, hier nur kurz verweisen]

2769 - Abschreibungsregeln für immaterielle Vermögenswerte und Steuergutschriften für
 2770 Forschungsausgaben müssen europaweit soweit angeglichen werden, dass Digital-
 2771 unternehmen Steuern in selber Höhe zahlen wie die anderen Unternehmen.

2772 - Profite müssen auch in den Ländern besteuert werden, in denen die Nutzer*innen der
 2773 Digitaldienste sie nutzen (Virtuelle Betriebsstätte).

2774 **Teilhabe sichern für alle**

- 2775 Kein Netz auf dem Land, weil flächendeckender Ausbau für die privaten Anbietern nicht profitabel ist.
 2776 Kein Datenvolumen mehr, weil das Geld nicht reicht. Kein sicheres und d.h. ausreichend neues
 2777 Smartphone, auf dem man private Daten im Internet eingeben sollte. Auch lernt nicht jeder bei seiner
 2778 Arbeit den Umgang mit Computer und dem Internet. Es gibt viele Gründe, warum digitale Angebote
 2779 gesellschaftliche Teilhabe für Menschen erschweren können. Wir wollen, dass die soziale Spaltung
 2780 nicht weiter vertieft, sondern verringert wird!
- 2781 - Netzausbau und Netzinfrastruktur in öffentliche Hand
 - 2782 - Kosten für Geräte, Anschluss/Datenvolumen in Regelsätzen der Grundsicherung
 2783 berücksichtigen ODER: kostenfreier Internetzugang (BTWP21)
 - 2784 - Flächendeckend Unterstützungsangebote für Internetzugang finanzieren. d.h. nicht nur
 2785 Geräte, sondern auch Personen, die dabei helfen können, Formulare im Internet auszufüllen
 2786 und ähnliches (—> siehe soziale Zentren)
 - 2787 - Fortbildungen zu Computer- und Internetnutzung flächendeckend (kostenfrei?) anbieten und
 2788 finanzieren
 - 2789 - Analoge Möglichkeiten müssen stets vorhanden sein, Anträge beim Amt abzugeben, Anfragen
 2790 beim Kundenservice zu stellen, Karten fürs Schwimmbad, die Bahn oder das Kino zu
 2791 bekommen. Sie dürfen nicht durch zusätzliche Gebühren oder ähnliches erschwert werden.
 2792 Menschen müssen insbesondere bei Ämter oder Ärzten u.ä. unkompliziert die Möglichkeit
 2793 haben, mit einem Menschen ihr Anliegen zu besprechen und Unterstützung zu bekommen.

2794 Nachhaltige Digitalisierung

- 2795 Digitale Anwendungen und Geräte verbrauchen sehr viel Strom und benötigen für die Herstellung
 2796 viele Rohstoffe, die meist in Ländern des globalen Südens unter ausbeuterischen,
 2797 umweltschädigenden Bedingungen und unter Missachte der Arbeitsrechte der Beschäftigten erzeugt
 2798 werden. Das betrifft auch die Herstellung der Geräte selbst. Menschenrechte, Beschäftigtenrechte
 2799 und Umwelt- und Klimaschutzanforderungen müssen weltweit eingehalten werden. Um den durch
 2800 weitere Digitalisierung zu erwartenden steigenden Strombedarf ökologisch zu erzeugen, sind sehr
 2801 viele zusätzliche Windkraftanlagen und Solarfelder erforderlich, die zu ihrer Herstellung ebenfalls viele
 2802 Rohstoffe und Energie, und zum Betrieb viele Flächen verbrauchen. Effizienzgewinne bei Geräten
 2803 wurden bisher stets durch zusätzliche neue Geräte und Anwendungen überkompensiert (Rebound-
 2804 Effekt). Deshalb brauchen wir auch eine ernsthaft Auseinandersetzung darüber, in welchen Bereichen
 2805 Digitalisierung das Leben von Menschen und unsere Zukunft verbessert, und in welchen sie das nicht
 2806 tut.
- 2807 - Energieverbrauch digitaler Anwendungen reduzieren durch Datensparsamkeit, verpflichtende
 2808 energiesparende Standardeinstellungen u.ä.
 - 2809 - Abwärme von Rechenzentren muss verpflichtend in Wärmenetze eingespeist werden. Das
 2810 muss bei der Standortplanung von vorn herein berücksichtigt werden.
 - 2811 - Langlebigkeit, Reparierbarkeit, Nachnutzbarkeit verbindlich festschreiben. Garantiepfllichten
 2812 auf mindestens 5 Jahre erhöhen.
 - 2813 - Lieferkettengesetz verschärfen, Hersteller müssen für die Einhaltung von Sozial-, Umwelt- und
 2814 Arbeitsschutzstandards haftbar gemacht werden.
 - 2815 - Für die Energiewende und Digitalwirtschaft benötigte endliche Rohstoffe und seltene Erden
 2816 müssen durch ökologisch weniger bedenkliche Rohstoffe ersetzt werden und entsprechende
 2817 Forschung dazu stark gefördert werden. Beispiel: Ersatz von Lithium durch Natrium in Akkus.

2818 **Digitalisierung und Künstliche Intelligenz in der Bildung regulieren**

2819 Im Oktober 2020 wurde ein Bericht zur Bildung unter den Erfahrungen der Covid19-Pandemie vom
2820 Europäischen Parlament verabschiedet. Der Bericht verwies darauf, dass sich die sozialen
2821 Unterschiede, die in den Bildungssystemen der Länder kaum abgebaut wurden, durch die Pandemie
2822 noch verschärft haben. Bis zu 32 Prozent aller Lernenden waren im Frühjahr 2020 zeitweilig von den
2823 Bildungsprozessen mitten in Europa abgeschnitten. Fehlende Hardware für digitales Lernen,
2824 mangelnde digitalen Infrastrukturen, z.B. in ländlichen Gebieten, markieren zu den Hohezeiten der
2825 Corona-Pandemie nur einige Verwerfungen, die bis heute die schulische Bildung, Lehrausbildungen,
2826 Weiterbildung und Formen der informellen Bildung erschweren.

2827 Die Pandemie offenbarte: 43 Prozent der Unionsbürger*innen fehlen grundlegende digitale
2828 Kompetenzen, darunter Schüler*innen und Lehrer*innen. Es ist dringend, die Lücken in der Bildungs-
2829 wie in der digitalen Infrastruktur europaweit in Daten zu erfassen, **um die Schritte für einen**
2830 **gemeinsamen europäischen Bildungsraum bis 2025 endlich in Angriff zu nehmen.** [#Noch
2831 konkretisieren, wie wir uns zu diesem Projekt der EU genau stellen.]

2832 Auch beim Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Klassenzimmer oder im Seminarraum muss viel
2833 passieren: Von diskriminierenden Prüfungsüberwachungssystem (*e-proctoring*) bis zum *social scoring*
2834 sind Probleme offensichtlich, die inklusives und diskriminierungsfreies Lernen bedrohen. Als LINKE
2835 haben wir im Europaparlament dafür gestritten, dass der Bildungsbereich als Hochrisikobereich
2836 überhaupt eingestuft wurde, damit er einer politischen Regulierung unterliegen wird. Hier wollen wir
2837 ansetzen in den kommenden Auseinandersetzungen um die Regulierung des Einsatzes von Künstlicher
2838 Intelligenz; die Basis des KI-Gesetzes ist technologisch längst überholt.

2839 **#Forderungen#**

2840 **Nicht hier: Chipproduktion**

2841 **(besser zu Industriepolitik, da es mehr um Lieferketten für die Autoindustrie geht und Industriepolitik**
2842 **für Digitalwirtschaft eher über KI-Förderung etc läuft)**

2843 **Räte und Demokratie**

2844 Die Krise der EU heute ist vor allem eine soziale und institutionelle Krise. Die ungelöste
2845 Herausforderung eines menschenrechtskonformen Systems zur Aufnahme von Geflüchteten und
2846 Gewährung von Asyl, der länderweit unterschiedliche Kampf gegen die Corona-Pandemie und die
2847 Ausnahmeregelungen bei Sanktionen auf Grund des Drucks einzelner Staaten belegen das Fehlen
2848 einer gemeinsamen gerechten Perspektive und gemeinsamer politischer Handlungsfähigkeit eines auf
2849 innere Konkurrenz ausgelegten politischen Regulierungsrahmens in der EU.

2850 Die demokratische Pluralität des Parlaments wird so unterminiert. Die Entscheidungsmacht des
2851 Parlaments muss gestärkt werden gegen die Macht der Kommission, des Rats der EU und des
2852 Europäischen Rats. DIE LINKE kämpft für ein Europäisches Parlament, in dem es wirklich etwas zu
2853 entscheiden gibt.

2854 **Das Europäische Parlament stärken**

2855 Wir wollen das Europäische Parlament zu einem vollwertigen Parlament und einer starken,
 2856 demokratischen Vertretung der Bevölkerung machen. Die gewählten Mitglieder haben bisher nur
 2857 begrenzte Befugnisse zur Kontrolle der Herrschenden. Die Abgeordneten können keine eigenen
 2858 unabhängigen Gesetzentwürfe einführen, unterliegen jedoch dem Initiativrecht der Kommission. Und
 2859 zuallererst ist das EP durch die europäischen Verträge beschränkt. Dies bedeutet jedoch nicht, dass
 2860 die Arbeit des Parlaments irrelevant ist. Innerhalb der engen Grenzen des Vertrags gibt es einen
 2861 gewissen Spielraum, die Bedingungen in die eine oder andere Richtung zu lenken.

2862 - Das Europäische Parlament muss ein uneingeschränktes Initiativrecht bekommen, damit es
 2863 selbst Gesetzesprozesse anstoßen und so Politik entwickeln kann.

2864 - Im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion soll das EP gleichberechtigt zu Rat und
 2865 Eurogruppe entscheiden können.

2866 - Nur das Europäische Parlament soll die Kommission und ihre Präsident*in vorschlagen,
 2867 wählen und abwählen können.

2868 - Das Europäische Parlament soll für seine Zuständigkeiten ein alleiniges Haushaltsrecht
 2869 bekommen.

2870 - Die EZB muss unter demokratische Entscheidungen und Kontrolle des Europäischen
 2871 Parlaments gestellt werden eine menschenrechtliche Kontrolle von Frontex, Europol und der
 2872 Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu erreichen.

2873 - Die EU muss der Menschenrechtskonvention endlich beitreten. Außerdem muss sie um das
 2874 Recht auf Asyl und Schutz auf der Flucht ergänzt und für jeden Mitgliedstaat der EU
 2875 verbindlich geregelt werden.

2876 - Soziale Grundrechte müssen – entsprechend der revidierten Europäischen Sozialcharta des
 2877 Europarates – von einzelnen Personen auch beim Europäischen Gerichtshof einklagbar sein.

2878 - Wir wollen die Grundrechte in Europa stärken: Keine verdachtsunabhängige
 2879 Datenspeicherung und kein Profiling. Die Erhebung, Verarbeitung und das Teilen von
 2880 personenbezogenen Daten in und zwischen europäischen und nationalen Behörden muss auf
 2881 ein nötiges Minimum beschränkt sein.

2882 - Um eine Verletzung der Grundrechte zu verhindern und den Schutz der Privatsphäre aller
 2883 Personen zu gewährleisten, einschließlich Migrant*innen, Frauen und People of Color, fordern
 2884 wir ein europaweites Verbot für die Verwendung von Gesichtserkennungstechnologie im
 2885 öffentlichen Raum, da die Gesichtserkennung anfällig für Ungenauigkeiten, Diskriminierung
 2886 und Identitätsbetrug ist.

2887 - Wir wollen, dass die Lage von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten in der EU
 2888 regelmäßig länderspezifisch evaluiert und Verstöße sanktioniert werden.

2889 - Explizit für den Rechtsstaatsmechanismus: EU-Mittel werden nur an Staaten ausgereicht, die
 2890 die EU-Werte achten.
 2891 [https://www.dielinke-europa.eu/de/article/13261.wer-der-eu-beitritt-muss-ihre-grundwerte-](https://www.dielinke-europa.eu/de/article/13261.wer-der-eu-beitritt-muss-ihre-grundwerte-respektieren-ohne-wenn-und-aber.html)
 2892 [respektieren-ohne-wenn-und-aber.html](https://www.dielinke-europa.eu/de/article/13261.wer-der-eu-beitritt-muss-ihre-grundwerte-respektieren-ohne-wenn-und-aber.html)

2893 **Wahlberechtigte (ggf zusammenführen mit Abschnitt vorher)**

2894 - Wir fordern ein gemeinsames EU-Wahlrecht mit einem aktiven und passiven Wahlrecht für
 2895 alle, die dauerhaft in der EU leben.

2896 - # Wir fordern die Zulassung von EU-Listen für das Europäische Parlament, damit sich die
 2897 Bürger*innen europaweit organisieren und abstimmen können#is schon auf dem Weg?#?

2898 - Wahlalter unter 16 absenken?

2899 **Damit Bewegung reinkommt: mehr Bürgerinitiativen**

2900 78 Prozent aller europäischen Bürger*innen wünschen sich mehr Mitsprache bei
2901 Entscheidungsfindungen in der EU.

2902 Seit 2013 hat es außer der Glyphosat-Initiative und einer Initiative für ein Verbot der Pelztierzucht
2903 2023 keine EU-Bürgerinitiative mehr geschafft, die hohen bürokratischen Hürden zu nehmen. Es klafft
2904 eine Lücke zwischen der Beteiligungsrhetorik und den Maßnahmen, die tatsächlich ergriffen werden.

2905 - Bürger*innen in der EU sollen das Recht erhalten, über Volksentscheide und Volksbegehren
2906 konkrete EU-Politik mitzugestalten und Gesetze zu initiieren

2907 - Die Europäische Bürgerinitiative muss zu einer vollgültigen EU-Bürgergesetzgebung ausgebaut
2908 werden, die den Initiator*innen das Recht gibt, ein EU-Bürgerbegehren durchzuführen und
2909 eine EU-weite Volksabstimmung anzustreben, wenn das Parlament ihre Initiative abgelehnt
2910 hat.

2911 - Eine EU-Beteiligungsinfrastruktur braucht einen zentralen Online-Hub für alle
2912 Beteiligungsinstrumente, über den alle Beteiligungsinstrumente erreichbar sind, erklärt
2913 werden und über den die Bürger*innen sich vernetzen können.

2914 **Neustart und neue Verfassung für die EU**

2915 DIE LINKE will einen Neustart der Europäischen Union. Die Verträge von Maastricht und Lissabon
2916 haben den Neoliberalismus in die Grundlagen der EU eingeschrieben. Wir brauchen eine friedliche,
2917 soziale und demokratische EU: mit neuen Verträgen, neuen Strukturen, neuen Hoffnungen. Die Angst,
2918 dass eine Öffnung der Verträge auch gleichzeitig eine Militarisierung oder Zementierung des
2919 neoliberalen Rahmens bewirken könnte, ist berechtigt. Eine neue Verfassung kann nur von und mit
2920 den Menschen, sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, in Europa entwickelt
2921 werden

2922 - Soziale Grundrechte müssen – entsprechend der revidierten Europäischen Sozialcharta des
2923 Europarates – von einzelnen Personen auch beim Europäischen Gerichtshof einklagbar sein

2924 - Seit 2010 ist die EU verpflichtet, der Europäischen Menschenrechtskonvention beizutreten

2925 - Die Urteile des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes müssen vollständig umgesetzt
2926 werden

2927 - Die Menschenrechtskonvention muss um das Recht auf Asyl und Schutz auf der Flucht sowie
2928 das Recht auf Kriegsdienstverweigerung sowie Umweltschutz ergänzt und für jeden
2929 Mitgliedstaat der EU verbindlich geregelt werden

2930 **EU-Erweiterung**

2931 - Wir wollen, dass sich aktuelle und kommende EU-Beitrittskandidaten ohne Vorbehalt zu
2932 Demokratie und Menschenrechten bekennen. Das gilt insbesondere für den
2933 Beitrittskandidaten Türkei. Die aktuelle Regierung der Türkei muss die Urteile des
2934 Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte umsetzen, Demokratie und Meinungsfreiheit
2935 garantieren, die Verfolgung der demokratischen Opposition beenden sowie alle inhaftierten
2936 Parlamentarier*innen und Bürgermeister*innen der oppositionellen kurdischen Partei HDP
2937 freilassen.

- 2938 - #klären#: Einem Beitritt der Ukraine stehen wir ... gegenüber, sofern in der Ukraine Frieden ist
 2939 und wenn sie im Rahmen der EU nicht als Aufmarschgebiet für die geplante EU-Armee genutzt
 2940 wird. #
- 2941 - Die Bürger*innen der Beitrittskandidaten müssen über den Beitritt in die EU in
 2942 Volksentscheiden abstimmen können.
- 2943 - Neoliberale Wirtschaftsreformen umzusetzen sollen keine Voraussetzung für
 2944 Beitrittskandidaten sein.

2945 Lobbyismus

- 2946 Ein freiwilliges EU-Lobbyregister gibt es seit 2008. Ein verbindliches Lobbyregister scheiterte aber
 2947 bislang am Widerstand an der der Mehrheit der Christ- und Sozialdemokraten in EU Parlament und
 2948 Europäischem Rat .
- 2949 - DIE LINKE fordert für die EU wie auch für die Bundesrepublik verbindliche, digital lesbare
 2950 Lobby- und Transparenzregister
- 2951 - Wir fordern eine strikte Wartezeit für Mitglieder der Europäischen Kommissionen (EU-
 2952 kommissar*innen), die nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt in privatwirtschaftlich
 2953 organisierte Unternehmen wechseln, mit deren wirtschaftlichen Interessen sie zuvor politisch
 2954 befasst waren

2955 Kultur und Medien

- 2956 Mit dem Gesetz über Digitalen Dienste (DSA), dem Implementierungsbericht zur Audio-Visuellen
 2957 Mediendienste-Richtlinie und weiteren Gesetzen und Berichten versucht die EU den Schattenseiten
 2958 einer schwer regulierbaren Medienlandschaft und drastisch sinkender Medienfreiheit in einigen
 2959 Mitgliedstaaten beizukommen.
- 2960 - DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Fake-News, Hassreden, SLAPP (Strategische Klagen gegen
 2961 öffentliche Beteiligung), mangelnder Jugendschutz und unzureichender Zugang für Menschen
 2962 mit Behinderungen der Vergangenheit angehören.
- 2963 - DIE LINKE fordert, die noch immer unzureichende Regulierung von Werbung in der
 2964 Medienbranche fair zu regeln.
- 2965 - Investitionsverpflichtungen und die bessere Auffindbarkeit Europäischer fiktionaler wie
 2966 dokumentarischer Produktionen sollten europaweit auf der Basis eines best-practice-
 2967 Austauschs qualifiziert werden.
- 2968 - Wir wollen die Position der Kreativen gegenüber den Verwertern ihrer Leistungen deutlich
 2969 stärken, ihre gerechte Vergütung und gute Arbeitsbedingungen absichern.
- 2970 - Unser Ziel ist eine Kultur des Teilens und den freien Zugang zu und Umgang mit Wissen und
 2971 Kultur absichern – dazu gehören eine weitgehende Fair-Use-Regelung, eine Verkürzung der
 2972 Schutzfristen und Schrankenregelungen für Wissenschaft und Bildung. 2015 wurde eine
 2973 europäische Verordnung zur Netzneutralität verabschiedet. Internetunternehmen europaweit
 2974 unterlaufen sie weitgehend straffrei.
- 2975 Viele Kreative sind von der Pandemie in die Erwerbslosigkeit und Transferbezug gedrängt worden. Die
 2976 Arbeitsverhältnisse der Kreativen müssen krisenfest und nach gewerkschaftlichen Standards geregelt
 2977 werden.

- 2978 - Die europäischen Rahmenbedingungen für die Rechte kreativen Arbeiter*innen müssen per
2979 Gesetz geregelt werden
- 2980 - Keine Doppelbesteuerungen bei grenzüberschreitendem Arbeiten für gemeinsame
2981 Produktionen
- 2982 - Die Programmgeber für das Programm Kreative Europe müssen der aktuellen Krisenlage
2983 endlich angepasst werden

2984 Bildung

2985 Erasmus+, das Flaggschiff der EU-Bildungsprogramme, konnte seinen Etat für 2021 - 2027 gegenüber
2986 der alten Förderperiode verdreifachen und COSME, ein Programm u. a. für Weiterbildungen und
2987 Beschäftigung für junger Menschen bekam einen verdoppelten Etat. Mehr Zugang für sozial
2988 Benachteiligte und mehr Programmangebote auch für Lehrende, für die wir uns als LINKE stark
2989 gemacht hatten, setzten neue Akzente in den Möglichkeiten länderübergreifender
2990 Bildungserfahrungen. Mit der Schaffung des Europäischen Bildungsraums (European Education Area -
2991 EEA) haben die EU-Institutionen viele Versprechen abgegeben, Bildungszugänge für alle zu
2992 qualifizieren.

- 2993 - Es muss geprüft werden, inwieweit mehr soziale Inklusion in diesen Programmen real
2994 funktioniert hat
- 2995 - Bildungskonzepte dürfen nicht ausschließlich auf eine Anpassung an sich verändernde
2996 Arbeitsmärkte orientieren.
- 2997 - DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass EU-Bildungspolitik sich auf den gesamten
2998 demokratischen Bildungsprozess bezieht und nicht auf einen aktualistischen Wissenserwerb in
2999 MINT-Fächern verkürzt. Interkultureller Dialog, humanistische Bildung und demokratischer
3000 Austausch gehören zu allen inklusiven Bildungsansätzen.

3001 Verbraucherschutz

- 3002 - Eine verbraucherfreundliche Nährwertkennzeichnung wie der Nutri-Score soll verpflichtend
3003 werden.
- 3004 - Wir wollen die massenhafte Vernichtung von noch genießbaren Lebensmitteln in
3005 Landwirtschaft und Verarbeitung sowie Handel und Gastronomie verbieten, wie es in
3006 Frankreich oder Tschechien bereits erfolgreich praktiziert wird

3007 **#ab hier bei Bürgerrechte?#**

- 3008 - Das neue Ein- und Ausreisensystem für visumfrei Reisende in der EU umfasst mehrere hundert
3009 Millionen Einträge. Es ist damit die weltweit größte Biometrie-Datei, die auch durch die Polizei
3010 und Geheimdienst genutzt werden kann
- 3011 - Wir fordern die Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung und die anlasslose Speicherung von
3012 Fluggastdaten sowie des neuen Ein- und Ausreisensystem für visumfrei Reisende
- 3013 - Reiserecht: Klage- und Schadenersatzrechte generell und insbesondere bei Buchungsportalen
3014 wahlweise im Land des Unternehmenssitzes und des Klägers/Geschädigten

3015 Gleiche Rechte für alle

3016 Täglich erfahren rassifizierte Menschen Abwertung, Ausgrenzung und Diskriminierung, was negative
 3017 Auswirkungen auf die individuelle Verwirklichung der Betroffenen und auf ihre Teilhabe an
 3018 sowie Zugehörigkeit zur Gesellschaft hat. Die EU-Kommission will gegen Rassismus und Hassrede
 3019 vorgehen, präsentiert aber kaum konkrete Maßnahmen, wie zum Beispiel zur Bekämpfung des
 3020 strukturellen Rassismus und der Barriere, mit denen Menschen mit Migrationsgeschichte in Europa
 3021 konfrontiert sind.

3022 Das Europäische Parlament hat die Black-Lives-Matter-Bewegung unterstützt und in einer Resolution
 3023 den Sklavenhandel als Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Worten anerkannt. Das Thema wurde
 3024 von der Europäischen Linken im Europäischen Parlament auf die Agenda gebracht.

3025 - Menschenrechte unteilbar

3026 - gegen jegliche Form von Diskriminierung und Hetze

3027 - DIE LINKE fordert, dass europaweite Programme finanziell gestärkt werden, die Mittel für
 3028 Initiativen und Projekte gegen Rassismus und andere Formen der Diskriminierung
 3029 bereitstellen. Diese sollen Bestandteil einer europäischen Präventionsarchitektur gegen alle
 3030 Formen des Rassismus und Neofaschismus werden.

3031 - Wir brauchen kostenlose und diskriminierungsfreie Bildungs- und Ausbildungsangebote, die
 3032 über die Rechte Hetze, Rassismus, Diversität und die Religionen in ihrer Vielfalt aufklären.

3033 - Wir lehnen jegliche Form von Diskriminierung von Muslim*innen ab, auch Verbote
 3034 bestimmter Kleidungsstücke.

3035 - Wir wollen, dass die EU zu einer verlässlichen Förderin der kulturellen und sprachlichen
 3036 Vielfalt in Europa wird.

3037 - Die Kopenhagener Kriterien zum Schutz der Rechte von Minderheiten, denen sich 2004 alle
 3038 Beitrittskandidaten unterworfen haben, müssen von allen Mitgliedstaaten eingehalten
 3039 werden.

3040 - Es muss ein verbindlicher EU-Rahmen für den Minderheitenschutz geschaffen werden.

3041 - Die EU soll sich für die europaweite Anerkennung der Jenischen als Minderheit einsetzen.

3042 - Wir wollen die Selbstorganisation und die öffentliche Unterstützung von migrantischen
 3043 Strukturen fördern.

3044 - Sinti*zza und Roma*nja haben das Recht, die Freizügigkeitsregelungen überall in der EU in
 3045 Anspruch zu nehmen. Diskriminierende Sonderregelungen sind abzuschaffen.

3046 - [HM Neu:] Wir fordern eine Evaluierung der Folgen der Sklaverei und einen Ausgleich für die
 3047 davon betroffenen Bevölkerungen

3048 **Bürgernahe Polizei**

3049 Die EU-Kommission erklärt regelmäßig, dass sie gegen Rassismus und Hassrede vorgehen will,
 3050 präsentiert aber kaum konkrete Maßnahmen. In Deutschland betrifft die Polizeigewalt vor allem und
 3051 überdurchschnittlich Schwarze Menschen, Muslim*innen, Rom*nja und Sinti*zze und andere
 3052 rassifizierte Menschen. Rassistischer und unverhältnismäßige Polizeiarbeit spielt eine wichtige Rolle
 3053 dabei, herkunftsspezifischen Ungleichheiten in Europa aufrecht zu halten.

3054 - Klarheit schaffen! Es braucht klare Regeln, um die Erhebung von nach Hautfarbe oder
 3055 ethnischer Herkunft (Racial Profiling) zu verhindern: Verdachtsunabhängige Kontrollen auf der
 3056 Basis von Gummiparagrafen wie im Bundespolizeigesetz müssen gestrichen werden. Wir

- 3057 benötigen klare Leitlinien für Verfahren und Schulungen, die vorbeugen, strenge Maßnahmen
3058 zur Rechenschaftslegung und die Verfolgung umfassen sollten.
- 3059 - Polizeiliche Razzien in migrantische Orten lehnen wir genauso klar ab, wie die Verwendung
3060 stigmatisierender Begriffe wie „Clankriminalität“ und „soziale Brennpunkte“ als Grundlage der
3061 Polizeiarbeit. Wir setzen uns dafür ein, dass ethnischierende Kategorien bei
3062 personenbezogenen Hinweisen in der Polizeiarbeit grundsätzlich ausgeschlossen werden.
- 3063 - Die EU-Institutionen sollen eine europaweite Überprüfung national angewandter
3064 Polizeitechniken und -methoden zur Inhaftierung von Personen einleiten und mit den
3065 Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um gefährliche und lebensbedrohliche Methoden zu
3066 verbieten, die irreversible Schäden oder den Tod verursachen können
- 3067 - Die Europäische Kommission muss Leitlinien für unabhängige Stellen und deren Durchführung
3068 von Inspektionen in Polizeieinrichtungen bereitstellen
- 3069 - Die Umsetzung der Opferschutzrichtlinie muss überwacht werden. Die Opfer von
3070 Polizeibrutalität müssen im Rahmen des EU-Mechanismus auf nationaler Ebene geschützt
3071 werden.
- 3072 #Solidarität mit Selbstorganisation(en) der Betroffenen#

3073 **Kampf gegen Rechts**

- 3074 Die extreme Rechte hat die Schwelle zum Terror längst überschritten. Die Liste rechter Attentate allein
3075 aus den letzten zwei Jahren ist lang. Die Gefahr wächst aus der Mitte der Gesellschaft. Die extreme
3076 Rechte ist auch in Europa erfolgreich.
- 3077 - Unterstützung, Solidarität und Aufbau von antirassistischen und antifaschistischen Kämpfen,
3078 Bündnissen und Strukturen
- 3079 - Mit aller Kraft kämpft die Europäische Linke gegen den Einzug von rechten und faschistischen
3080 Kräften in das EU-Parlament.
- 3081 - Wir unterstützen gemeinsam mit unseren Bündnispartnern Proteste auf der Straße
3082 gegen Rassismus und rechte Angriffe auf religiöse Kultorte (wie Moscheen oder Synagogen).
- 3083 - Kampf gegen faschistischen Zusammenschlüsse überall in Europa.

3084 **###Stoppt die Prekarisierung von des migrantischen Lebens**

3085 #wie umgehen mit Überschneidung Arbeitskapitel?#

- 3086 Statistiken belegen, dass 2019 das Armutsrisiko von Menschen mit Migrationshintergrund war mehr
3087 als doppelt so hoch wie das von Personen ohne Migrationshintergrund. Arbeitsmigration für Personen
3088 außerhalb der EU ist nur noch für Hochqualifizierte möglich. Für eine Arbeit im Niedriglohnsektor
3089 bekommt man keine Arbeitsbewilligung. Dabei fehlen in Deutschland und europaweit sehr viele
3090 Arbeitskräfte, vor allem in Niedriglohnsektor. COVID-19-Ausbrüche an großen Schlachthöfen hatten
3091 die oft katastrophalen Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten in der Branche in den Fokus
3092 einer breiten Öffentlichkeit gerückt. Dank Corona-Pandemie interessierten sich die Medien für
3093 Zustände, die an sich nicht neu waren: Mangelhafter Arbeitsschutz, überlange Arbeitszeiten, dubiose
3094 Subunternehmer, die im Auftrag deutscher und westeuropäischer Fleischkonzerne Arbeitskräfte in
3095 Osteuropa anwerben, die hier, meist in Unkenntnis ihrer elementarsten Rechte, im Akkord schufteten
3096 und oft in katastrophalen Unterkünften untergebracht sind. Mehrere hunderttausend sogenannter
3097 »24-Stunden-Pflegekräfte«, überwiegend aus Osteuropa, arbeiten nach Expertenschätzungen in

- 3098 deutschen Seniorenhaushalten in oft rechtswidrigen Vertragskonstruktionen, unter hoch
3099 problematischen Arbeits- und Lebensbedingungen.
- 3100 - Wir streben einen Arbeitsmarkt mit zahlreichen guten Arbeitsplätzen an, um den Wettbewerb
3101 zwischen den Beschäftigten zu beseitigen
 - 3102 - Die migrantischen Beschäftigten müssen auch von fairen Beschäftigungsbedingungen
3103 profitieren. Allen mobilen Beschäftigten müssen faire Löhne gezahlt werden, und die
3104 Arbeitsbedingungen für Migrant*innen dürfen nicht niedriger sein. Es muss faire Löhne geben,
3105 bessere Arbeitsbedingungen, angemessener Gesundheitsschutz und Sozialleistungen für alle
3106 geben.
 - 3107 - Wir kämpfen für gute und leicht zugängliche öffentliche Dienstleitungen für alle, um
3108 Konkurrenz zwischen Menschen, die sich in schlechten sozialen Lagne befinden, zu
3109 verhindern.
 - 3110 - Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort.
 - 3111 - Bereitschaftszeit muss bezahlt werden
 - 3112 - Der Mindestlohn muss in den jeweiligen Einsatzländern besser durchgesetzt und kontrolliert
3113 werden
 - 3114 - nationalen Kontrollmechanismen stärken, Verstöße hart sanktionieren

3115 **Legalisierung jetzt!**

- 3116 Menschen ohne Arbeitserlaubnis u./o. Aufenthaltsrechts leisten Arbeit, ohne die unser heutiges
3117 Wirtschaftsgefüge auseinanderbrechen würde. Sie arbeiten – oft zu niedrigsten Löhnen – im
3118 Privathaushalt, in der Landwirtschaft, auf dem Bau und im Gastgewerbe und tragen somit zum
3119 Wohlstand Europas bei. Ihr irregulärer Aufenthalt zwingt die Menschen zu einem Leben in der
3120 Anonymität. Dadurch sind diese Menschen verstärkt Ausbeutung und Betrug durch Arbeitgeber oder
3121 Vermieter ausgesetzt. Die Möglichkeit, sich allein und ohne Preisgabe ihrer Identität zur Wehr zu
3122 setzen, sind äußerst begrenzt.
- 3123 - Bewegungsfreiheit
 - 3124 - Beendigung der Kriminalisierung von Menschen ohne Papiere
- 3125 Wir fordern Achtung der Grundrechte: Zugang zu medizinischer Versorgung, Bildung, Recht auf Arbeit,
3126 Wohnen und faires Leben
- 3127 - Menschen ohne Aufenthaltsstatus sind Menschen, haben aufgrund ihres rechtlichen Status'
3128 keine Möglichkeit, eine Krankenversicherung abzuschließen. Wir wollen, dass sie nicht von
3129 Zugang zu Gesundheit ausgeschlossen werden und dass mehr Möglichkeiten bestehen, solche
3130 Menschen zu versorgen. Es ist zunächst wichtig zu gewährleisten, dass auch bei ihnen die ärztliche
3131 Schweigepflicht gilt und sie nicht befürchten müssen, durch Ärzt*innen oder das Krankenhaus der
3132 Polizei oder Ausländerbehörde gemeldet zu werden. Sozialämter sollen keinen Datenabgleich mit
3133 Ausländerbehörde vornehmen dürfen.
 - 3134 - Recht auf Wohnen für alle
 - 3135 - keine geschlossene Sammelunterkünfte für Geflüchtete
 - 3136 - Evakuierung sofort: alle Lager, besonders die Hotspot-Lager, auflösen
 - 3137 - Konsequenzen aus dem Brand in Moria ziehen – Lager auf den griechischen Inseln auflösen
3138 und Geflüchtete in Deutschland aufnehmen

3139 Die Grenzen der Demokratie: Keine Festung Europa

3140 Die Europäische Union forciert ihre Abschottungspolitik gegen Geflüchtete mit fatalen Folgen. Der
 3141 2020 von der EU-Kommission beschlossene Asyl- und Migrationspakt verstärkt die gescheiterte Politik,
 3142 indem er sich auf Abschreckung, Abschottung, die Stärkung der Außengrenzen der EU und die
 3143 Beschleunigung von Verfahren an den Grenzen auf Kosten des Rechts auf ein faires und individuelles
 3144 Verfahren konzentriert. Die Grenzschutzagentur Frontex ist Komplizin und Mittäterin der
 3145 Menschenrechtsverletzungen, sie bewegt sich außer Kontrolle und ist an der Vertuschung illegaler
 3146 Praktiken wie Pushbacks beteiligt. Immer mehr Mitgliedstaaten legalisieren Pushbacks per Gesetz
 3147 (Polen, Litauen, Lettland). Die EU führt bislang keine Vertragsverletzungen dagegen durch und duldet
 3148 die menschenrechtswidrige Praxis.

3149 Menschenrechte sind universell gültig und unter anderem in der EU-Grundrechte-Charta und der
 3150 Europäischen Menschenrechtskonvention festgeschrieben. Die Geflüchteten an den europäischen
 3151 Grenzen sind Träger dieser Rechte. In ihren Verträgen hat die EU sich dazu verpflichtet, die Genfer
 3152 Flüchtlingskonvention einzuhalten. In der Praxis ihrer Asyl- und Flüchtlingspolitik wird immer wieder
 3153 dagegen verstoßen, unter anderem durch Pushbacks, bei denen Menschen gewaltsam an der Einreise
 3154 gehindert werden, und ihnen somit die Chance verwehrt wird, einen Asylantrag zu stellen. Auch die
 3155 Behinderungen der Seenotrettung verstoßen gegen internationales Seerecht, das zur Rettung von
 3156 Menschen in Not auf dem Meer verpflichtet.

3157 Durch das Prinzip der Ersteinreisestaaten liegt die Hauptbelastung bei den Mittelmeerländern. In den
 3158 Lagern an den EU-Außengrenzen herrschen inhumane Zustände und kommt es regelmäßig zu
 3159 Menschenrechtsverletzungen (Folter, Verschleppung, Zwangsprostitution). Die Abschottung der EU
 3160 wird mit hochgerüstetem Grenz- und Lagerbewachung weiter vorangetrieben werden. Der Fokus auf
 3161 Rückführung Geflüchteter wird zu mehr Zwischenfällen extremer Gewalt in Drittländern, an den
 3162 Außengrenzen der EU und auf dem Gebiet der EU führen - zum Nachteil derjenigen, die versuchen, ihr
 3163 Recht auf Asyl in Europa auszuüben.

3164 Dabei steht die europäische Staatengemeinschaft in gemeinsamer Verantwortung, denn auch durch
 3165 sie werden Fluchtursachen gefördert -> Ausbeutung, kapitalistische Landnahme, Klimawandel,
 3166 Kolonialismus, Waffenlieferungen ... Als DIE LINKE stehen wir ein für eine solidarische und humane
 3167 Migrations- und Asylpolitik. Die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische
 3168 Menschenrechtskonvention müssen Maßstab des Handelns sein.

3169 **Legale Fluchtwege - keine Mauer durch Afrika**

- 3170 - keine vorgelagerte Grenzziehung (nicht nur Afrika)
- 3171 - humane Aufnahmebedingungen, weg von HotSpot-Politik, eine schnelle Umverteilung aus
3172 Ersteinreisestaaten
- 3173 - Die Auslagerung von Migrationspolitik in andere Staaten lehnen wir ab. Die Auslagerung des
3174 EU-Grenzschutzes, der Such- und Rettungsdienste und der Asylverfahren in Drittländer
3175 müssen rückgängig gemacht werden.
- 3176 - keine Deals mit Drittstaaten wie EU-Türkeideal, Drittstaaten-Deals sind Teil des Problems,
3177 nicht der Lösung

- 3178 - legale Einreisewege schaffen -> sichere Fluchtwege für Geflüchtete in die EU, humanitäre Visa
 3179 zur legalen Einreise oder die Aufhebung des Visumszwangs für Schutzsuchende, eine
 3180 uneingeschränkte Gewährleistung des Familiennachzugs zu international Schutzberechtigten
 3181 und anderen Schutzbedürftigen, die nicht in ihr Herkunftsland zurückkehren können.

3182 **Menschen retten, Geflüchtete schützen**

3183 Internationales Recht durchsetzen - Frontex abschaffen

- 3184 - Frontex umwandeln in eine europäische Rettungsmission
 3185 - wir fordern einen robusten und ausfinanzierten Überwachungsmechanismus gegen illegale
 3186 Pushbacks
 3187 - Seenotrettung ist nicht nur legal, sondern Pflicht
 3188 - Wo die EU-Mitgliedstaaten versagen, füllt die Zivilgesellschaft die Lücke. Dieses Engagement
 3189 muss, anstelle es zu kriminalisieren, als Vorbild für eine staatliche Aufnahmepolitik dienen.
 3190 Zivile Seenotrettung darf nicht länger von einzelnen EU-Staaten unter Strafe gestellt werden,
 3191 stattdessen muss sie jederzeit in der EU einen sicheren Hafen anlaufen können.
 3192 - Es braucht endlich sichere Wege in die EU und eine EU-finanzierte Seenotrettungsmission.
 3193 Daher fordern wir eine massive und robuste proaktive multinationale Such- und
 3194 Rettungsaktion im zentralen Mittelmeerraum, um die Ausschiffung in einem sicheren Hafen in
 3195 der EU zu gewährleisten
 3196 - **Fluchtumlage** vgl. PV 3/2023, Willkommenskommunen s.o.

3197 **Asyl als Grundrecht - ohne Einschränkungen**

- 3198 ~ **#europäische Asylrechtsänderung im Juni 23 einbauen#**
 3199 ~ humane Asylpolitik, die auf Solidarität und gemeinsamer Verantwortung der Mitgliedstaaten
 3200 beruht -> Schutzsuchende in den Mittelpunkt stellen
 3201 ~ humanes und menschenrechte-basiertes Aufnahmesystem, in dem
 3202 ~ eine menschenwürdige Versorgung und Unterbringung von Schutz-
 3203 ~ suchenden jederzeit uneingeschränkt gewährleistet wird
 3204 ~ Berücksichtigung individueller Bedarfslagen besonders Schutzbedürftiger Gruppen von
 3205 zentraler Bedeutung. (Geflüchtete Frauen*, LSBT*, UBM, Personen und/oder weitere
 3206 vulnerable Gruppen), geschlechtsspezifische Migration besonders berücksichtigen
 3207 ~ gegen jede Verwertungslogik von Migrant:innen
 3208 ~ Recht auf Asyl - ohne Einschränkungen, Bedingungen, Auflagen

3209 **Willkommen braucht Strukturen**

- 3210 Wir wollen einen europäischen Fond für „Willkommenskommunen“, aus dem Kommunen Mittel für
 3211 die Versorgung und Integration Geflüchteter beantragen können. Lokale Initiativen, die darauf
 3212 abzielen, Menschen aus von Migranten geführten Organisationen, zivilgesellschaftlichen
 3213 Organisationen, selbstorganisierten Gruppen und Städten willkommen zu heißen und sozial
 3214 einzubeziehen, sollten unterstützt und nicht behindert werden.

- 3215 - vereinfachte Zugänge zum Arbeitsmarkt für Geflüchtete und Migrant*innen, internationale
- 3216 Schulen, Anerkennung von Berufsabschlüssen
- 3217 - soziale Offensive für alle, gut ausgestattete öffentliche Daseinsvorsorge, das Gefühl von
- 3218 Mangel bekämpfen
- 3219 - Länderübergreifende Zusammenarbeit, gemeinsame Konzepte
- 3220 - INTEREG-Mittel zur Verfügung stellen
- 3221

3222 **Abschluss, Versprechen, Aktions-und Wahlauf Ruf**

3223

3224